

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Ungarn, 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Countess-Beilage 'Voll und Reit' mit 'Stellung und Ringarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 19. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikaldruck: Berlin 37 538 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskontogesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 50 Pfennig, Reklamerei 5.- Reichsmark, 'Kleine Anzeigen' das letzte bedruckte Wort 15 Pfennig (außer zwei letzte bedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Schlußzeit von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Erwerbslose und Regierung.

Kompromiß der Regierungsparteien. - Erhöhung der Unterstützungssätze.

Nachdem der Reichstanzler in großer Erregung den Saal verlassen hatte, weil der Ausschuss entgegen seinem Wunsch die Aussprache über die Ministerreden auf Freitag verschoben hatte, trat der Ausschuss für den Reichshaushalt unter großer Unruhe der sehr zahlreich versammelten Abgeordneten und Regierungsextraktoren in die Beratung der Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses über die Erwerbslosenfürsorge ein. Die Beschlüsse lauten:

a) Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge werden mit sofortiger Wirkung erhöht: 1. für Hauptunterstützungsempfänger (verheiratete wie ledige) um 10 vom Hundert; 2. für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 vom Hundert.

b) Die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge werden in den Ortsklassen A, B und C um 10 vom Hundert erhöht.

Es lag dem Ausschuss ferner ein Antrag André (Str.) vor, der verlangte, daß als dritter Absatz den obigen Beschlüssen folgende Bestimmung beigegeben werden solle: Die Unterstützung darf 75 vom Hundert des vor Eintritt der Erwerbslosigkeit tariflich vereinbarten Lohnes nicht übersteigen.

Genosse Dikmann nahm scharf gegen den Antrag Stellung, da er geeignet sei, die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses erheblich einzuschränken. Nur um den Erwerbslosen sofortige Hilfe zu bringen, haben die sozialdemokratischen Mitglieder sich veranlaßt gesehen, auf den Boden der Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses zu treten. An diesen dürfe nun aber nichts mehr geändert werden. Durch den Antrag André werde überdies eine unersitzliche Nachsicht auf die Lohnverhältnisse der einzelnen Unterstützungsempfänger herbeigeführt werden.

Um der Regierung eine Brücke zu bauen, ließ vom Abg. Erling (Str.) der geschäftsordnungsmäßige Antrag ein, die Abstimmung über die ganze Frage bis Freitag zu vertagen. Gegen die Stimmen der Linksparteien wurde dieser Antrag angenommen.

Ein Kompromiß der Regierungsparteien.

Nach Schluß der Plenarsitzung fanden Besprechungen zwischen dem Reichstanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Wirtschaftsminister und dem Arbeitsminister einerseits und den Vertretern der Regierungsparteien andererseits statt. Zwischen durch wurde auch eine Kabinettsitzung eingeschoben. Die Verhandlungen hatten den Zweck, eine Einigung zwischen der Regierung und den Regierungsparteien in der Frage der Erwerbslosenfürsorge und der Kurzarbeiter-Versorgung herbeizuführen. Nach mehrstündigen Erörterungen kam eine Verständigung zustande. Die Regierungsparteien werden daher in der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses am Freitag einen gemeinsamen Antrag einbringen, der auch bereits die Billigung der Reichsregierung gefunden hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Beschlüsse des Ausschusses in diesem Falle nur ein Gutachten darstellen, da die erwähnten Fragen im Wege der Verordnung geregelt werden sollen. Dieser gemeinsame Antrag besagt folgendes:

Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge werden in den Ortsklassen A, B, C mit sofortiger Wirkung erhöht, 1. für Alleinstehende unter 21 Jahren um zwanzig Prozent, 2. für Alleinstehende über 21 Jahre um zehn Prozent, 3. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger, sofern sie bereits acht Wochen nacheinander unterstützt worden sind, ebenfalls um zehn Prozent.

Die Höchstsätze sind nicht geändert worden. In der Berücksichtigung der Kinderzahl tritt keine Änderung ein.

In der Kurzarbeiterfrage ist der Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses von der Regierung akzeptiert worden. Danach tritt keine Differenzierung nach Ledigen und Verheirateten ein. Der Unterstützungssatz für den Kurzarbeiter beträgt für den dritten, vierten und fünften ausgefallenen Arbeitstag den Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Vollerwerbsloser erhalten würde.

Die Regierungsparteien werden noch eine Entschließung einbringen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die entsprechenden Verwaltungsmassnahmen so durchgeführt werden, daß kein Mißbrauch getrieben werden kann.

Der Plan der Reichsregierung, eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze zu hinterziehen, ist damit gescheitert. Unser nachhaltiger parlamentarischer Kampf hat die Regierungsparteien gezwungen, die Notwendigkeit einer Erhöhung der Unterstützungssätze anzuerkennen. Die Regierung hat nunmehr ebenfalls die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Auch in der Frage der Kurzarbeiterfürsorge ist die Regierung gezwungen worden, die Forderungen des Sozialen Ausschusses zu übernehmen.

Die vorgesehene Erhöhung der Unterstützungssätze entspricht nicht in vollem Umfange unseren Forderungen. Bei der großen Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter bedeutet aber auch die hier vorgesehene Erhöhung eine Verringerung ihres Notstandes. Es bleibt nur zu bedauern, daß die Regierungsparteien von einer Erhöhung der Höchstsätze absehen wollen. Dieses Verhalten ist mit den sonst so gern von ihnen in den Vordergrund geschobenen bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten ganz unvereinbar, bedeutet doch die Nichterhöhung der Höchstsätze eine Benachteiligung der arbeitslosen kinderreichen Familien.

Dunkel bleibt zunächst auch der Sinn der angekündigten Entschließung, die die Regierungsparteien einbringen wollen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die entsprechenden Verwaltungsmassnahmen so durchgeführt werden, daß kein Mißbrauch getrieben werden kann. Sollte mit dieser mysteriösen Redewendung gemeint sein, auf dem Verwaltungswege zum erheblichen Teil die Erhöhung der Unterstützung wieder beseitigen zu wollen, so wird sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen solche Absichten mit aller Entschiedenheit wenden.

Der Weg über den Brenner.

Faschistische Kinderei und Alterserscheinungen.

Lugano, 17. Februar.

Unter den Studenten der Staatswissenschaften der römischen Universität hat sich eine Verbindung gebildet, die sich selbst den Namen einer 'imperialistischen Burschenschaft' beigelegt hat. Als Studentenmütze für die 'Fakultät der Staatswissenschaften' wird die schwarze Mütze mit dem römischen Adler und dem Viktorienbündel eingeführt, ohne Rücksicht auf diejenigen Studierenden, die sich etwa unter diesem Parteiabzeichen nicht wohl fühlen könnten. In dem offiziellen Kommuniqué über die Neugründung ist zu lesen:

'Die neue imperialistische Burschenschaft wird ein wunderbares Beispiel der Disziplin und Selbstaufopferung sein. Ehe wir offiziell den faschistischen Staat unter den fremden Nationen vertreten, werden wir jungen und kräftigen Kämpfer der Studentenphalanx in jedem Sommer, nach Vollbringung unserer Pflichten an der Hochschule, die heiligen Grenzen überschreiten und für einige Monate, fern von unseren Bergen und unserem Meer, unsere Pflicht als Faschisten erfüllen.'

Wenn man sich bei diesem Programm etwas denken kann - was freilich bei faschistischen Programmen nicht obligatorisch ist -, so soll es doch wohl bedeuten, daß die jungen Leute ihre Ferien im Ausland verleben werden, um da faschistische Werbearbeit zu vollbringen. Das kann eine sehr harmlose Betätigung werden. Bisherige Versuche im Ausland, namentlich in der Schweiz (man denke an Basel!) haben gezeigt, daß der faschistische Knüttel außerhalb der italienischen Luft nicht recht Wurzel schlagen will. Uns will es scheinen, als ob die Studenten ihrem Lande besser dienen, wenn sie ins Ausland gingen, um sich zu belehren. Wissen ist auf die Dauer eine größere Macht als Knüttel und Rinzusöl.

Während die Presse Ordre bekommen hat, in Sachen der Deutschen hege milde Saiten aufzuziehen, geht das Giftgebräue da weiter, wo es eigentlich unheilvoller ist, nämlich in der Volkshochschule. In einer römischen Gemeindeschule ist den zehnjährigen Schülern ein Diktat folgenden Inhalts zugemutet worden:

Bedeutung der Rede S. E. Mussolini in der Kammer.

Deutschland hat Italien beleidigt und beschimpft, durch Schmähartikel und Karikaturen in deutschen Zeitungen; es hat die Italiener verleumdet, indem es behauptete, daß die in unseren Grenzen eingeschlossenen Bewohner Südtirols in jeder Weise verfolgt würden; es hat Italien beschuldigt, den betreffenden Bewohnern ihre Rationalität nehmen zu wollen und hat versucht, sich zu rächen, indem es den Deutschen verbot, italienische Waren zu kaufen und Reisen nach Italien zu machen; außerdem hat Deutschland dunkle Drohungen geschleudert und hat gezeigt, daß es die Verschiebung der Brennergrenzen verlangt.

Durch den Mund seines Duce hat Italien dargelegt, wie groß sein Edelmut gegenüber dem besiegten Deutschland gewesen ist, wie es dessen Sache in allen internationalen Tagungen und Versammlungen vertreten hat; es hat dargelegt, wie groß sein Interesse für Oesterreich gewesen ist, dem es in der Hungersnot geholfen hat und durch den Verzicht auf die Italien geschuldeten Summen und hat mit leuchtender Klarheit gezeigt, daß das Werk der Regierung im Ober-Gischigebiet nur das der reinen und einfachen Italianisierung ist; d. h. der gleichen Behandlung aller vor dem Gesetz; es hat der deutschen Presse geantwortet, daß, wenn Deutschland die italienischen Waren boykottiert, Italien sofort den deutschen Waren ein gleiches tun werde; es hat schließlich versichert, daß die italienische Tricolore, wenn sie vom Brenner entfernt werden sollte, weiter vorwärts getragen werden würde und niemals zurück.

Es liegt uns fern, diesen Erguß kommentieren zu wollen. Es sei nur daran erinnert, daß das, was von italienischer Seite geschehen ist, aus Oesterreichs Not zu mildern - und was sicher zu den Ruhmeszeiten Italiens gehört -, von den verachteten, mit jedem Atemzuge desavouierten demokratischen Regierungen ausging!

Die Wut gegen diese Regierungen äußert sich übrigens im faschistischen Italien als eine beständige Beschimpfung des eigenen Landes, die jeden Italiener verletzen muß. Um die Wirksamkeit der faschistischen Bahnmiliz herauszutreiben, wird jetzt eine Statistik veröffentlicht, nach der die Bahndiebstähle im Jahre 1920 die Zahl von 17 600, mit einem Schaden von 22,8 Millionen, die bewaffneten Ueberfälle auf Züge die Zahl von 1205 mit 2,2 Millionen Lire Schaden erreicht hätten.

Daß im Durchschnitt in Italien im Jahre 1920 an jedem Tage zwei bis drei bewaffnete Ueberfälle auf Züge der Staatsbahnen stattgefunden haben sollten, ist eine so ungeheuerliche Behauptung, daß die italienische Nation dagegen eine Verleumdungsanklage anstrengen sollte. Damals gab es in Italien noch eine Presse, die Tatsachen berichtet und kommentieren konnte. Glaubt man wirklich, daß sich ein moderner Staat feierlich in derartige Zustände gefügt hätte? Warum

Erwerbslosigkeit + Angestelltenversicherung

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die erwerbslosen Angestellten, die der Angestelltenversicherung angehören, müssen nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die zur Erhaltung der Anwartschaft auf die Versicherung erforderlichen Beiträge freiwillig weiterzahlen. Dieser Zustand ist für die unter der Erwerbslosigkeit leidenden Angestellten auf die Dauer unerträglich. Schon im November v. J. hat deshalb der K. V. - Bund den Reichsarbeitsminister ersucht, von der Ziffer 5 des § 170 des Angestelltenversicherungsgesetzes Gebrauch zu machen und zu bestimmen, daß die Zeit der Erwerbslosigkeit auf die Erhaltung der Anwartschaft angerechnet wird. Bisher hat sich jedoch das Reichsarbeitsministerium noch nicht dazu entschließen können. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb jetzt einen Antrag eingebracht, der von dem Reichsarbeitsminister fordert, endlich die ihm zustehende Befugnis zugunsten der stellenlosen Angestellten zu benutzen und festzusetzen, daß für die Zeit der Stellungslosigkeit eine Anrechnung von Beitragsmonaten zur Erhaltung der Anwartschaft stattfindet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen.

Grevesmühlen Nr. 2.

Das Terrorregime der Schwarzen Reichswehr.

Vor dem Schweriner Landgericht spielt sich jetzt die Neuaufgabe des Grevesmühlener Prozesses gegen das Reichsbanner ab. Die Zahl der Zeugen beträgt jetzt über 80. Zunächst werden noch einmal die Polizeibeamten vernommen, die im ersten Prozeß die Rechtsradikalen schwer belastet hatten. Sie hatten ihre Aussagen nicht nur aufrecht, sondern verhärtet sie zum Teil noch. Fragen der Verteidigung ergeben, daß leinzeitig illegitime Verbände vom Truppenübungsplatz Oberberf in Thüringen nach Grevesmühlen transportiert wurden, wo sie in einer Raufabrik und in einer öffent-

lichen Herberge Quartier bezogen und ein wahres Terrorregime errichteten. Diese schwer bewaffneten Banden gingen so weit, am hellen Tage politisch Andersgerichtete zu überfallen. Die Polizeibeamten befanden, daß die Banditen in der Nacht, in der die Karamalle stattfanden, die Hauptstraße von Grevesmühlen absperren und sich zum Sturm auf ein sozialdemokratisches Versammlungslokal versammelten. Sie seien so aufgetreten, als läge die Regierungsgewalt in ihrer Hand.

Staatsanwalt und Gericht haben bekanntlich in erster Instanz die Aussagen der Polizei besonders als objektiv unrichtig bezeichnet. Das Verhalten des Vertreters der mecklenburgischen Regierung und des Staatsanwalts in der zweiten Instanz, der mit Ausschluß der Öffentlichkeit drohte, wenn weitere Fragen über das Wesen der illegitimen Verbände gestellt würden, deutet darauf hin, daß sich auch diesmal das Gericht weniger als Reichsbehörde denn als politische Instanz besonderer Art fühlt.

Zwischenfall in Lodz.

Verhaftungen bei einem Begräbnis.

Lodz, 18. Februar. (WZ.) Hier kam es gestern anlässlich des Begräbnisses des stadtbekanntem linkssozialistischen Politikers Michalski zu Zwischenfällen. Als sich der Kondukt, an welchem sich viele Arbeiter beteiligten, vom Trauerhause in Bewegung setzte, gab die Polizei unerwartet Anweisung, daß der Zug entgegen dem festgesetzten Plane seinen Weg nicht über die Hauptstraße der Stadt, die Petrikauer Straße, nehmen dürfe. Als diesem Befehl nicht Folge geleistet wurde, nahm die Polizei unter den im Trauerzuge Einbereschreitenden eine Reihe von Verhaftungen vor. Unter anderem wurden einige hervorragende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und trotz dreimaligen Vorzeigens seiner Legitimation der der deutschen Arbeiterpartei angehörende Sejmabgeordnete Zerbe festgenommen. Der Zwischenfall hat in der Stadt großes Aufsehen erregt.

fehlt in der Statistik das Jahr 1922? Wohl, um den Abstieg von 748 bemessenen Ueberfällen im Jahre 1921 auf 97 im Jahre 1923 wirkungsvoller zu gestalten. Wer glaubt, daß solche Statistiken dazu geeignet sind, das Nationalgefühl zu heben, der täuscht sich wirklich. Der normale Italiener fühlt nicht das mindeste Bedürfnis, sein eigenes Land als eine Räuberhöhle dargestellt zu sehen, die nur durch eine in keinem anderen Lande der Welt benötigte Polizei gebändigt und verwahrt werden kann. Eine solche Fiktion mag Wasser auf die Mühle dieser Polizei bringen, aber wahrhaftig nicht auf die des nationalen Selbstgefühls.

Wir persönlich glauben nicht, daß es den fremdsprachigen italienischen Staatsangehörigen schlechter geht, als den italienisch sprechenden Nicht-Faschisten. Itallianisiert werden ist nicht schmerzlicher als faschisiert werden. Darin kann das ganze nichtfaschistische Italien dem Südtirol die Bruderhand reichen. Eines sollte der Faschismus doch endlich einsehen: man kann nicht das eigene Volk im eigenen Lande demütigen und entmündigen, um es im Ausland zu erhöhen und ihm eine imperialistische Mission zuzusprechen. Man mache sich nur die Jämmerlichkeit der Rechtspflege klar. Seit dem 4. November sitzen Zaniboni und Capello und 12 sogenante Komplizen im Gefängnis, darunter zwei Frauen. Gegen alle soll wegen Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates vorgegangen werden. Alles, was man Zaniboni zur Last legt, ist von dem Polizeispiegel Duagla ausgeführt worden; gegen Capello liegt überhaupt nichts vor. Alle diese Menschen — natürlich mit Ausnahme des Duagla, der sich auf höheren Auftrag berufen konnte — behält man im Gefängnis, obwohl z. B. Capello Diabetiker ist und sicher weit weniger „haftfähig“ als seinerzeit Marinelli, der nach der Amnestie die Klinik verließ, um sofort die Oberinspektion über das Verwaltungswesen der faschistischen Partei wieder aufzunehmen.

Die heutige Rechtspraxis bedeutet tatsächlich den Abbau eines geschichtlichen Ruhmestitels Italiens. Die gesamte begriffliche Grundlage des öffentlichen Rechts und des Privatrechts, sowie die unentbehrlichen Garantien der prozessualen Regeln sind in Italien zuerst formuliert worden. Merkt man denn gar nicht, wie das faschistische Regime in ganz Europa, in der ganzen Kulturwelt den italienischen Namen herabsetzt durch die tragische Farce des Matteotti-Prozesses und durch die Vosse des Altientats?

Es heißt, daß Mussolini der Bächerlichkeit des Zaniboni-Prozesses durch eine Amnestie vorbeugen werde. Das macht sich großmütig und eripart einen ungeheuren Skandal. Es fällt einem da der Schulaufsatz des kleinen Mädchens über den Löwen ein: „Der Löwe ist großmütig und gelb“. Unsere Löwen haben eine gelbe Großmüt, in der Farbe der Streikbrecher und der Rechnungsträger. . .

Es ist feiner da!

Der Rechtsausschuß des Reichstages berät über den Antrag auf Enteignung der Fürstentümer. Der Antrag ist von den Kommunisten gestellt. Er soll begründet werden. Der Vorsitzende fragt nach der Wortmeldung für die Begründung. Es ist keine Wortmeldung da. Es ist nur ein Kommunist im Ausschuß. Er schweigt. Der Sozialdemokrat Rosenfeld begründet den Antrag. Der einzige, der letzte Kommunist verschwindet. Es kommt zur Abstimmung. Zur Abstimmung über den kommunistischen Antrag. Wo sind die Kommunisten? Es ist keiner da.

Man sehe den Fall, die Sozialdemokraten im Rechtsausschuß hätten einen Antrag gestellt, wären vor seiner Begründung davongelaufen, und hätten die Begründung den Kommunisten überlassen.

Man sehe den Fall, von ihnen wäre bei der Abstimmung keiner da gewesen.

Man sehe den Fall, die „Rote Fahne“ hätte darüber geschrieben. Sie hätte geschrieben: Eine Führerclique sabotiert den Kampf um die Fürstenteignung! Diese Schurken sind

Fürstenteignung! Sie haben sich gedrückt, weil sie infamen Arbeiterverrat begehen wollen! In fetten Lettern hätten wir über der „Roten Fahne“ gelesen: Die Sozialdemokraten endgültig entlarvt!

So wäre es gewesen, wenn man den Fall sieht, unsere Abgeordneten hätten so leichtfertig ihre parlamentarische Pflicht erfüllt wie die kommunistischen.

Es war aber der andere Fall. Es waren die Kommunisten, die so gehandelt haben. Gestern ging es im Rechtsausschuß des Reichstages um die Enteignung der Fürsten. Wo waren die Kommunisten? Es war keiner da.

Ausschuß für nationale Aufklärung.

Aus dem Fremdausschuß des Landtags.

Der Ausschuß des Landtags zur Untersuchung der Beziehungen Deutschnationaler zu den Fememördern entwickelt sich immer mehr zu einem wirklichen Ausschuß zur nationalen Aufklärung. Langsam zwar, aber sicher enthüllen sich die Fäden, die zwischen organisiertem Unternehmertum über die freudwilligen deutschnationalen „Gewerkschafter“ zu den Putschorganisationen laufen.

Dr. Meisinger, der durch seine Aktiennotiz berühmt gewordene Syndikus der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, spielte zwar gestern im Untersuchungsausschuß eine merkwürdige Rolle. Arrogant und empfindlich, wenn eine Frage der Abgeordneten das heilige Geschäftsgeheimnis der Arbeitgeberpolitik bedrohte, war er auch sonst verschlossen und sagte nur, was er mußte.

Obwohl etwa zur gleichen Zeit, nämlich im Juni vorigen Jahres, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sich gegen die Beibehaltung der Technischen Reichshilfe gewandt hatte, glaubte er nicht mit Unrecht in den Behrens und Meyer Leute zu finden, von denen er auch eine andere „gewerkschaftliche“ Meinung über diese Frage hören konnte. Behrens hatte allerdings bestritten, daß bei der Zusammenkunft im Beinkolai am 9. Juni 1925 überhaupt von der „Leno“ die Rede gewesen sei. Diese Gegenüberstellung vollkommen entgegengesetzter Aussagen zeigt, daß nach einer so langen Zeit Irrtümer über tatsächliche Begebenheiten leicht vorkommen können. Ein ähnlichen Widerspruch muß man in einer anderen Angelegenheit verzeichnen. Nach Angabe des Deutschnationalen Regier hat dieser unmittelbar bei der Aufnahme des Darlehens seinen Kollegen Behrens verständigt, daß er das Geld für den Fememörder Schulz in Anspruch nehme. Behrens will aber erst viel später, nämlich nach Ablauf von zwei Monaten, erfahren haben, daß das Geld überhaupt für Schulz in Betracht kam.

Diese und ähnliche Widersprüche lassen immer stärker die Vermutung aufstauen, daß es nicht allein die blinde Hand des Zufalls war, die das für „Kartoffelschuden“ bestimmte Geld der Arbeitgeber in die Hände des Schulz leitete. Es gehören ja nur ganz wenige Irrtümer dazu, um eine solche Darstellung entstehen zu lassen, die immer mehr, je länger man darüber redet, wie eine lächerliche Gedankenkonstruktion, nicht aber wie ein nackter Sachverhalt sich ausnimmt. Die Geheimnisträgerei, mit der zum Beispiel der Abg. Meyer die Spender des ominösen Ausschusses für nationale Aufklärung verschweigt, kann doch nur den Schluss zulassen, daß es auch hier manches zu verdecken gibt, was die Beziehungen zu reaktionären Organisationen aufklären könnte.

Deutschnationale beschwerten sich über eine „Feststellung“ des „Sozialistischen Pressebüros“, der erklärt hat, daß die Beziehungen der Fememörder bis weit in die Reihen der Deutschnationalen hineinreichen. Im Ausschuß aber wachen die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei darüber, daß ja keine Frage gestellt wird, die über den eng gesteckten Rahmen des Verhandlungsthemas hinausgehen und die Fäden entwirren könnten, die von den reaktionären Politikern zu den reaktionären Geheimorganisationen laufen. Diese Bestrebungen zur Verheimlichung sprechen mehr, als lange Zeugnisaussagen!

Die Reichsfinanzen im Januar.

Befristungsermäßigung aus Ueberschüssen der Massensteuern.

Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben im Januar bieten ein verhältnismäßig günstiges Bild. Es sind insgesamt 664 Millionen Mark auf gekommen. Aber es zeigt sich gleichwohl der Einfluss der Wirtschaftskrise, denn der Januar 1925 brachte über 100 Millionen mehr. Hinzu kommt noch, daß sich im Monat Januar verschiedene Zahlungstermine häufen, so daß die Ergebnisse der nächsten Monate weit geringer sein dürften.

Am beachtenswertesten ist das Auskommen der Lohnsteuer mit 105 Millionen Mark. Es weist gegenüber dem Vormonat nur eine Senkung von 8 Millionen auf. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Ertrag der Lohnsteuer zum großen Teil nach aus dem Dezember stammt. Daher konnte sich einerseits die neue Ermäßigung (Existenzminimum 100 Mt. statt 80 Mt.) vom 1. Januar ab nur in geringem Maße auswirken und daher haben andererseits Erwerbstätigkeit und Kurzarbeit den Lohnsteuerertrag noch nicht so stark beeinflusst. Immerhin mußte man auch für den Dezember mit einer durchschnittlichen Erwerbstätigenzahl von 1 Million rechnen, wozu noch die gleiche Zahl an Kurzarbeitern hinzukommt, die ebenfalls für die Lohnsteuer vollkommen ausfallen. Die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen hat sich also schon im Monat Dezember um mindestens 10 Prozent verringert, so daß der normale Januarertrag mindestens 115 Millionen betragen hätte.

Aus der Umsatzsteuer sind rund 40 Millionen Mark, aus Zöllen und Verbrauchssteuern rund 10 Millionen Mark mehr auf gekommen als im Vormonat; bei der Umsatzsteuer sind hierin die letzten Vierteljahrszahlungen für das Jahr 1925 enthalten, bei den Zöllen die halbjährlichen Abrechnungen aus dem Zollagerverehr. Aus ähnlichen Gründen sind bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer 150 Millionen mehr auf gekommen als im Dezember, da hierin ebenfalls die im Januar fälligen Vierteljahrszahlungen enthalten sind. Die Beurteilung des letzten Monatsergebnisses im Vergleich mit den bisher abgelaufenen 10 Monaten des Rechnungsjahres 1925/26 wird durch nachstehende Uebersicht erleichtert. Das Auskommen betrug in Millionen Mark:

Betrag	Januar 1926		August 1925 bis Januar 1926		+ (mehr) - (weniger) pro Monat
	Jan.	Dez.	Januar 1926	Aug. 1925	
Lohnsteuer	105	16	1207	20	+ 207
Umsatzsteuer	146	22	1198	19	+ 8
Förderungssteuer	24	4	282	4	+ 12
Zölle u. Verbrauchssteuern	189	28	1643	27	+ 93
Massenbelastung	464	70	4330	70	+ 320
Befristungsermäßigung	200	80	1616	80	- 14
Gesamtertrag	664	—	5946	—	+ 306

Diese Uebersicht zeigt zunächst, daß der prozentuale Anteil der Massenbelastung an dem Gesamtertrag der Reichssteuern im Januar als auch im Durchschnitt der letzten 10 Monate 70 Prozent erreicht hat. Sodann geht vor allem daraus hervor, moher die Ueberschüsse der Reichskasse stammen. Obgleich der Voranschlag durch eine zweimalige Verringerung dem tatsächlichen Ergebnis immer mehr angepaßt worden ist, ist er gleichwohl von der Massenbelastung noch um 320 Millionen überzogen worden. Die Befristungsermäßigung jedoch ist um 14 Millionen dahinter zurückgeblieben. Die Schließende Thesaurierungspolitik bestand also in der Anjammung von Ueberschüssen aus der Massenbelastung und nicht aus der Befristungsermäßigung. Nicht die Wirtschaft, sondern die Arbeitslosigkeit hat Grund, den deutschnationalen Finanzminister deswegen anzuklagen. Nun will der neue Finanzminister Dr. Reinhold die Ueberschüsse seines Vorgängers zu Steuerermäßigungen benutzen. Er will also die Mehrerträge der Massenbelastung der Wirtschaft in Form von Steuererleichterungen zufließen, anstatt damit die Not derjenigen Opfer der Wirtschaftskrise zu lindern, die diese Ueberschüsse tatsächlich aufgebracht haben.

Rundfunktheater und Volksbühne.

Die Funkstunde beabsichtigt im Großen Schauspielhaus ein eigenes Rundfunktheater einzurichten, das nicht nur den angeschlossenen Hörern dramatische Werke vermitteln will, sondern gleichzeitig auch für einen ganz billigen Preis dem allgemeinen Theaterpublikum zugänglich gemacht werden soll. Es steht noch nicht fest, ob dieses Theater ein eigenes Ensemble erhält, es können aber Gastspiele anderer Bühnen dort stattfinden.

Gegen diese Pläne hat die Berliner Volksbühne sowie die beiden Zentralen der großen Besucherorganisationen, der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine und der Bühnenvolksbund eine gemeinsame Eingabe an den preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gemacht. Darin wird der Minister, dessen Zustimmung die Rundfunkgesellschaft für die Einführung neuer Unternehmungen bedarf, ersucht, Einspruch dagegen zu erheben, da die Durchführung dieser Pläne eine Bedrohung des Berliner Theaterwesens und vor allem der sozial-kulturellen Theaterpflege der Besucherorganisationen bedeuten würde.

In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß bei der Verpflanzung anderer Berliner Bühnen in das Große Schauspielhaus angesichts der ganz anderen akustischen und sonstigen Verhältnisse des Riesenraumes nur minderwertige Leistungen zustande kommen würden und es ratsamer wäre, wenn der Rundfunk seine Aufnahmen unmittelbar in den Theatern vornehmen würde.

Inbesondere wird auf die Gefahren hingewiesen, die ein Rundfunktheaterbetrieb für die regulären Theater hervorrufen würde. Nicht nur, daß die Theater in ihrem Betrieb gestört würden, es müßte auch durch die Unterbietung der sonstigen Berliner Eintrittspreise eine verberbliche Konkurrenz entstehen. Ganz besonders für die Besucherorganisationen, die gegen mäßiges Entgelt auf geminnbringender Grundlage die Massen zur ernsthaften Kunstpflege erziehen.

Der Minister wird deshalb ersucht, den Plan des neuen Rundfunktheaters nicht zu genehmigen oder wenigstens gewisse Sicherungen zu schaffen, die die Gefahren des Unternehmens herabmindern. Als solche werden vorgeschlagen: 1. Der Leitung des Rundfunktheaters einen Ausschuß mit entscheidender Stimme beizusetzen, dem neben Vertretern des Staates auch Vertreter der Berliner Bühnen und der Besucherorganisationen angehören. 2. Das Rundfunktheater ist gebunden, seine Preise nach den im Berliner Theaterleben allgemein üblichen Grundätzen einzurichten und soll nicht Mittel des Rundfunks zu einer Herabdrückung der Preise benutzen, die für die berufenen Organe der Theaterpflege verberblich würde.

Ueber diese Vorschläge der Besucherorganisationen hinaus erhebt es uns zweckmäßig, daß die Teilnehmer des Rundfunks, etwa nach den Grundätzen der Volksbühne, zur Mitwir-

kung herangezogen werden. Insbesondere die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, daß sie durch ihre Vertrauensleute den berechtigten Wünschen der Masse gehörigen Nachdruck verleiht.

Ein unbekannter Brief der „Mouche“ über Heines Tod

Die graulige Notlagegruß, in der Heine jahrelang dem Tode entgegenblickte, ist verflucht durch die Liebe und Sorgfalt eines geheimnisvollen Frauenwesens, das der schwerkranke Dichter in stammelnden Briefen und glühenden Gedichten verherrlicht hat. Er nannte sie nach dem Zeichen ihres Siegels — „Mouche“; sie selbst nannte sich Elise Krinitz, später Camille Solzen und war wahrscheinlich als Kind der Liebe in einem Prager Palais geboren. Ihr abenteuerliches Schicksal, das sie nach Paris führte, verstrich sie in mancherlei Liebesaffären. So ist sie auch dem jungen Prager Dichter Alfred Meißner, der ein Freund Heines war, nahegetreten, und in seinem Nachlaß wurde ein interessanter Brief von ihr aufgefunden, den Erich Dowenthal jetzt zum erstenmal in der „Literarischen Welt“ veröffentlicht.

Sie wendet sich am 2. März 1856 an Meißner unter dem Eindruck von Heines Tod, denn sie fühlt „in diesem Augenblick, wo mich ein unerklärlicher Verlust betroffen, das innige Bedürfnis, mit Dir, der ihn! auch geliebt, mit Dir, einem der wenigen Menschen, die ihn wahrhaft gekannt und gewußt, mich ein Götterlohn in der ganzen Bedeutung des Wortes er war, mich einige Augenblicke zu unterhalten“. „Rittmoch noch acht Tagen“, schreibt sie weiter, „haben wir ihn nach Rom Martre zu seiner kühlen Ruhelstätte begleitet, und jetzt kam ich Dir nur noch über seinem Grab die Hand reichen. Ach — mehr als mein Leben liebte ich diesen Sterbenden! Ich war ihm nahe — wie der Schmerz dem Tode nahe ist. Trostlos hat mich der seinige verlassen! 14 Tage sind es heute, daß ich zu ihm ging, hoffend, ihn besser als den Tag vorher zu finden — denn es ist merkwürdig, wie bei solchen Krankheiten langer Dauer man sich selbst täuscht. Seit drei Tagen litt er an heftigem Erbrechen, doch da er zuweilen ähnliche Krisen, wenn auch nicht so anhaltender Art, hatte, dachte ich immer, trotz der innern Angst, welche mich zuweilen befiel, diese wäre ebenfalls eine Krise, durch die ungeheuren Dosen Morphine, welche er zuletzt nahm, hervorgerufen.oller Hoffnung, ihn wiederzusehen, ihn, den Freund! eilte ich zu ihm, und hingelste sehr schnell, um im Fall er schlief, ihn nicht zu wecken. Ach — den Gedanken an seinen Tod hatte nie mein Herz gefaßt. Es war furchtbar, als ich das Wort hörte, und erst begriff ich es nicht. Mir war, als wären die Menschen auf einmal wahnsinnig geworden. Doch zuletzt begriff ich alles! Und ich begriff auch, daß er von seinen achtzigjährigen Qualen endlich befreit. Er hatte mich einmal gefragt, ob ich den Mut haben würde, ihn nach seinem Tode zu sehen — und da trat ich herein, trübs neben der teuren, teuren Leiche und küßte ihr die schon marmorharte Wange. Demselben Morgen um 5 Uhr war unser Heine gestorben. Oh nein — nicht gestorben, nur zurückgekehrt zu dem sonnigen Olymp — sein wahres Vaterland! Ach! so schön wie diese Leiche habe ich nie das Leben gefunden. Er schlief so sanft und mit solch einem stolzen, edlen Ausdruck auf den Zügen! Es schien ihm alles so gleich geworden! Ach — mir wurde es bei diesem Anblick — so sterbend! Nun ist es aus. Doch ich fühle mich übermächtig von Kummer, fast täglich

sch ich ihn in den letzten Zeiten seines Lebens. Er hatte mich so lieb, er spielte mit mir wie mit einer Puppe; ach, nun höre ich nicht mehr die süßen Worte. Seine arme Frau hat er verlassen, auch mich — mich, deren einziges Glück war, zu seinen Füßen zu liegen und mir einzubilden, ich sei seine Skavin. . .

Aus Is' mit dem Baron! Aus Wien wird geschrieben: Wenn noch jemand an den demokratisch-republikanischen Grundfesten Oesterreichs gezweifelt haben könnte — Wien liefert den schlüssigen Gegenbeweis. Der Adel ist gesehlich abgeschafft. Schön. Aber kann das Geseh in die Kaffeehäuser, kann es zu den Drofkenchaffereuren vordringen? Kann es eine alte Tradition erschüttern? Eine bange Frage. . .

Nach nur zwei Jahren noch jeder, der mit dem Russcher Differenzen irgendwelcher Art hatte, warst ein „Baron“ und erst im weiteren Verlauf der gemüthlichen Unterhaltung ein „nötiger Beteiligter“. Aber Baron war er halt! Dieses Wort: „Der Herr Baron werden schon wissen“ ist ausgefallen. Kein Kellner, kein Russcher, kein Dienstmann adelt einen mehr. In langen Wiener Tagen hat niemand, auch in den dramatischsten Augenblicken nicht, „Herr Baron“ zu mir gesagt. Ueberhaupt, man kommt sich schrecklich entitelt vor. Ein einzigesmal, als ein Schornsteinfeger, sprich Rauchfangkehrer, auf der StraÙe verkehulich mit seinem schwarzen Besich an mich anstreichte, rief er beglückend: „Obacht, Herr Direktor!“ — Vom Baron zum Direktor — wieh ein Sturz! R. Br.

Radlotechnisches von der Kölner Freiheitsfeier. Das geachtete Experiment, die Bestreuerfeier Kölns in der Rittersnacht des 1. Februar durch andere Sender verbreiten zu lassen, hat auch zu einigen interessanten Beobachtungen geführt. So wird aus Schweden berichtet, daß dort die Feier im ganzen Lande ausgerechnet zu hören war, indessen hörte man die schwächeren Stationen mit kürzeren Wellen besser als die starken, die auf langen Wellen senden. Die meisten Hörer in Schweden haben den Hamburger Sender gehört, ohne irgendwie durch Störungen bedrängt zu werden, auch über Berlin, Breslau, Münster und Königsberg war die Uebertragung tadellos. Dagegen klangen Hörer, die Königsbergshausen aufgenommen haben, daß atmosphärische und Telegraphstörungen den Genuß zeitweise stark beeinträchtigt haben. Und ein Hörer in Wärrland, der mehrere Stationen aufnahm, berichtet, daß die kurzwelligen merktbar besser zu hören waren.

Bielefeld ohne Stadttheater. Die Bielefelder Stadtverordnetenversammlung lehnte die Vorlage des Theaterauswusses, welche die Rückkehr von der zehnmannigen zur achtmannigen Spielzeit und den Abbau der Großen Oper, sowie die Herabsetzung des städtischen Zuschusses auf höchstens 300 000 Mark vorsah, mit sämtlichen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen ab und beschloß die völlige Schließung des Theaters. Für die Erhaltung der Bauschleifen und an Pensionsgeldern für städtische Orchestermitglieder hat die Stadt 114 000 Mark zu zahlen.

In der Staatlichen Kunsthochschule, Prinz-Albrecht-Str. 7a, ist eine Ausstellung italienische Kriegerdenkmäler aus dem 19. und 20. Jahrhundert eröffnet. Sie ist bei freiem Eintritt werktäglich von 9 bis 5 Uhr geöffnet.

Die Vernehmung Schulzes. Keine Haftentlassung.

Korrespondenz B.S. meldet:

Der in die Budapest-Fälscheraffäre verwickelte Arthur Schulze ist gestern dem im Präsidium tätigen Amtsgerichtsrat Strudmann zur weiteren Vernehmung vorgeführt worden. Schulze gab dabei nur die Tatsachen an, die im wesentlichen schon bekannt sind. In Budapest habe er sehr bald gemerkt, daß etwas vorbereitet werden sollte, was er nicht beantworten konnte. Er habe sich deshalb von vornherein passiv verhalten und versucht, Ungarn möglichst schnell wieder verlassen zu können. Das sei ihm nicht leicht geworden, weil er merkte, daß er von gewissen Leuten ständig beobachtet wurde. Es sei ihm dann auch gelungen, unbefolgt nach Deutschland zurückzukehren zu können. Schulze bestritt auch dem Amtsrichter gegenüber energisch, daß er sich irgendwie strafbar gemacht habe.

In der Angelegenheit sind inzwischen von der Polizei auch noch andere Personen vernommen worden, deren Namen bisher noch nicht bekannt gegeben werden. Der Inhaftierte wird heute vom zuständigen Untersuchungsrichter beim Landgericht II vernommen. Schulze hatte einen Antrag auf Haftentlassung stellen lassen, der aber abgelehnt worden ist, weil in Anbetracht der politischen Bedeutung dieses Falles die Verantwortung nicht von der Polizei, sondern von der zuständigen Staatsanwaltschaft getragen werden müsse.

Keine Amnestie für Kufmann und Knoll.

Das gegen den früheren Staatsanwaltschaftsleiter Dr. Kufmann und den Kaufmann Knoll eingeleitete Verfahren wegen Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke aus der Barmat-Untersuchung, bzw. wegen Klüppelung war bezweckenderweise durch Beschluß des Schöffengerichts Berlin-Witte auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt worden. Gegen diese Anwendung der Amnestie hatte die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Landgericht eingelegt, mit dem Erfolg, daß dieses nunmehr die Anwendung der Amnestie in diesem Fall als nicht gegeben erachtete, da das Vorliegen politischer Motive zu verneinen sei. Dr. Kufmann und Knoll werden sich also vor dem Schöffengericht wegen der ihnen zur Last gelegten Straftaten zu verantworten haben, doch steht der Termin zu dieser Verhandlung bisher noch nicht fest.

Ein französischer Polizeichef in Berlin.

Zur Vernehmung des Franken-Schulze.

Paris, 18. Februar. (W.B.) Der Kommissar der sûreté generale Doucet hat sich gestern Abend nach Berlin begeben, um als Vertreter der Pariser Polizei der weiteren Vernehmung des verhafteten Arthur Schulze, der in die Budapest-Fälscheraffäre verwickelt ist, beizuwohnen. Einem Vertreter des „Matin“ erklärte Doucet, er glaube, daß Schulze an der Affäre nur ziemlich passiv beteiligt gewesen sei.

Dr. Weiß' Mission in Paris — Abreise nach Brüssel.

Paris, 18. Februar. (W.B.) Nach vierstündiger Aufenthalt in Paris verläßt heute der Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Dr. Weiß, Paris. Es ist das erste Mal seit dem Kriege, daß eine leitende Persönlichkeit des deutschen Polizeidienstes mit den leitenden französischen Polizeileuten in Verbindung gekommen hat. Der Zweck der Reise war in erster Linie, den französischen Polizeibehörden, denen naturgemäß die Aufklärung der ungarischen Fälschungen außerordentlich am Herzen liegt, die Versicherung zu geben, daß die Berliner Kriminalpolizei, die sich seit Austausch der ersten Nachrichten über diese Fälschungen mit der Angelegenheit befaßt habe, alles tun werde, um die französische Polizei zu unterstützen. Darüber hinaus hat Dr. Weiß die grundsätzliche Frage einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen der Berliner und der französischen Kriminalpolizei besprochen. Hierauf kam auch die Frage eines Nachrichtenaustausches in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten zur Erörterung. Dr. Weiß begibt sich heute Nachmittag nach Brüssel, um dort in derselben Weise Frühling zu nehmen.

Gegen Sprachendrosselung.

Eine Rede des Genossen Dr. Czech.

Prag, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses, die sich nach den Stürmen in den vergangenen Tagen etwas ruhiger gestaltete, erklärte der Vizepräsident des Hauses, daß die bedauerlicherweise ungenutzte Arbeit und der Würde des Parlamentes in Zukunft gegen solche Ereignisse mit aller Entschiedenheit vorzugehen. — Diese Erklärung des Vizepräsidenten war von lärmenden Zwischenrufen der Opposition begleitet.

Im Verlauf der Debatte über die Erklärung des Außenministers Dr. Benesch ergriß auch der deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech das Wort zu einer längeren Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die gegenseitige Beeinflussung von Außen- und Innenpolitik war in diesem Lande immer so stark, daß ihre völlige Scheidung nachgerade zur Unmöglichkeit geworden ist. Das haben wir zuletzt anlässlich des Abschlusses des Locarno-Vertrages gesehen, aus welchem die herrschenden tschechischen Kreise gewisse Folgerungen politischer Natur zu ziehen versuchten, indem sie die bedingungslose Unterwerfung der Minoritäten unter die Herrschaft dieses Vertrages forderten, ohne für sich die sich aus diesem Vertrag ergebenden Konsequenzen abzuleiten, die geeignet wären, eine Wandlung in der Behandlung der nichttschechischen Völker des Staates herbeizuführen. Das können wir auch in der Fassung der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz wahrnehmen. Wohl versucht man auf tschechischer Seite der Durchführungsvorordnung den harmlosen Anschein einer rein internen Maßnahme zu geben. Sie hat aber in der nichttschechischen Bevölkerung des Staates eine gewaltige Erregung hervorgerufen. Sie hat auch im Ausland eine Stimmung ausgelöst, die gewisse außenpolitische Wirkungen nach sich ziehen wird. Die Durchführungsvorordnung wird

als ein mehrer Faustschlag von der gesamten deutschen Bevölkerung empfunden.

Sie hat eine mächtige Bewegung hervorgerufen und die größte Ueberraschung und Bestürzung ausgelöst.“

Der Redner teilte dann mit, daß der jetzige Ministerpräsident früher eine Erklärung abgegeben hat, wonach vor Erlassung der Sprachenerordnung mit den deutschen Vorkonferenzen verhandelt werden würde.

Das gegebene Ministerwort sei gebrochen worden.

Genosse Dr. Czech fährt fort: „Wir aber antworten darauf, daß wir auf der Einhaltung des Ministerwortes beharren, daß wir jede Maßnahme, die unter dem Druck von bindenden Zusagen der

Polens Anspruch auf ständigen Ratsitz

Briands Befürwortung. — Chamberlains Reserve. — Schwedens Widerstand.

Entgegen optimistischen Nachrichten aus London, die in maßgebenden Berliner Kreisen allzu schnell Glauben gefunden hatten, scheint die Frage einer beträchtlichen Erweiterung des Völkerbundes in der Richtung, daß außer Deutschland auch Polen und vielleicht Spanien und Brasilien ständige Sitze im Völkerbundsrat erhalten sollten, noch keineswegs erledigt zu sein. Als Botschafter v. Hoersch am Mittwoch im Auftrage der Reichsregierung Briand sondierte, erhielt er vom französischen Ministerpräsidenten eine Antwort, die keinen Zweifel daran läßt, daß Polens Wünsche nach wie vor in Paris besürwortet werden. Die Argumentation Briands ist recht eigenartig: er meinte, daß die Gewährung eines ständigen Ratsitzes an Polen für die gute und loyale Ausführung der Locarno-Verträge notwendig sei. Durch seine politische Bedeutung und geographische Lage sei Polen an den großen europäischen Fragen interessiert, und es wäre besser, wenn es seine Interessen selbst verteidigen könne, als wenn es ihre Wahrung einer anderen Macht anvertrauen müßte.

Es mag schon sein, daß der französischen Regierung die Rolle des ewigen Befürworters polnischer Ansprüche in gemeinsamen Fällen lästig ist und daß sie durch die Gewährung eines ständigen Ratsitzes an Polen ihre Handlungsfreiheit gegenüber Warschau wieder erlangen möchte. Aber in den meisten Fällen ist Polen doch nur der Sekundant Frankreichs, und das dürfte wohl der überwiegende Grund sein, weshalb Frankreich den polnischen Anspruch unterläßt. Aber gerade deshalb muß auch jener Anspruch bekämpft werden: es muß eben verhindert werden, wie Lord Grey in einem offenen Brief an die „Times“ sehr richtig bemerkt, daß das Vorkriegssystem der „Gruppierungen“ seine Fortsetzung im Völkerbundsrat findet. Selbst wenn Briand mit der Unterstützung der polnischen Wünsche keine unfreundliche Absicht gegen Deutschland hegte, sondern lediglich eine an sich begriffliche Bündnispflicht gegen Polen erfüllte, so würde dennoch die Wirkung einer solchen Haltung im deutschen Volke ganz unvermeidlich eine andere sein. Man würde mit der ostentativen Schaffung eines politischen Gegengewichts gegen Deutschland im Völkerbundsrat einen Akt der Unfreundlichkeit und des Mißtrauens gegen Deutschland erblicken, der geeignet wäre, die ganze moralische Bedeutung des Beitritts Deutschlands zu gefährden und die neue Ära des Völkerbundes, die mit dem Eintritt des besiegten Deutschlands eingeleitet werden sollte, mit dem Makel des Argwohns und der Engherzigkeit von vornherein zu belasten. Briand meint vielleicht, er würde dem polnischen Bundesgenossen eine große Freude bereiten, wenn er ihm zur Erfüllung seines Wunsches verhülfe, es mag ihm aber gesagt werden, daß er damit vor allem einem Teil des deutschen Volkes eine große Benützung verschaffen würde: nämlich den Gegnern des Völkerbundes, den Deutschenationalen und Kommunisten, die schon heute in schadenfrohen Erwartungen über einen solchen „Hereinfall“ der Locarno-Parteien schwelgen.

Die Reichsregierung hat sich daran getan, ihren Pariser Botschafter zu beauftragen, lediglich eine Sondierung vorzunehmen, ohne die konditionelle Drohung auszusprechen, daß Deutschland seine Annäherung wieder rückgängig machen könnte. Denn solche heißen Fragen soll man lieber mit Behutsamkeit behandeln als mit vorzeitigen Kräftausdrücken, die die Dinge oft nur verschlimmern. Auch ist die moralische Position Deutschlands in dieser Frage völlig einwandfrei und seine diplomatische Position durchaus günstig. Sogar gewisse französische Blätter verschiedener Richtungen, wie das fortschrittliche „Devoir“ und das gemäßigtere „Journal des Debats“, die dem polnischen Bloß unzugänglich sind, wenden sich gegen den polnischen Anspruch, dessen Verwirklichung den Anfang vom Ende des Völkerbundes bedeuten könnte. Vor allem wächst der Widerstand in England. Am gestrigen Tage hat der Außenminister Chamberlain auf einem Frühstück der ausländischen Presse, an dem auch deutsche Journalisten zum ersten Mal seit Kriegsende als Ehrengäste teilnahmen, eine bedeutungsvolle Rede gehalten, in der er auch das aktuelle Thema behandelte. Dabei führte er aus:

Es gebe ein Problem, das die Sorge vieler Personen in diplomatischen Kreisen sei und tatsächlich weit über die diplomatischen Kreise hinaus das Interesse annehme, nämlich die Stellung des Völkerbundsrates. Glauben Sie nicht, betonte Chamberlain, daß ich Ihnen eine Erklärung abgeben will,

Regierung zustande gekommen ist, als für uns unverbindlich betrachten. Aus dieser Situation gibt es nur einen einzigen Ausweg: Widerruf dieser Verordnung.

die in jeder Zeile den Geist nationaler Unduldsamkeit atmet und die Rechte der nichttschechischen Bevölkerung mit Füßen tritt. Darum lehnen wir uns offen gegen diese Verordnung auf und werden sie nie anerkennen. Wir werden nichts unversucht lassen, um sie zu beseitigen.“ — Während der Rede Dr. Czechs kam es zwischen den deutschen und tschechischen Sozialdemokraten wiederholt zu heftigen Zusammenstößen.

Fälschungsdebatte in Wien.

Bethlens ausweichende Auskünfte.

Wien, 18. Februar. (W.B.) In der heutigen Sitzung des Nationalrats wurde eine dringliche Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Eisler und Genossen wegen der sogenannten Solofälschungen in Wegelsdorf verhandelt. Die Antragsteller richteten an die Bundesregierung die Frage, ob ihr bekannt sei, daß Graf Bethlen im Untersuchungsausschuß der ungarischen Nationalversammlung die Behauptung aufgestellt habe, daß eine Gruppe ungarischer Banknotenfälscher in Wegelsdorf bei Graz unter Mitwisser des Bundeshauptmanns Rintelen und ein diesem nächstehender Beamter eine Banknotendrucker erworben und dort mit Unterstützung des Bundeshauptmanns Rintelen falsche Banknoten hergestellt habe. Weiter wird gefragt, warum diese Banknotenfälscher nicht angeben worden seien.

Es entspann sich eine stellenweise sehr stürmische Debatte, in deren Verlauf Bundeskanzler Dr. Ramek erklärte, er habe sofort nach Erheben des diesbezüglichen Artikels der Arbeiter den österreichischen Gesandten in Budapest beauftragt, vom Ministerpräsidenten Bethlens Aufklärung zu verlangen. Bethlen habe die strenge Vertraulichkeit der Sitzungen des Untersuchungsausschusses hervorgehoben (!) und auf ein von der ungarischen Regierung veranlaßtes Kommuniqué verwiesen, in dem vor Nach-

richtigen, die angeblich aus diesen Ausschüß stammen, nachdrücklich gewarnt wird (!) Aus dem gesamten Aktenmaterial, der in der Zeit eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung der Angelegenheit ergaben sich keinerlei Anhaltspunkte für die Stichhaltigkeit der gegen den Bundeshauptmann Rintelen erhobenen Beschuldigungen.

Bezüglich des zweiten Punktes der Anfrage verwies der Bundeskanzler darauf, daß auf Grund eines Befehles der im Auslande befindlichen Bundesbehörden auf Antrag der Staatsanwaltschaft die gnadenweise Einstellung des Strafverfahrens verfügt worden sei, was von der tschechoslowakischen Regierung mitgeteilt worden sei, ohne daß sie eine Gegenvorstellung erhoben hätte. Der sozialdemokratische Antrag auf Einsetzung eines 7gliedrigen parlamentarischen Ausschusses wurde schließlich abgelehnt.

Der italienische Botschafter Graf Bosdari soll, der „B. Z.“ zufolge, auf seinen Posten nur provisorisch zurückkehren, obwohl offiziöse Agenturenmeldungen aus Rom kürzlich seine Überberufung bestritten hatten. Als sein Nachfolger wird jetzt der bisherige Gesandte Nastiens in Buenos Aires, ein zuverlässiger Faschist, genannt. Ebenso soll nach der „B. Z.“ der italienische Generalkonsul in Berlin, Graf Anselmi, auscheiden. Dieser war zwar Faschist der ersten Stunde, hat sich aber beim Major Renzetti, dem aktuellen Vertrauensmann Marinaccis in Berlin, misliebiger gemacht. Auf Renzettis Treibereien ist auch das Ausscheiden Bosdaris zurückzuführen. Auf den Posten Anselmis reflektiert kein anderer als — Renzetti selbst.

Im Krakauer Gefängnis sind die politischen Sträflinge in einen Hungerstreik eingetreten. Veranlassung dazu gab der Tod eines Mitgefangenen, Kaluzja mit Namen. Die Häftlinge behaupten, daß Kaluzja keines natürlichen Todes gestorben sei.

Ein englisch-italienisches Abkommen. Im Unterhaus erwiderte Chamberlain auf die Frage, ob bei seinen Besprechungen mit Mussolini Angelegenheiten, welche die britischen Verpflichtungen im nahen Osten betreffen, erörtert worden seien: Zur Beruhigung des Fragestellers wolle er sagen, daß weder von der einen noch von der anderen Seite neue Verpflichtungen eingegangen oder angegriffen wurden.

Die ich noch nicht im Unterhause gegeben habe und die ich tatsächlich dem Unterhause noch nicht geben kann, da die britische Regierung — wie ich glaube sehr mit Recht — noch keine endgültige Entscheidung über diese Frage gefaßt hat. Alles, was ich im Augenblick sagen kann, ist, daß man dieses Problem nicht im Lichte der Kriegsverhältnisse betrachten und nicht fragen darf, wie wir eine besondere Gruppierung von Mächten verewigen und eine unmaäßliche internationale Rivalität ausgleichen können. Wenn wir uns dem Problem auf diesem Wege nähern, dann gibt es keine Lösung. Die einzige Frage, die man sich zu stellen hat, ist, wie der Rat am besten die Eignung erhalten kann, die ungemein verantwortungsvollen Aufgaben zu erledigen, die ihm jetzt obliegen und die noch verantwortungsvolleren Aufgaben, die sicher in der einen oder anderen Richtung jetzt oder später an ihn herantreten werden, ferner, wie wir den Völkerbund und den Rat so organisieren können, daß er die Kraft hat, den Frieden zu bewahren und daß seine Gutachten und Entscheidungen moralische Autorität haben. Es handelt sich darum zu bewirken, daß sie von den Nationen angenommen werden, zu deren Vorurteilen sie im Widerspruch stehen, deren Einsichten sie vielleicht entgegenstehen, die aber doch im Interesse des Friedens und des internationalen Einvernehmens hoffentlich dazu gebracht werden, dem Rat das zuzugestehen, was sie einer anderen an einem Streit beteiligten Partei nicht zugestehen könnten.

Die Entscheidung des Völkerbundsrates wird in keiner Form beeinflusst oder gelenkt werden durch einen Versuch, eine Partei innerhalb des Rates zu schaffen.

Das wäre die völlige Verleugnung alles dessen, was wir erreicht haben. Sie wird nicht diktiert werden durch irgendeinen Wunsch, eine Mehrheit für diese oder jene Auffassung herbeizuführen. Eine Entscheidung des Rates mit Stimmenmehrheit ist nach unserer Verfassung in nahezu jedem Falle, und ich glaube, ich kann ruhig sagen, in jedem wichtigen Falle, überhaupt keine Entscheidung, denn Einstimmigkeit ist erforderlich. Aber es ist nicht die Aufgabe des Rates, auf Mehrheitsentscheidungen hinzuwirken. Seine Aufgabe ist es, Differenzen auszugleichen und den Boden für eine Einigung zu finden in der Atmosphäre von Genuß und im Geiste der Kameradschaft und der Zuversicht, der unter den Delegierten entstanden ist. Sie werden im Rat zusammenkommen, nicht um eine gewalttätige Lösung zu finden, sondern um eine Lösung zu finden, die von allen Beteiligten gern und frei akzeptiert werden kann.

Chamberlain schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Geist von Locarno die Presse aller Länder erfüllen werde, damit sie trotz der Schwierigkeiten des Tages das Auge auf die großen Ziele gerichtet halte, von denen Befrieden und Zivilisation abhängen.

Gewerkschaftsbewegung

Landwirtschaft und Erwerbslosenfürsorge.

Selbst Deutschnationale für Einbeziehung der Landwirtschaft.

Um die Frage der Einbeziehung der Landwirtschaft in die Erwerbslosenfürsorge ist ein heißer Kampf entbrannt. Während der Deutsche Landarbeiterverband und mit ihm unsere Partei die Auffassung vertritt, die Einbeziehung ist notwendig, weil es auch in der Landwirtschaft eine Arbeitslosigkeit gibt und sich alle Kreise des Volkes an der Ausbringung der Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen beteiligen müssen, vertreten die landwirtschaftlichen Unternehmer den Standpunkt, daß eine Einbeziehung der Landwirtschaft in die Erwerbslosenfürsorge nicht verantwortet werden könne. Man bestreitet das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft und sagt, die Landwirtschaft trage ihr Teil zur Steuerung der Arbeitslosigkeit schon dadurch bei, daß sie auch während der Wintermonate eine ganze Reihe von Arbeitern beschäftigt, die, streng genommen, wegen Arbeitsmangel entlassen werden müßten.

Der Standpunkt der landwirtschaftlichen Arbeitgeber ist nicht ohne Wirkung auf die Regierungsstellen geblieben. In verschiedenen und besonders in der 5. Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge ist vorgeesehen, daß landwirtschaftliche Arbeitnehmer unter bestimmten Voraussetzungen von der Beitragszahlung entbunden werden können.

Angesichts dieser Situation gewinnt ein Beschluß große Bedeutung, der am 20. Januar auf Betreiben der SPD., des Zentrums und der Demokratischen Partei im ober-schlesischen Provinziallandtag angenommen wurde. In dem Beschluß heißt es, nachdem vorher eine Reihe von Abwehrmaßnahmen zur Verringerung der Wirtschaftsnot empfohlen wird, wörtlich:

„Die Arbeitslosenversicherung unter Einbeziehung der Landarbeiter im Reichstag bald zur Verabschiedung zu bringen.“

Diesem Beschluß traten alle im ober-schlesischen Provinziallandtag vertretenen Parteien mit Ausnahme der KPD. bei. Unter den Anhängern der bürgerlichen Parteien befinden sich auch zahlreiche Landwirte. Wir nennen beispielsweise: Bauernausbehalter August Hillbrandt (Deutschnational), Herrschaftsbesitzer Graf Hans Prashma (Vorsteher des ober-schlesischen Landbundes), Landwirt Walter Thomas (Deutschnational), Rittergutsbesitzer Rudolf v. Bahdorf (Vertreter des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes).

Wenn solche prominenten Personen die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Erwerbslosenfürsorge für notwendig erachten, kann der Standpunkt der freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter nicht mehr als einseitig und unbedacht bezeichnet werden. Die Regierungsstellen werden nicht umhin können, die Frage nochmals einer besonderen Prüfung zu unterziehen.

Vorstandssitzung des IGB.

Die Antwort an die Russen.

(IGB.) Auf der am 11. und 12. Februar in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde folgender Bericht der Revisionskommission über die Finanzverwaltung des IGB. im Jahre 1925 zur Kenntnis genommen:

„Unterzeichnete haben die vom Buchhalter ordnungsgemäß aufgestellte Bilanz für das Jahr 1925 sowie die Bücher und Belege geprüft und festgestellt, daß sich der Habenssaldo vom 31. Dezember 1924 im Betrage von 113.524,24 Gulden auf der Rechnung des Jahres 1925 um einen Netto-Überschuß von 986,23 Gulden vermehrt hat, so daß sich der Habenssaldo per 31. Dezember 1925 auf 114.510,47 Gulden stellt.“

Nach Besprechung der Verhältnisse in den Ländern, in denen die ersten Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung wahrzunehmen sind, gelangte folgender Antrag zur Annahme:

„Der Vorstand richtet an die angeschlossenen Landeszentralen das dringende Ersuchen, im Jahre 1926 durch freiwillige Summierungen einen Fonds zusammenzubringen, dessen ausschließlicher Zweck es ist, die Gewerkschaftsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern finanziell zu unterstützen und die unorganisierten Ausländer in Ländern mit besonderen Verhältnissen den Gewerkschaften zuzuführen. Zu anderen Zwecken dürfen diese Gelder keine Verwendung finden.“

Ueber den unterbreiteten schriftlichen Bericht des Truist-Komitees fand eine eingehende Aussprache statt, ebenfalls über den Wunsch der gewerkschaftlichen Landeszentrale Englands, daß auf eine Übereinstimmung der Löhne in der Schiffbauindustrie hingewirkt werden soll. Einer eingehenden Er-

hebung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Ländern soll näher getreten werden. Von den Vorbereitungsarbeiten für den vom 18.-21. Mai in London stattfindenden Welt-Wanderungskongress wurde Kenntnis genommen.

Auf das letzte Schreiben des Allrussischen Gewerkschaftsrates soll folgende Antwort erteilt werden:

„Der Vorstand des IGB. nimmt Kenntnis von dem vom 6. Januar datierten Schreiben des Generalrates des Allrussischen Gewerkschaftsbundes, in dem mitgeteilt wird:

1. daß ihm der von der Ausschussung des IGB. vom 4. und 5. Dezember angenommene Beschluß schriftlich mitgeteilt wurde;
2. daß er seine dem IGB. in seinen Briefen vom 29. Januar und 19. Mai 1925 vorgelegten Vorschläge aufrecht erhält;
3. daß er erklärt, seine Aktion für die Errichtung einer einzigen Gewerkschafts-Internationale fortsetzen zu wollen.

Der Vorstand des IGB. stellt sonach fest, daß der Generalrat des Allrussischen Gewerkschaftsbundes auf die Aufforderung, sich dem IGB. anzuschließen, keine günstige Antwort erteilt hat.

Angesichts dieser negativen Antwort wurde beschlossen, den Beschluß des Allrussischen Gewerkschaftsbundes der nächsten Ausschussung des IGB. vorzulegen.“

Ein Brief des Generalrates der englischen Gewerkschaften, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Ausschuß des IGB. die Möglichkeit finde, ohne unangenehme Verzögerung auf den Beschluß der letzten Sitzung betr. die Beziehungen zu den Russen zurückzukommen, soll wie folgt beantwortet werden:

„Nach Kenntnisnahme des Briefes des Generalrates des Britischen Gewerkschaftsbundes, in dem der Wunsch ausgesprochen wird, der Ausschuß des IGB. möge seinen Beschluß vom Monat Dezember 1925 noch einmal in Erwägung ziehen, gibt der Vorstand des IGB. der Ansicht Ausdruck, daß er nicht die Nothwendigkeit hat, die Beschlüsse des Ausschusses abzuändern.“

Der Vorstand beschließt, das Gesuch des britischen Gewerkschaftsbundes der nächsten Ausschussung des IGB. zu unterbreiten.“

Der nächste Internationale Gewerkschaftskongress wird vom 15. bis 20. August 1927 in Paris abgehalten werden. Der am 3. Sonntag im September zu veranstaltenden Feiern des 25-jährigen Bestehens der internationalen Gewerkschaftsbewegung soll eine Propagandawoche mit der Losung: „Zurück in die Gewerkschaften — zum Kampf für den internationalen Achtstundentag“ vorausgehen. Die Forderung auf Festlegung des internationalen Achtstundentages soll während des ganzen Jahres in den Vordergrund gestellt werden.

Das Anti-Kriegs-Komitee, bestehend aus dem Vorstand des IGB. und den internationalen Sekretären der Bergarbeiter, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter, wird am 18. März in Amsterdam zusammentreten. Hieran wird sich die nächste Vorstandssitzung anschließen. In diesem Jahre soll nur eine internationale Sommerschule, und zwar in Uccle bei Brüssel, abgehalten werden. Die erste der geplanten internationalen Studienreisen für Gewerkschaftsführer hat Belgien zum Ziel. Es werden nur Teilnehmer zugelassen, die von gewerkschaftlichen Landeszentralen oder internationalen Berufsjournalisten angemeldet werden.

Schiedspruch für die Schwerindustrie.

Kein Lohnabbau.

Essen, 18. Februar. (Mib.) Heute vormittag wurden in der Tarifgewerkschaft der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie die Verhandlungen über die von der Arbeitgeberseite geforderte Herabsetzung der Löhne fortgesetzt. Die Verhandlungen selbst blieben ergebnislos, jedoch wurde im Anschluß an diese eine Schlichtungskammer gebildet, die unter dem Vorsitz des Schlichters für den Bezirk Westfalen folgenden Schiedsspruch fällte: 1. Die tarifliche Lohnregelung bleibt auch vom 1. März 1926 an weiter in Kraft. 2. Diese Regelung gilt unänderbar bis 1. September 1926 und kann von diesem Zeitpunkt an mit einjähriger Frist jeweils zum Monatsletzten gekündigt werden. 3. Erklärungsfrist für beide Parteien ist der 23. Februar 1926.

Der Bäckerlohn am dritten Weihnachtsfeiertag.

Wie wir in Nr. 64 des „Vorwärts“ berichteten, hatte das Gewerbegericht den Streik der Bäckermeister mit den Gehilfen wegen der Bezahlung des dritten Weihnachtsfeiertages, der auf einen Sonntag fiel, dahin entschieden, daß für diesen Tag der tarifmäßige Sonntagslohn zu bezahlen ist.

Die Bäckermeister, welche die Führung in diesem Streik hatten, haben diese Entscheidung nicht für allgemein gültig angesehen und deshalb noch einen zweiten Einzelfall zur Ent-

scheidung vor dieselbe Kammer des Gewerbegerichts gebracht. Die aus diesem Anlaß mit Beisitzern aus dem Bäckergewerbe besetzt war. Der Vorsitzende der Bäckermeister vertrat wieder den Standpunkt, daß der dritte Weihnachtsfeiertag wie ein Werktag zu entlohnen sei, weil es in der betreffenden Verordnung heißt:

„Von drei unmittelbar aufeinanderfolgenden Feiertagen gilt der dritte als Werktag.“

Das Gericht sah sich nicht veranlaßt, von seinem Standpunkt im Vorprozeß abzugehen. Es erkannte dahin, daß der dritte Weihnachtsfeiertag mit dem tarifmäßigen Sonntagslohn zu bezahlen ist, denn es wird durch kein Gesetz bestimmt, daß eine Arbeit zu entlohnen ist. Die betreffende Verordnung sagt nur, daß am dritten Weihnachtsfeiertag gearbeitet werden darf, wie an jedem Werktag. Wie die Arbeit zu entlohnen ist, das unterliegt der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, im vorliegenden Falle den Bestimmungen des Tarifvertrages.

Hoffentlich ist die große Aktion der Bäckermeister gegen tarifmäßige Sonntagsentlohnung damit beendet.

Die Mecklenburger Metallindustriellen vor die Front.

Der Metallbund beider Mecklenburg hat der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Stettin das bis zum 28. Februar laufende Lohnabkommen gekündigt. Die Metallbündler verlangen, daß der bisherige Spitzenlohn von 63 auf 58 Pf. gekürzt wird. Da schon vorher in der gemischt-gewerblichen Industrie Mecklenburgs ähnliche Anschläge versucht wurden, wollen die Metallbündler nicht zurückweichen. Dieser Abzug von 5 Pf. bedeutet bei den Metallarbeitern, daß der Erfolg des vorjährigen Streiks, der eine Lohnaufbesserung von 5 Pf. brachte, mit einem Federstrich erledigt werden soll. Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden. Sie dürften, wenn die Metallbündler auf ihrem Antrag bestehen, sich äußerst schwierig gestalten und das Wirtschaftsleben Mecklenburgs wieder ernsthaft erschüttern.

Streik der mitteldeutschen Steinseher.

Braunschweig, 18. Februar. (Mib.) In Mitteldeutschland sind die Steinseher- und Straßenbauarbeiter in den Streik getreten. Der Arbeitgeberverband für das mitteldeutsche Steinseher- und Straßenbauergewerbe teilt hierzu mit: Die Einigungsverhandlungen, welche der Arbeitgeberverband für das mitteldeutsche Steinseher- und Straßenbauergewerbe seit Wochen mit den Arbeitnehmerorganisationen führt, müssen zunächst als gescheitert betrachtet werden. Der Wirtschaftskampf richtet sich auf den Abschluß eines Tarifvertrages, wie auf Festlegung der Arbeiterlöhne für die kommende Bauperiode. In Mitteldeutschland wird zurzeit ein Steinseherstundenlohn von 1,15 M. gezahlt. Der Arbeitgeberverband hat die Reichsarbeitsverwaltung ersucht, einzugreifen.

Wie die Unternehmer die Preise abbauen.

Karlsruhe, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitgeberverbände von Handel und Industrie des Handelskammerbezirks Karlsruhe forderten von den Angestellten die Zustimmung zu einer 10prozentigen Gehaltsherabsetzung. Verschlechterung der Urlaubsbedingungen und Befürzung der Kündigungsfrist. Eingeleitete Verhandlungen mit den Angestelltenverbänden führten, obwohl diese zu einem Entgegenkommen in der Urlaubsfrage bereit waren, zu keinem Erfolg. Daraufhin erfolgte in einer ganzen Anzahl von Betrieben die Massenentlassung von Angestellten, insgesamt rund 1000. Das Vorgehen des Unternehmertums ist um so rückfälliger, als es sich um einen glatten Tarifbruch handelt.

Der belgische Metallarbeiterstreik beendet.

La Louvière, 18. Februar. (Mib.) Die Metallarbeiter des Zentrums haben, ebenso wie die von Charleroi die Vermittlungsvorschläge des Ministerpräsidenten angenommen. Man erwartet, daß die Arbeit allgemein kommende Woche wieder aufgenommen wird.

Preis Gewerkschaftsjugend. Sonntag vormittag 10 Uhr Besichtigung und Führung durch den Französischen Sandbau. Teilnahme nur gestattet gegen Karten, die von der Jugendzentrale, Engelstraße 24-25, 1 Et., Zimmer 7, kostenlos bezohlet werden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Strienz; Redaktion: Dr. John Schifowski; Solales und Sonstiges: Fritz Kerschütz; Anzeigen: Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt West. Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Billion Lubumbittel

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

- | | |
|---|---|
| Blumenkohl 10 Pf. <small>Kopf von an</small> | Margarine 58 Pf. <small>Pfund</small> |
| Wirsingkohl holländ., Pfund 8 Pf. | Kokosfett 1 Pfund-Tafel 66 Pf. |
| Rotkohl holländischer, Pfund 8 Pf. | Molkerei-Butter |
| Sellerie Pfund 15 Pf. | 1/2 Pfund-Paket 90 Pf. 1 M |
| Schwarzwurzeln Pfund 30 Pf. | Tafelbutter Pfund 2 05 |
| Blut-Orangen 60 Pf. <small>Dutzend 1,20, 90,</small> | Schweizerkäse |
| E6- u. Kochäpfel Pfund 12 Pf. | ohne Rinde 55 u. 85 Pf. <small>Schachtel</small> |
| Tafeläpfel Pfund 24 Pf. | Harzerkäse <small>Kiste, 1 Pfund</small> 65 Pf. |
| Schönerv. Boskoop Pfd. 28 Pf. | Tilsiterkäse Pfd. 68 Pf. voll- <small>inhalt</small> |
| Apfelsinen Dyd. 80, 60, 40 Pf. | Stangen-Limburg. <small>Altpfl. 78 Pf.</small> |
| | Schweizerkäse keine Quant. 1 50 |

- ## Frisches Fleisch
- | | |
|---|--|
| Kalbsskamm u. Brust . . . Pfund 70 Pf. | ganz u. ge- <small>leilt, Pfund</small> 80 Pf. |
| Kalbskeule u. Rücken <small>u. Rücken</small> 78 Pf. | Hammelvorderfleisch <small>mit <small>Blg.</small></small> 1 M |
| Schweinebauch u. Rücken <small>mit <small>Blg.</small></small> 1 M | Lieserl Pfd. 95 Pf. Gehacktes Pfd. 70 Pf. |
| Kaßler Rippspeer u. Kamm 1 25 | Ia Gefrierfleisch <small>Rinderkamm und <small>Brust</small></small> . . . Pfund 50 Pf. |

- | | |
|--|--|
| Grüne Heringe <small>Pfund</small> 10 u. 15 Pf. | Pflaumen 35 Pf. <small>Rumänische, Pfund</small> |
| Kabeljau, Dorsche <small>ohne <small>Kopf</small></small> 18 Pf. | Kaliforn. Pflaumen Pfd. 48 Pf. |
| Schellfische <small>Pfund</small> 18 Pf. | Backobst gemischtes, Pfd. 52 Pf. |
| Bratschollen Pfund 18 Pf. | Kaliforn. Backobst Pfd. 72 Pf. |
| Zander Pfund 90 Pf. | Amerik. Ringäpfel Pfd. 78 Pf. |
| Lebende Hechte Pfund 110 135 | Kaliforn. Birnen Pfund 98 Pf. |
| Lebende Karpfen . . Pfund 130 | Kaliforn. Pfirsiche Pfund 130 |
| Büclinge <small>große, Pfund</small> 28 Pf. | Kaliforn. Aprikosen Pfund 140 |
| Büclings Kieler . . Pfund 55 Pf. | Kakao <small>stark <small>entölt</small></small> 17 Pf. <small>1/2 Pfund-Paket</small> |
| Sprotten Pfund 34 Pf. <small>Kiste</small> 40 Pf. | Pralinenbrote <small>300 Gr. <small>Stück</small></small> 70 Pf. <small>100 Gr. <small>Stück</small></small> 35 Pf. |
| Flundern ger., Pfd. 35 u. 45 Pf. | Borkenschokolade <small>1/2 Pfund <small>Stück</small></small> 30 Pf. |
| Seelachs <small>geräuchert, in <small>Stücken</small>, Pfund</small> 48 Pf. | Blockschokolade <small>1/2 Pfund <small>Stück</small></small> 1 M |

- | | |
|---|--|
| Blut-Orangen <small>Originalkiste <small>ca. 150 Stück</small></small> 12 50 | Kalif. Äpfel <small>Kiste ca. 45 <small>Pfd. brutto</small></small> 15 50 |
| Suppenhühner <small>gefroren <small>Pfund</small></small> 80 <small>frisch</small> 1 25 | Hasen <small>gestreift und <small>ausgeworfen</small>, Pfund</small> 95 Pf. |
| Kaffee <small>frisch gebrannt, aus <small>eigener <small>Rösterei</small>, Konsum</small>, Pfd.</small> 2 40 | Haus- <small>halt</small> 2 80 |

- | | |
|---|---|
| Landleber- und Rotwurst . . . Pfund 1 15 | Gekochte Mettwurst Pfd. 1 50 |
| Große Mettwurst . Pfund 1 35 | Filetwurst Pfund 1 50 |
| Gefüllter Schinken Pfund 1 35 | Mettwurst <small>(Braunschweiger <small>Art</small>)</small> . . . Pfund 1 70 |
| Fetter u. magerer Speck <small>(deutsche Ware) Pfund</small> 1 45 | Feine Leberwurst . Pfund 1 70 |
| Jagdwurst Pfund 1 50 | Zerelat u. Salami <small>holst. <small>Pfund</small></small> 1 85 |
| Fleischwurst Pfund 1 50 | Schinkenspeck <small>in 1 Pfund- <small>Sich.</small>, Pfd.</small> 1 90 |
| Königsstraße Sächsische Blut- und Leberwurst Pfund 60 Pf. | Rosenthaler <small>Straße</small> Speckwurst und Landleberwurst . . . Pfund 1 M |
| Moritzplatz Mettwurst <small>(Braunschweiger <small>Art</small>)</small> Pfund 1 40 | |

- ## Pralinenmischung
- 1/2 Pfund- Paket 1 40
- Besondere Gelegenheit!**
Preise für 1/2 Flasche einschl. Steuer ohne Glas
- | | |
|---|--|
| 1922 Zeller schwarze Katz <small>stättig <small>750ml</small></small> 1 25 | 1918 Margaux <small>gepflegter <small>Bordeaux</small></small> 1 30 |
| Vermouth Cordelio <small>Stärkung- <small>wein</small></small> 1 45 | |

- ### Konserven
- | | |
|---|--|
| Schnitt- u. Brechbohnen 68 Pf. <small>Dose 1/2</small> | Kalif. Pfirsiche halb. Frucht 2 M <small>Dose 1/2</small> |
| Spinat 46 Pf. | Norweg. Sardinon Dose 45 Pf. |
| Kohlrabi I mit Grün . . 53 Pf. | Kronenhummern <small>(nur Scheren u. Schwänze <small>1/2 D.</small>)</small> 3 75 |
| Junge Erbsen 65 Pf. | Rindfleisch <small>im eigenen <small>Salz</small> 2- Pfund- <small>Dose</small></small> 1 25 |
| Kaiserschnitten 2 25 | Gulaasch <small>Rind- u. Schweine- <small>Beisch, 1 Pfund- <small>Dose</small></small></small> 63 Pf. |
| Apfelmus 58 Pf. | |
| Birnen halbe Frucht . . . 1 05 | |
| Konfitüren <small>1-Pfd. <small>Elmer</small> <small>Pflaumen, Jo- <small>hannisbeeren</small></small> 1 M</small> Himbeeren 1 40 | |

- ### Abteilung Frische Blumen
- Leipziger Straße
- | | |
|--|--|
| Blühende Krokus Topf 38 Pf. | Blühende Primeln Topf 38 Pf. 48 Pf. |
| Blüh. Tulpen u. Hyazinthen <small>Topf</small> 68 Pf. | |

- ### Wein vom Faß
- nur Königsstraße, Preise per Liter einschließl. Steuer (Flaschen bitte mitzubringen)
- | | |
|---|---|
| 1923 Wöllenstein Berg <small>milder Tischwein</small> 1 15 | Tarragona Lohfarben <small>aus, voll</small> 1 60 |
| Roter Johannisbeerwein <small>aus</small> 1 15 | Griechischer Muskat <small>nehr <small>aus</small> und würzig</small> 2 20 |
| Spanischer Rotwein <small>„Diole Claire“</small> 1 40 | Malaga Dunkel <small>tenst.</small> 2 20 |
| | Weinbrand <small>3 Kronen</small> . . 4 50 |

Jeden Freitag u. Sonnabend Stoff-Reste und Abschnitte

Berlin gegen die Abfindung der Hohenzollern.

Die Linke der Stadtverordnetenversammlung fordert die Enteignung.

Der in der Berliner Stadtverordnetenversammlung von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Protestantrag gegen die Hohenzollernabfindung wurde gestern mit einem Änderungsantrag der Kommunisten durch die Linke angenommen. Die Rechte hatte vor der Abstimmung wieder den Saal verlassen, aber sie vermochte hiermit die Versammlung nicht beschlußunfähig zu machen. Angenommen wurde auch ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag, der gegen die Nichtbestätigung des zum Stadtrat gewählten Kommunisten Rebe protestierte. Für diesen Antrag stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion. Gegen Ende der Sitzung kam es bei Beratung des sozialdemokratischen Protestantrages gegen die Durchführung des Mieterschutzes zu einem Austritt, wie er in dem Stadtverordnetenrat noch nicht erlebt worden ist. Knüppel, Runze erging sich in so heftigen Angriffen gegen das „Nadewolff“, daß Stadtdirektor Bamberg, das an Jahren älteste Mitglied der Versammlung, ihm das Wort „Schweinehund“ ins Gesicht schenkte. Mit Wut konnte der Vorsitzende Degner verhindern, daß die Sitzung in allgemeinem Tumult endete.

Zu Beginn der gestern abgehaltenen zweiten Sitzung der Stadtverordneten in dieser Woche erfolgte die

Einführung der neu gewählten unbedeutenden Stadträte

durch den Oberbürgermeister Böhm. Neben unseren Genossen Ahrens, Frau Wegl, Schlichting und Dr. Treitel sind es die Stadträte Benede, Busch, Rah, Frau Kautler, Dr. Richter, Wege und Gabel. Die Einführungsworte des Oberbürgermeisters begleiteten die Kommunisten mit den lauten Rufen: Rebe! Wo ist Rebe? Wo ist der Zwölft? Der Kommunist Rebe ist bekanntlich als einziger Stadtrat nicht bestätigt worden. Während der Verteidigung der Stadträte auf die Verfassung erhoben sich alle Stadtverordneten von den Plätzen. Nur die Kommunisten blieben sitzen, obwohl als einziger neuer Stadtrat gerade der Kommunist Gabel den Eid ganz nachsprechen muß. — Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung verlas der Vorsteher Geucke Hof einen Dringlichkeitsantrag aller Parteien, der den Magistrat um Mitteilung über die großen

Unterforschungen bei den Steuerlaffen der Bezirke Mitte, Kreuzberg und Friedrichshain

eifucht wird. Die Kommunisten haben dazu eine umfangreiche Anfrage eingereicht. Der Räumliche Karding betonte namens des Magistrats, daß die Unterforschungen nicht bei den Steuerlaffen, sondern bei den Beratungsabteilungen erfolgten. Mit verkehrten Kontrollmaßnahmen allein ist solchen Verfehlungen nicht beizukommen, trotzdem soll natürlich jeder gangbare Weg eingeschlagen werden, der Besserung verspricht. Sobald weitere Ermittlungen vorliegen, wird der Magistrat den Stadtverordneten Mitteilung zukommen lassen. — Das den Kommunisten aus der letzten Sitzung zustehende Schlußwort in der

Fürstenabfindungsfrage

hieß Leh. Die Rechtsparteien leisten sich wie am Dienstag wiederum den Scherz, den Sitzungssaal zu verlassen. In der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge angenommen. Die Abstimmung über den Antrag betreffend Zusammenfassung von 2000 W. an die Parteien, die den Volkseinsatz eingeleitet haben, war namentlich. Der Antrag wurde mit 147 gegen 87 Stimmen abgelehnt. Die Errichtung von 200 Fernsprechkästen durch die Oberpostdirektion wurde, nachdem Genosse Schmidt namens des Ausschusses die Annahme empfohlen hatte, zugestimmt. — Die Sommerkassen in Fürstenwalde hatten den Antrag auf Gewährung eines hypothetischen Darlehens von 80 000 W. zum Bau eines Altersheimes für 50 Ehepaare gestellt. Die von christlicher Nächstenliebe tiefenden Ausführungen der volkspolitischen Stadtverordneten Frau Dr. Mayer gaben unserer Genossen Lobensagen Gelegenheit, der Rechte mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß es den Bürgerlichen mit der Förderung der privaten Wohlfahrtspflege nur darauf ankomme,

die städtische Wohlfahrtspflege zu erfüllen.

Der Ausschussantrag, den Antrag abzulehnen und den Magistrat um Errichtung eines Altersheims in Amalienhof bei Spandau zu ersuchen, wird von der Linken angenommen. — Die Versammlung gab in ihrem weiteren Verlauf die grundsätzliche Zustimmung zum Bau eines Planetariums an der Nordwestseite des Zoologischen Gartens. — Der Antrag der Kommunisten auf Gewährung einer Bierhoffschilfe von 50 W. an die erblindeten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde angenommen. In schneller Reihenfolge wurden dann eine ganze Anzahl Vorlagen des Magistrats ohne Debatte in erster und zweiter Beratung angenommen. — Zur Begründung des kommunistischen Protestes gegen die

Nichtbestätigung des unbedeutenden Stadtrates Rebe (APD.)

erhält Stadtdirektor Schwent das Wort: Es besteht kein Streit darüber, daß die Kommunisten einen Anspruch haben, gemäß ihrer Fraktionsstärke im Magistrat vertreten zu sein. Der Oberpräsident hat ohne Angabe von Gründen die Bestätigung des von den Kommunisten vorgeschlagenen Kandidaten Rebe verweigert. Es ist unerfindlich, worauf der Oberpräsident seinen Einspruch gründen will. Allerdings ist Rebe während des Krieges wegen angeblichen verführten Kriegsvorrates zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Es war das aus Anlaß seiner Unterstützung der von dem Stockholmer Friedenskomitee eingeleiteten Friedenspropaganda im Jahre 1917. Rebe hat damals daselbst getan, was tausende andere Deutsche taten. Der Redner erwähnte die Justizmorde an den Matrosen Reichpietsch und Köbis, die kürzlich von unserem Genossen Dittmann aufgedeckt wurden. Wir sind allerdings der Meinung, fuhr Schwent fort, das die damals aus diesem Grunde verhängte Zuchthausstrafe für Rebe eine Ehrenstrafe gewesen ist. (Lebhaftes Sehr richtig links.) Die Strafe ist durch die Amnestie der Volksbeauftragten erlassen worden, und so kann eben die Nichtbestätigung nicht aufrechterhalten werden. Auch der Magistrat sollte sich dem Protest anschließen. — Ohne weitere Ausprache wird der Protest von der Linken gutgeheißen. — Den Antrag unserer Fraktion, der gegen den weiteren Abbau der Mieterschutzgesetzgebung durch die Reichsregierung protestiert, wurde vom Genossen Weinberg eingehend begründet. Weinberg betonte, daß die Wohnungsverhältnisse kaum in einer Stadt trostloser sind, als in Berlin. Er zerpflückte eingehend den Gesetzentwurf zur Änderung der Mieterschutzgesetze und bat um die Annahme des sozialdemokratischen Protestes. Verbunden mit diesem Entzoge wird ein Demonstrationsantrag des Deutschsozialen Runze.

Runze provoziert einen Radau.

Im Verlauf der Schimpf- und Hekrede des Runze kam es zu immer lebhafteren Protesten und Zwischenrufen. Runze provozierte offensichtlich die Linke, besonders unsere Parteigenossen. Als er am Schluß seiner „Rede“ davon sprach, daß es nicht eher besser in Deutschland werden würde, ehe nicht das internationale Judenvolk so behandelt würde, wie ihm zukomme, erhob sich bis in die Reihen der Demokraten hinein ein ehrenbetäubender Lärm. Aus den Reihen der empörten Stadtverordneten ist die Stimme des Vizepräsidenten der Versammlung, des 78jährigen Stadtd. Bamberg (Dem.) deutlich vernehmbar, der dem Runze mehrmals Schweinehund, Sie Schweinehund! zurief. Runze selbst geht schüchtern auf diesem Erfolg seines Auftritts auf seinen Platz, während sein Parteigenosse Kruczkowski, ein Magistratsbeamter aus dem Bezirk Friedrichshain, in einen heftigen Wortwechsel mit Demokraten und Sozialdemokraten gerät. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen drehte Kruczkowski seinen Gegnern den Rücken zu und hob seine Rechte hoch. Diese Herausforderung beantworteten einige Stadtverordnete der Linken damit, daß sie auf Kruczkowski einbrachen und ihn zum Rückzug nötigten. Einige andere Mitglieder der Versammlung traten dazwischen. Der Vorsteherstellvertreter Degner hatte inzwischen seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen. Erst allmählich trat wieder insoweit eine Beruhigung ein, daß der Sitzungsfestler seinen Platz wieder einnehmen und die Verhandlungen fortgesetzt werden konnten.

Nach weiteren Ausführungen eines Redners der Rechte wurden schließlich die Beratungen und die Abstimmung über den sozialdemokratischen Protest gegen den Abbau der Mieterschutzgesetze vertagt.

Die Unterforschungen bei den Bezirksämtern.

Weitere Ermittlungen der Kriminalpolizei.

Zu den Steueruntersuchungen beim Magistrat erfahren wir, daß nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei die Stadtdirektoren Gerhardt und Schulz noch am 12. d. M. in einem Lokal gesehen worden sind, in dem sie früher öfter Billard spielten. Runze ist, wie bereits mitgeteilt wurde, schon an demselben Tage in einem D-Zug nach Köln Gerhards Bah mit seinem Bildnis gefunden worden. Der Bah steckte in dem Sippolster, so daß es ausweichen mußte, als ob er dem Fahrgast aus der Tasche gefallen wäre. Bei dem Bah lag auch noch ein frischgeschriebener Zettel, nach dem ein Koffer als Reisegepäck ausgegeben sein sollte. Es ist das aber kein Schein, wie ihn die Eisenbahn über Gepäckaufgaben ausstellt. Ein Zweifel darüber, daß Gerhardt die Verfolger irreführen wollte, kann jetzt nicht mehr bestehen. Er muß entweder selbst den Bah und den Zettel an demselben Tage, an dem er später noch in Berlin gesehen worden ist, in das Abteil eingeschmuggelt haben oder ihn durch einen Helfershelfer haben einschmuggeln lassen. Der Defraudant hielt sich wohl noch für sicher, bis Anfang Februar der Magistrat die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft unterbreitete und diese dann die Kriminalpolizei zu den Ermittlungen veranlaßte. Das Haus, in dem Gerhardt wohnte, wurde seitdem beobachtet, weil man vermutete, daß er, wie er es früher getan hatte, spät abends oder nachts noch einmal zu seiner Frau zurückkehren werde. Das geschah aber nicht. Als Schulz zur Verantwortung gezogen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, weil das Belastungsmaterial gegen ihn nicht ausreichte, war Gerhardt schon einige Tage verschwunden. Es hieß, daß die Frauen der Flüchtigen von ihnen mittellos zurückgelassen worden seien. Das scheint aber nach den neuesten Ermittlungen nicht zuzutreffen.

Besseres Wetter.

Das große Tiefdruckgebiet, das sich seit Dienstag von Island nach Ostnordeuropa bewegt, führt eine Anzahl Ausläufer mit sich. Der kräftigste dieser Ausläufer hat in der Mittwochnacht und am Donnerstag vormittag Mitteleuropa erreicht und einen kräftigen Barometersturz sowie ausgedehnte Niederschläge in ganz Deutschland zur Folge gehabt. Der ausgefüllte Ausläufer ist nach Osten gezogen. Es ist mit einem neuen erheblichen Ansteigen des Barometers und besserem Wetter für die nächsten Tage zu rechnen. Schon im Laufe des Donnerstags war ein starker Barometeranstieg zu verzeichnen. Wir kommen in den Bereich einer Westströmung mit verhältnismäßig sehr hohen Temperaturen. Für den Freitag sind keine Niederschläge, jedoch zeitweilige Aufklärung zu erwarten. Der Wintersport ist nahezu völlig beendet. Selbst Höhen, wie der Brocken, verzeichneten am Donnerstag früh eine Wärme von 3 Grad. Die Wassertemperatur in der Rhön meldet ebenfalls 3 Grad Wärme, Schreiberhau, Hilsberg und Krumbühl sind völlig schneefrei. Meist nur dem Kommt der Schneeflocke werden noch 3 Grad Kälte gemessen; hier liegt eine etwa 50 Zentimeter starke Schneedecke. Nur auch der Anstieg zur Höhe ist schon schneefrei. Aus den Bayerischen Alpen, wie Oberdorf, Portentirchen, Tegernsee und Berchtesgaden wird schwacher Frost gemeldet. Der Wintersport ist aber auch hier als beendet anzusehen. Mit neuer Kälte wird kaum noch gerechnet.

Liebestragödie in einem Hotel.

Eine Liebestragödie spielte sich kürzlich nachts in einem Hotel am Stuttgarter Platz in Charlottenburg ab. Hier lebte ein junges Paar ein, das gleich auf seinem Zimmer blieb. Als es am Donnerstag nichts von sich hören und sehen ließ, sah man nach und fand es tot im Zimmer liegen. Der Mann lag in seinen Kleidern mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe vor dem Bette. Seine Begleiterin lag, ebenfalls angelehnt, auf dem Bette. Sie hatte eine Schußwunde in der rechten Kopfseite. Der Mann hielt die Pistole, aus der die Schüsse abgegeben waren, noch in der Hand. Die Kriminalpolizei des 129. Reviers, die benachrichtigt wurde, stellte die Toten fest als einen 36 Jahre alten Kraftwagenführer Fritz Michel aus der Zehlendorfer Straße zu Lichterfelde und eine 21 Jahre alte aus Bitterfeld gebürtige Gertrud Wader, die in Lichterfelde unter den Eichen in Stellung gemeldet sein soll. Bei dem Mädchen fand man einen nicht unterschriebenen, aber wohl von seiner Hand herrührenden Brief an die Angehörigen

Onkel Moses.

Roman von Schalom Asch.

Aber gerade Cilli wollte zugehen sein, wenn der Onkel kam. In ihrer Phantasie hatte sie sich schon ausgemalt, wie sie vor dem Onkel eine Kinovorstellung geben werde. Der Onkel war ja so reich, daß alle Kinos in ganz New York und alle Eiscremesalons wohl ihm gehörten; und wenn er wollte, konnte er in alle Kinos gehen oder sich in einen Eiscremesalon setzen und dort soviel Eiscreme essen, wieviel sein Herz begehrte, mit hundert Waffeln und Bäckereien (anders konnte sich Cilli den Onkel nicht vorstellen); und wenn der Onkel Cillis Kinovorstellung sieht, dann gibt er ihr bestimmt eine Karte, und wenn sie die vorzeigt, so öffnen sich ihr die Türen aller Kinos und aller Eiscremesalons, und sie bekommt alles, was sie wünscht. Und jetzt mußte Cilli allen ihren glückseligen Phantasien entsagen und sich mit einem Biß durch den Türspalt in den „Parlour“ begnügen, wo der Onkel sitzen wird; und das nur dann, wenn man es ihr erlauben wird.

Karon Melniks Frau Rosa erinnerte sich ihrer Jugend. Sie wollte dem Onkel gefallen. Sie war stolz auf ihr Kind Mascha, das soviel Würdigung in den Augen des Onkels gefunden hatte, und durch das alle glücklich werden sollten. Ihres Kindes Wert und Liebreiz war ihr eigener. Sie trankte aus dem Kasten alles hervor, wovon sie meinte, es würde den Augen des Onkels ihre Armut verschleiern. Rosa stammte aus einem guten Bürgerhause und als Tochter eines guten Bürgerhauses wollte sie auch vor dem Onkel erscheinen. Sie putzte und verschönerte ihr Heim, ihre Kinder und sich selbst.

Die Nachbarinnen begriffen die Wichtigkeit des Besuches und bissen mit allem aus, was sie besaßen. Sie liehen Rosa die Armut ihres eigenen Hauses. Die eine ließ ihr ein geschnittenes Kristallglas, ein Hochzeitsgeschenk, das auf den Tisch gestellt wurde; eine andere ein Service; eine dritte zwei neue Sessel. Denn alle hatten schon von dem großen Glück gehört, das den Melniks erschienen war, hatten gehört, daß der Onkel den Lohn um volle fünf Dollar wöchentlich, ihrem ältesten Kinde, einem Mädchen zuliebe, erhöht hatte und sie selbst besuchen würde; da wollten alle ihnen helfen, das große Glück, Onkel Moses Günst, zu erhalten. Karon Melnik betrachtete seine Frau, seine Kinder, sein Heim. Er traute seinen Augen nicht. Seit er in Amerika war, hatte er seine Frau noch nie so schön, so reich gekleidet, seine Kinder noch nie so sauber und sein Heim noch nie so reich und traulich

gesehen. Und er war Onkel Moses für dieses Glück dankbar. Alles hatte er ihm bereits verziehen, verziehen die Unterjochung und Erniedrigung. Er sah nur das Gute, das ihm der Onkel getan. Er hatte ihm den Lohn um volle fünf Dollar wöchentlich erhöht; er, der Onkel, hatte Interesse für eines seiner Kinder, eines seiner Kinder hatte Günst in seinen Augen gefunden, und der Onkel wollte in eigener Person zu ihm in die Wohnung kommen. Karon Melnik wurde ein glühender Anhänger des Onkels, er sah nur gute Seiten an ihm und war ihm ehrlich dankbar für das Glück, das er ihm geschenkt hatte.

Die „Familie“, Bruder Berl und seine Frau, kam auch, um den Onkel zu empfangen. Melniks Schwägerin hatte sich wie zu einem Theaterbesuch mit allen abgetragenen Festtagskleidern ihrer Kinder gepudert. In den modernen jugendlichen Kleidern sah sie höchst komisch aus. Der Hut mit den großen Federn und das traurige mütterliche Gesicht! Das kurz geschnittene Kleid und die Schuhe mit den hohen vertreteten Absätzen, in denen Genendel wie auf Stelzen ging, hatten so viel von Theatertölpeln an sich, daß man Mitleid bekommen mußte, wenn man die Frau ansah. Alle hatten von dem großen Glücksfall gehört, und alle wollten sich an dieser Sonne des Glücks wärmen. . . . Schon jetzt wurden Karon und seine Frau Rosa umschmeichelt. Und Rosa, ja sogar Karon, waren gar nicht zufrieden, daß die „Familie“ ihnen jetzt einen Besuch abstattete; denn sie waren der Ansicht, der Onkel gehöre schon jetzt nur ihnen. Ihr Onkel war es — und da kommt die „Familie“, um auch von dem Honig zu lecken, der nur ihnen gehört.

Der Onkel ließ lange auf sich warten. Als ob er ihnen das Glück nicht gönnte, ließ er es erst sauer werden. . . . Im Wartens verschmerten die Kinder ihre Kleider, und die Nachbarinnen wurden müde, sich die Augen nach dem Onkel auszuschaun. . . . Man fragte einander: Wo bleibt er? In den Augen der „Familie“ glommen schon die Flämmchen des Triumphes auf, und die Schwägerin raunte bereits mit unterdrücktem Lachen ihrem Mann ins Ohr:

„Als ob er wirklich nichts Besseres zu tun hätte, als nur herzukommen!“

Aber zum Ärger aller Feinde kam der Onkel doch. Auf einmal war er zusammen mit Sam in der Küche. Dort bläht er stehen und wollte nicht weiter gehen; wie um allen nicht das Bergnügen zu machen, daß er den „Parlour“ anschauete, setzte er sich auf den ersten besten Stuhl in der Küche, ohne Rod und Hut abzulegen, und blühte, den Stock in der Hand,

in der Küche alle Vandsleute und die „Familie“ an, welche furchtbar vor ihm standen; dann sagte er halb zu sich selbst:

„Es ist alright hier, meine Vandsleute wohnen recht schön.“

Er war mit sich selbst zufrieden, daß er seinen Vandsleuten die Möglichkeit bot, ordentlich zu leben, anständig zu wohnen und sich anständig zu kleiden. Diese Zufriedenheit machte ihn besser. Er sagte sich, daß er eigentlich ein guter Mensch sei, und das gab ihm seinen Humor wieder. Er begann zu lächeln, erhob sich und trat in den „Parlour“. Der gefiel ihm noch besser; er sah die schönen Stühle und den schönen Tisch, auf dem Obst und Bäckerei serviert waren, griff nach der Obstschale, und alles war hocherfreut, daß der Onkel sich bediente. Aber der Onkel nahm kein Obst, sondern betrachtete die gläserne Obstschale und sagte halb zu sich:

„Kristallglas, alright.“

Dann ließ er sich die Kinder zeigen. Karon stellte sie ihm vor. Er betrachtete sie.

„Und wo ist Mascha?“

Aber Mascha war nirgends zu finden. Sie hatte sich irgendwo versteckt. Vater, Mutter, die ganze „Familie“ liefen, sie zu suchen. Keiner wußte, wo sie war. Endlich wurde sie bei einer Nachbarin gefunden. Der Vater schleppete sie bei der Hand, und Onkel Berl schrie ihr nach:

„Dummes Mädel, geh hinein! Was machst du hier? Der Onkel ist doch da.“

„Mascha, du bringst mich ins Unglück“, sagte der Vater lebend.

Mascha trug ihr neues Kleid, eine neue Schürze, ihre langen, schwarzen Zöpfe waren zurückgeworfen, ihre Wangen glühten, sie grub ihre kleinen, weißen Zähne in die jungen Lippen und brummte:

„I don't want to see him.“ (Ich will ihn nicht sehen.)

Der Onkel betrachtete sie lange und sprach dann lächelnd:

„This is the girl (Dies ist das Mädchen), welches mich „Biest“ genannt hat?“

„Ein dummes Mädel, sie weiß ja nicht, was sie redet.“

„Nothing. I like it. So, dafür, daß du mich „Biest“ genannt hast, habe ich dir Schokolade mitgebracht. Sam!“

Sam reichte stumm dem Onkel eine Schokoladenschachtel. Der Onkel gab sie Mascha.

„So, das hast du für das „Biest“.“

Mascha wollte das Geschenk nicht annehmen.

„Nimm es doch, nimm es doch, was fällt dir ein?“

drängten alle. (Fortsetzung folgt.)



STADT DES VORWÄRTS

BEILAGE

Das Grundwasser in Niederschönhausen. Nur Großzügigkeit kann wirklich helfen!

Die Frage der Entwässerung in Niederschönhausen ist seit Wochen Gegenstand aufgeregter Diskussionen der Einwohner Niederschönhausens sowie des gesamten Bezirks Rankow. Bereits im Frühjahr 1925 wurde in der Stadtverordnetenversammlung eine Anfrage bezüglich der Wasserfalamität in Niederschönhausen gestellt. Wir haben uns das Gelände und die Häuser in Niederschönhausen angesehen und können feststellen, daß in etwa 75 Häusern Wasser in den Kellern, und zwar bis 80 Zentimeter, steht. Hervorgerufen werden diese Uebelstände durch die starken Niederschläge, die früher, solange in diesen Gebieten Ackerbau betrieben worden ist, nicht besonders nachteilig wirkten. Gegenwärtig werden von den Einwohnern alle möglichen Sündenböcke für diesen Uebelstand gesucht.

Es gibt drei Möglichkeiten, Niederschlagwasser zu beseitigen: Verdunstung, Verdichtung und natürlichen Abfluß. Daß bei der jetzigen Jahreszeit nicht mit einer Verdunstung gerechnet werden kann, ist selbstverständlich. Die Verdichtung ist nur soweit möglich, als die Bodenbeschaffenheit das Wasser aufzunehmen in der Lage ist, und hier liegt das Pudel's Kern. Der ganze Norden Berlins hat eine Tonstichtlagerung, die Sickerwässer nicht durchläßt. Man kann dies besonders in den Vororten Blankenburg und Karow beobachten. Dort ist durch das viele Anlegen von Kesselbrunnen, d. h. Brunnen, bei denen große Zementrohre in die Erde gelassen werden, die Tonsticht durchlöcher, und man kann das Wasser aus den unteren Erdschichten als Trinkwasser benutzen. Durch dieses Durchschlagen der Tonsticht ist in den erwähnten Orten das Grundwasser abgesenkt worden, da das Sickerwasser durch das Zerbrechen der Tonsticht die Möglichkeit hat, in das sogenannte untere Stodwert zu gelangen. In diesen Orten kann man die Wahrnehmung machen, daß früher Teiche vollständig ausgetrocknet sind. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit in der Umgegend Berlins — in Hohennowendorf — auch das Auftreten solcher Wasserhöhen kennengelernt. Ein Teil der Sachverständigen führte dies darauf zurück, daß durch das Regen der Wasserleitung die porerwähnten Kesselbrunnen außer Betrieb kamen und daß dadurch der Kreislauf des Wassers nicht mehr wie früher möglich war. Da man glaubt sogar, daß das Wasser des unteren Stodwerts durch die Kesselbrunnen — also die durchbrochenen Tonstichten — nach oben gedrungen sein kann und daß somit ein Verdichten der Niederschlagwasser nicht mehr stattfinden konnte, sondern im Gegenteil dieses Sickerwasser noch durch das Wasser des unteren Stodwerts Spülung erpilt.

In dem fraglichen Gebiet in Niederschönhausen ist durch Anlegung zweier Wasserwerke, und zwar Niederschönhausen und Rosenthal, das untere Wasser abgezogen worden. Nach Bildung der Stadtgemeinde Berlin erfolgte in den Jahren 1922 und 1924 aus betriebswirtschaftlichen und Sparmaßregeln die Stilllegung dieser Werke. Gegenwärtig werden die Gutachten, die vor Anlegung der Wasserwerke aufgestellt worden sind, als Beweis dafür erbracht, daß das obere Stodwert mit dem unteren in keiner Verbindung steht. Tatsache ist aber, daß, solange die Wasserwerke in Betrieb waren, ein derartig hoher Wasserstand, wie er gegenwärtig zu verzeichnen ist, nicht vorhanden war. Die älteren Gemeindevorsteher erinnern sich jedoch, daß auch während der Zeit, in der die Wasserwerke in Betrieb waren, bei starken Niederschlägen Beschwerden in bezug auf Grundwasser gehört worden sind. Ob nun auch hier durch die Anlegung der beiden Wasserwerke eine Verbindung der beiden Stodwerke stattgefunden hat, kann nicht festgestellt werden, sondern sind nur Vermutungen. Tatsache ist, daß das Wasser vorhanden ist, und hier erweist sich auch der Stadtgemeinde die Pflicht, den vorhandenen Wohnraum zu erhalten.

Es bleibt nur noch die Möglichkeit, die Niederschlagwasser durch natürlichen Abfluß zu regulieren. Die den Ort durchziehenden Gräben sind hierzu nicht geeignet, da ihre Sohlen höher liegen als die Kellerhöhen der Häuser. Die frühere Gemeinde Niederschönhausen hat versucht, das Wasser, das über die Dächer durch die Dachrinnen auf die Straßen geleitet wird, und das Niederschlagwasser auf den Straßen in die vorhandenen Gräben abzuführen. Diese Abführungsleitungen, die nur geringes Gefälle besitzen, werden in die zu hoch liegenden Gräben geführt und können natürlich das Niederschlagwasser nur bis zur Sohlenhöhe der Kanäle abführen. Das Wasser unterhalb der Kanäle bleibt jedoch in der Erde stehen, und so bleibt Restwasser in den Kellern zurück. Hier kann also nur helfen, daß ein natürlicher Abfluß derart angelegt wird, daß er tiefer liegt als die vorhandenen Kellerhöhen. Das Bezirksamt Rankow hat einen Plan ausgearbeitet, wonach ein Kanal in der Nähe der Lindenstraße in die Panke geführt werden soll. Messungen haben ergeben, daß, wenn das Wasser nach diesem Ausflusspunkt geführt wird, ein genügend starkes Gefälle vorhanden ist und die Tiefenlage des Kanals — selbst für die tiefgelegenen Punkte — noch eine genügende Entwässerung verbürgt. Neben diesem wasserundurchlässigen Kanal will man eine Drainage anlegen, die nach eventuelle Sickerwässer aufsaugen soll. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Niederschlagwasser durch derartige Anlagen am besten, raschsten und auch für immer beseitigt werden. Aufgabe der Stadtgemeinde ist es allerdings nunmehr, endlich auch etwas zu tun, denn seit der Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung und jetzt ist bald ein Jahr verstrichen, ohne daß etwas Positives geschehen ist. Der Streit, ob die Stilllegung der Wasserwerke schuld ist oder wer sonst schuld haben mag, kann den Niederschönhausener Einwohnern nicht helfen. Auch die Bewilligung von so geringen Mitteln wie 150 000 Mark — wie es bisher geschehen — kann keine Abhilfe schaffen; es muß vielmehr die ganze Summe bewilligt werden, wenn die fraglichen Wohnungen nicht verkommen sollen. Daß auf die Dauer dieser Zustand nicht geduldet werden kann, dürfte auch dem Magistrat einleuchtend sein. Wird der gesamte Betrag, der für die Anlage gefordert wird, bewilligt, so besteht auch die Möglichkeit, daß der Kanal gleich an mehreren Stellen in Angriff genommen werden kann. Wir können uns sehr wohl denken, daß man die Zuführungsleitungen der Nebenstraßen, die das wasserreichste Gebiet durchziehen sollen, vorerst nicht in den Kanal münden läßt, sondern in ein großes Sammelbecken leitet, dies dauernd auspumpt und somit möglichst rasch das lebhige Kellerwasser abzieht. Dies ist aber, wie folgt, nur möglich, wenn die Gesamtkosten des Kanals sofort bewilligt werden.

Wir erheben die Forderung, daß der Magistrat endlich, bevor noch größere Schäden entstehen, die Anlage einleitet und beständig eingreift, denn an Wohnraum haben wir wahrlich keinen Ueberfluß.

Die gesetzliche Grundschulspflicht.

Die von nichtamtlicher Seite verbreiteten Redungen über die gesetzliche Grundschulspflicht geben zu Irrtümern Anlaß. Die Bezirkschuldeputation 1 bis 6 teilt hierzu folgendes mit: Nach Artikel 145 der Reichsverfassung besteht allgemeine Schulspflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren. Nach § 2 des Reichsgrundschulgesetzes vom 23. April 1920 sind die bestehenden öffentlichen Volksschulen und Volksschulklassen aufgehoben, ebenso die privaten Volksschulen und Volksschulklassen. Nur vereinzelte Anstalten für die pädagogische Durchführung der Volksschule nach ein Ausschub gewährt. Eine von der preussischen Regierung genehmigte Privatschule gilt als

tanzeffionierte Familienschule im Sinne des § 1 der preussischen Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1889. Nur diese Anstalten dürfen noch grundschulspflichtige Kinder in beschränkter Zahl aufnehmen, ohne daß es der Beibringung eines amts(kreis)ärztlichen Zeugnisses bedarf. Grundschulspflichtige Kinder (6. bis 10. Lebensjahr) dürfen ausnahmsweise in besonderen Fällen in Familienschulen, Schulzirkeln, ähnlichen Schulleistungen oder im Wege des Einzelunterrichts an Stelle der Grundschule ihre Vorbildung erhalten. (§ 4 des Grundschulgesetzes.) In solchen Fällen muß jedoch durch ein amts(kreis)ärztliches Zeugnis der Nachweis geführt werden, daß diese Kinder aus gesundheitlichen Gründen eine öffentliche Schule nicht besuchen können. Diese kreisärztlichen Zeugnisse sind für jedes Jahr zu erneuern, falls eine weitere Beseitigung eintreten soll.

Überall gleiche Zeit!

Der Magistrat von Berlin hat der „Berliner Einheitszeit“, m. b. H. (Berliner Straßenbahn und Siemens u. Halske) die Genehmigung zur Ausführung einer städtischen Zentraluhranlage erteilt. Diese neue Anlage legt sich das Ziel, eine wirklich einheitliche und richtige Zeit gleichmäßig und gleichzeitig in allen Ortsteilen Berlins zu verbreiten. Ermöglicht wird der Plan dadurch, daß die umfangreichen und modernen Anlagen der Reichsbahn, der Hoch- und Untergrundbahn und der Berliner Straßenbahn Ausgangspunkt der Zeitverteilung für die öffentlichen Uhren Berlins sind. Nach der Fertigstellung dieses neuen Wertes wird es in ganz Berlin nur noch eine richtige Zeit, nämlich die Berliner Einheitszeit geben.

Die jetzt in Berlin bestehende Uhrenanlage ist ein Privatunternehmen der Normalzeit-Gesellschaft m. b. H. Unter diesem Namen ging das Unternehmen während der Inflationszeit durch Aktienwerb in den Besitz des Finanzkonzerns Frankfurter a. M. über. Die Normalzeit-Gesellschaft verwendet ein sog. Reguliersystem, das die Aufgabe, eine einwandfreie, richtige Zeit zu verbreiten, nach dem heutigen Stand der Technik nicht mehr befriedigend löst. Die angeschlossenen Uhren sind mit Gehwerk ausgerüstet und bedürfen sämtlich eines besonderen Aufzugs. Sie werden nur in gewissen Zeitabständen von einer Zentraltaste aus richtiggestellt. Die Verwendung mechanischer Uhren an wichtigen Stellen ist immer ein Nachteil, weil Uhren dieser Art gegen Temperaturänderungen, Verschmutzungen, Feuchtigkeit, Erschütterungen und ähnliche Einflüsse sehr empfindlich sind. Uhren nach dem Reguliersystem sind in der Tat für die Zwecke der Eisenbahn ungeeignet und deshalb auf denjenigen Bahnhöfen, wo sie früher einmal vorhanden waren, durch die neuzeitlichen elektrisch betriebenen Uhren ersetzt wurden, die nicht so fehlerhaft sind wie die mechanischen Uhren. Die Regulierung nach dem Normalzeitensystem setzt jedoch voraus, daß jede einzelne Uhr auf Verstellung einreguliert ist und es ergibt sich daraus für die Gesamtanlage von Haus aus eine gewisse, ihrer Größe nach ständig wechselnde Zeitdifferenz, wenn auch sonstige Fehler in der Anlage nicht auftreten. Diese Zeitdifferenzen, die durch das ungleichmäßige Gang öffentlicher Uhren hervorgerufen werden, führen vor allem im Verkehrswesen zu vielen Störungen. Aus diesem Grunde sah sich die Berliner Straßenbahn bereits 1924 veranlaßt, mit Siemens u. Halske wegen Herstellung einer Uhrenanlage in Unterhandlungen zu treten, die für die Zwecke der Straßenbahn geeignet sein sollte. Von einer Zentraltaste aus sollten die Uhren an den Endhaltestellen und Kreuzungspunkten direkt gesteuert werden. Da die Siemens u. Halske schon früher mit dem Magistrat über Errichtung einer modernen Zentraluhranlage für Berlin verhandelt hatte, so wurde im Einvernehmen mit dem Magistrat diese Angelegenheit wieder aufgegriffen und es kam zur Gründung der Berliner Einheitszeit m. b. H., mit dem Grundgedanken, alle Verkehrsmittel Berlins hieran zu unterstellen. Dies war um so leichter, als die Siemens u. Halske schon seit langem für den Eisenbahndirektionsbezirk Berlin sämtliche Bahnhöfe mit Uhren ihres Systems ausgerüstet hat, die von einer aus dem Schlesischen Bahnhof installierten Zentrale betrieben werden. Die Reichsbahn erklärte sich damit einverstanden, daß das neue Uhrennetz an das Netz der Reichseisenbahn angeschlossen wird. Da auch die Hoch- und Untergrundbahn mit Uhren der Siemens u. Halske versehen ist, so wird erreicht, daß damit sämtliche Berliner Verkehrsmittel nach dem Takt einer Uhr laufen. Zur Errichtung einer neuen Uhrenanlage für Berlin fehlen der Stadt zurzeit die Mittel. Daher kam der Beitrag mit der Berliner Einheitszeit (B.E.Z.) zustande, nach dem die Herstellung der Gesamtanlage auf Kosten der B.E.Z. geschehen soll, während die Stadt auf die Dauer der Vertrags ihre öffentlichen Uhren gegen eine sehr geringe Vergütung an dieses Netz anschließen kann. Die erforderlichen Mittel sollen durch Privatuhrenanschlässe aufgebracht werden, d. h. die B.E.Z. soll sich durch die Einnahmen aus den Privatanschlässen selbst bezahlt machen. Mit Rücksicht darauf, daß die hier geplanten, mit allen Sicherungen arbeitende Uhrenanlage ein eigenes Leitungsnetz bedingt, sind zunächst größere Aufwendungen erforderlich. Nach 15 Jahren soll nach dem Vertrag die Gesamtanlage in den Besitz der Stadt übergehen, ohne daß die Stadt irgendwelche Aufwendungen für das bestehende Leitungsnetz zu leisten hat.

Gegen die Fürstenabfindung.

In einer starkbesuchten öffentlichen Kundgebung in Mohlsdorf am Mittwoch referierte Genosse Franz v. Puzikamer über die Forderungen der deutschen Fürsten. Noch nie wären die empörten Volksmassen in so großer Zahl dem Rufe der Partei gefolgt, wie jetzt, wo es geht, gegen die weggegangenen Fürsten und deren maßlose Forderungen Stellung zu nehmen. Der Redner erläuterte dann an Hand von trafen Beispielen die Raffgier der Fürsten und ihrer Hintermänner, die noch durch eine nur zu billige Lustig unterstützt werden. In Deisterreich sei man nicht so naiv mit den ehemaligen Herrschern umgegangen. Es geht jetzt, Veräurtes nachzuholen. Er richtete dann den dringenden Appell an alle Anwesenden, auch an die Kleinbürger und deren Parteien, mit der Arbeiterschaft zusammenzutreten und dem Volkswille auf entscheidungsgelose Entgegnung zur Annahme zu verheften. Noch einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden Genossen Albert Schmidt und dem Appell zur Mitarbeit in der Partei und im Reichsbanner brachte die Versammlung ein Hoch auf die Sozialdemokratische Partei aus. Die Kundgebung war durch Vorträge des Arbeitergesangvereins „Freiheit“ eingeleitet und beendet worden.

Freiwilligsgewährung an Kinder der Erwerbslosen. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Notlage der Erwerbslosen ist von den städtischen Körperstellen beschlossen worden, an Kinder von Erwerbslosen freiwillig in erheblicher Menge zu gewähren. Es sollen erhalten: Kinder bis zu zwei Jahren einen Liter, Kinder bis zu sechs Jahren einen halben Liter täglich. Der Gesundheitszustand der beschriebenen Kinder ist regelmäßig durch die Verge der zuständigen Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen zu überwachen, die auch im Einzelfalle die Gewährung von Nährpräparaten statt Milch anordnen können. Für die Durchführung der Aktion sind zunächst 150 000 Rentenmark bereitgestellt worden.

Schulelind in Neukölln.

Für 250 Volksschüler keine Schule.

Die Eltern der Siedlung am Dammmweg, Kölnische Heide und Kölnische Meer waren am 18. Februar 1926 im „Bärwinkel“ versammelt, um zu den geradezu unerhörten Schulzuständen für diesen Bezirk Stellung zu nehmen. Genosse Polenske hatte hierzu das Referat übernommen.

Beim Bau der Siedlung am Dammmweg war ursprünglich sofort die Errichtung einer Reitschule geplant. Das ist dann unterblieben. In der Zwischenzeit ist das Gelände zu beiden Seiten des Bahnhofs mehr und mehr bebaut worden. In den zahlreichen Laubentkolonien, sowie in dem Gebäudeteil der Kölnischen Meer wohnen zahlreiche schulpflichtige Kinder, so daß zurzeit etwa 250 Volksschüler vorhanden sind, die teilweise stundenweise Wege bis zur nächsten Schule zurücklegen haben. Im Etat für das Jahr 1925 waren erhebliche Mittel für den Bau einer Volksschule am Dammmweg eingelegt, Materialien für den Bau angefahren und die auf dem Grundstück wohnenden Laubentkolonisten aufzufertigen worden. Es war die Zustimmung gegeben, daß im Laufe des Sommers 1926 die Schule in Betrieb genommen werden könne. Wider Erwarten hat der Berliner Magistrat die Mittel gestrichen, so daß in absehbarer Zeit mit dem Bau der Schule nicht begonnen werden kann.

Die Bewohner der Siedlung und der Laubentkolonien, die zum übergroßen Teil Proletarier sind, sind nicht in der Lage, ihren Kindern Fahrmöglichkeiten zu geben und die Kleidung der Kinder so auszustatten, daß sie ohne Gefahr für ihre Gesundheit die weiten Wege zur Schule zurücklegen können. In einer sehr heftigen Debatte kam der Unwille der Bevölkerung über die Rücksichtslosigkeit des Magistrats in schärfter Weise zum Ausdruck. Ein Vertreter des Bezirksamtes Neukölln erklärte, das vom Bezirksamt alles getan worden sei, um den Bau der Schule zu fördern. Die Versammlung nahm einstimmig im Sinne des Referats eine Entschließung an, die alle in Frage kommenden Behörden zugänglich gemacht werden soll. Sie war sich ferner darüber einig, alle denkbaren Schritte zu unternehmen, um das Schulfeld zu beseitigen, eventuell müsse man zum Mittel des Schulstreiks schreiten.

Trotz Zunahme der Kraftfahrzeuge auch Zunahme der Pferde.

Am 1. Dezember 1925 hat eine Zählung der Pferde stattgefunden, und es ist interessant festzustellen, daß die Zahl der Pferde in Berlin nicht ab-, sondern zugenommen hat. Berlin besaß an dem genannten Tage 45 934 Pferde, während man an demselben Tage ein Jahr vorher nur 44 663 Pferde zählte.

Wohlfahrtsbriefmarken. Am 14. Februar hat die Dyckerhoff der Deutschen Nothilfe ihren Abfluß gefunden. Der Markenverkauf findet jedoch nach wie vor in den bisherigen Betriebsstellen — bei den Bezirksarbeitsgemeinschaften, den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, beim Berliner Ausschuss für die Deutschen Nothilfe, Poststraße 16, Zimmer 35, und neuerdings auch in allen Filialen der Städtischen Sparkassen, den Filialen des Konsumvereins in Berlin und Umgebung und in den Filialen der Firma Loewer u. Wolff — statt. Der Verkauf wird also noch nicht eingestellt, wie in verschiedenen Anträgen aus dem Publikum angenommen wird. Vielmehr ist die Genehmigung zum Verkauf der Wohlfahrtsbriefmarken, die zuerst nur bis zum 28. Februar befristet war, vom Reichspostminister bis zum 15. April verlängert worden. Die Gültigkeitsdauer der Marken im Postverkehr im In- und Ausland läuft bis zum 31. Mai.

In der Städtischen Jugendbühne Neukölln (Städtisches Lichtspielhaus, Bergstr. 147) wird am Sonnabend, den 20. Februar, nachmittags 8 Uhr, der Kulturabend der Deutscher Lieblinge der Menschen durchgeführt. Eintrittskarten für Kinder zum Preis von 15 Pfennig und für Erwachsene zum Preis von 30 Pfennig sind im Bureau der Abteilung Jugendpflege, Rathaus 2 Treppen, Zimmer 259, zu haben.

Sie haben ganz recht!

Die landwirtschaftliche Messe und Ausstellung

Grüne Woche

wird morgen, Sonnabend, 20. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm eröffnet. Es ist die Ausstellung für Landwirtschaft / Forstwirtschaft Jagd / Imkererei / Fischerei / Gartenbau / Ländliche Bauwirtschaft

Kleingartenwesen

Jagdhundschau (20.-21. Fbr., 10-6 Uhr)
Rasshundschau (22.-23. Fbr., 9-6 Uhr)
Geflügelschau (26. bis 28. Februar)
Kaninchenschau (26. bis 28. Februar)

Qualitäts-Holzmarkt

(Auktion am 22. Februar, 10 Uhr)

Reit- und Fahrturnier



BERLINER MESSEN

Eintrittspreise für alle Veranstaltungen (ausgenommen Reit- und Fahrturnier) 1,50 Mark.

Bei Lösung der Eintrittskarten an den Schaltern der Stadt- und Ringbahn, der ersten Vorortzone und der Hoch- und Untergrundbahn sowie bei den Schaltern der Straßenbahnlinien 53, 72, 75 und 93 wird freie Hin- und Rückfahrt zur Ausstellung gewährt. Geöffnet von 10-7 Uhr, Sonnabends und Sonntags von 10-9 Uhr

Aus den Bezirken.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksversammlung am 10. Februar wurden die neu bzw. wiedergewählten unbesetzten Stadträte von dem stellvertretenden Bürgermeister, Genossen Fröhlich, eingeführt und verpflichtet. Der Vorsteher Genosse Kemnitz drückte den ausgeschiedenen Stadträten, vor allem dem Genossen Fröhlich für seine langjährige kommunale Tätigkeit den Dank der Versammlung aus. Auf Vorschlag eines zur Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters eingesetzten Ausschusses wurde Genosse Weber mit 38 Stimmen — der SPD. und KPD. — zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt. 15 Stimmen fielen auf den Demokraten Flieth. 7 Stimmen waren ungültig. Dann berichtete Genosse Huhnke über die Beschlüsse des Haushaltsausschusses. Nach längerer Diskussion wurde der Haushalt nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Zu diesen Beschlüssen gehörte auch eine Entschädigung, der die Versammlung einstimmig zustimmte, in der gegen ein Schreiben des Magistrats an das Bezirksamt scharfe Verwahrung eingelegt wird. In diesem Schreiben, das auch sämtlichen Bezirksämtern zugestellt wurde, lehnt der Magistrat in einem Tone, den die Verammlung als Mißachtung ansieht, eine angemessene Aufwandsentschädigung für die kommunalpolitischen Bürgermeister ab. In einer anderen Entschädigung wird die Vermehrung der durch die Stadt errichteten Krippen, Kindergärten, Horten und Kinderheime, sowie der städtischen Pflegeanstalten für Waisenkinder gefordert. Ferner wurden die Anträge angenommen, in denen die Erhöhung des Ehrenlohnbes der Festzugteilnehmer von 1864/66 und 1870/71 von 25 M. auf 100 M., sowie die Auszahlung einer einmaligen Vergütung von 3000 M. aus Vorbehaltsmitteln an den kommunalpolitischen Vorstehenden des Bezirksamtes gefordert wird. Ein Antrag, für die Angehörigen der politischen Gefangenen 5000 M. zu bewilligen, wurde abgelehnt; ein Antrag, die Kündigungsschutz für die Hauskollonisten auf 6 Monate zu verlängern, angenommen. Ferner wurde nach einer Berichterstattung durch den Genossen Raderholt — der vor allem betonte, daß die größte Aufgabe die „Arbeitsbeschaffung“ sei — folgender Ausschlußbeschluss angenommen: „In Anbetracht der täglich steigenden Teuerung und der gewaltig einbrechenden Wirtschaftskrise wolle die Bezirksversammlung beschließen: Das Bezirksamt wird ersucht, den Magistrat zu veranlassen, bei Staat und Reich darauf zu dringen, daß Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ermöglichen, jeden länger als 4 Wochen Erwerbslosen einen Sonderzuschuß von 50 Mark zu gewähren; Lebensmittel und Heizmaterial zur Verfügung zu stellen. Ferner ist es dringend notwendig, die Erwerbslosenunterstützung um 50 Proz. zu erhöhen. Die Bedürfnislohnsteuer hat in Fortfall zu kommen, denn ihre Anwendung ist bei der Zwangsbeitragsleistung ungerecht. Die wichtigste Aufgabe von Reich und Staat ist jedoch Beschaffung von ausreichender Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Löhnen. Außerdem wird das Bezirksamt gebeten, seine Bemühungen bezüglich Beschaffung und Verteilung von warmer Winterkleidung und Brennmaterialien für die Erwerbslosen fortzusetzen und sie auch weiterhin durch Sonderunterstützung für Mietzuschuß vor Ermittlungen zu bewahren. Für die Beschaffung billiger Lebensmittel ist Sorge zu tragen.“ Eine Reihe anderer Anträge wurden der vorgerichteten Stunde wegen verortet.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der letzten Bezirksversammlung teilte der Vorsteher mit, daß die Fraktion der deutschen Volkspartei aus der Fraktionsgemeinschaft mit den Deutschnationalen ausgeschieden sei. Darin wurde ein kommunalpolitischer Antrag wegen der Fürstenabfindung behandelt. Die Rechtsparteien hatten den Saal verlassen. Genosse Dr. Witte erinnerte bei dieser Gelegenheit Herrn Pfarrer Koch daran, daß er 30 Jahre seiner Gemeinde gesprochen habe, daß er aber ein Kamel durch ein Nadelohr gehen, als daß ein Reicher in den Himmel komme, und da nun Herr Pfarrer Koch sicher wolle, daß Wilhelm und alle „Erläuchten“ in den Himmel kommen, müsse er sich als konsequenter Mann, der er immer sein wolle, an die Spitze der Bewegung für arbeitsbeschaffende Erziehung der Fünftklässler setzen. Von den Stufen der erpörrten Willkür können alle Schulkinder befreit werden. Mit einem Appell an die Vernunft der Kreuzberger Bevölkerung schloß Genosse Witte. Das auf Initiative des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Kahle geschaffene „Gesundheitshaus“ im Alten Urban scheint dem Magistrat ein Dorn im Auge zu sein. Trotzdem selbst der Stadtmagistrat Dr. Drögalski das Haus als ungeeignet zur Unterbringung von Kranken bezeichnet, da es weder Heizung noch Bade- und Abortanlagen hat, beauftragte es kürzlich eine Kommission des Magistrats unter Führung des Bürgermeisters Dr. Scholz eingehend auf seine Eignung als Krankenhaus. Das Ergebnis der Besichtigung ist bis jetzt noch nicht bekannt. In den Ausführungen unseres Fraktionsredners Genossen Sideri, der einen Antrag zu begründen hatte, daß die äußerst segensreiche Einrichtung des Gesundheits-

hauses unter allen Umständen im Interesse der Volkshygiene zu erhalten sei, und auch den Reden des Stadtrats Stog und des Demokraten Professor Ritter Klang der feste Wille durch, dieses Werk nicht zerstören zu lassen, sondern weiter auszubauen. Unser Antrag betr. Verlegung der Kriegsschadigtenfürsorgestelle in der Oranienstraße, in geeigneter Räume, begründet vom Genossen Schwarz, fand einstimmige Annahme. Gleichfalls wurde ein Antrag der bürgerlichen Vereinigung betr. besserer Beleuchtung der Belle-Alliance-Straße mit dem Zusatz angenommen, auch die Urbanstraße und das Pianufer besser zu beleuchten. Eine vom Genossen Robinson begründete Anfrage betr. der Unterschlagungen des Stadlinpektors Gottfried Schulz — nicht zu verwechseln mit unserem bekannten Parteigenossen und früheren Stadtverordneten — beantwortet der Bezirksamtsrat Dr. Grunow dahingehend, daß der Umfang der Schädigung infolge der raffinierten Art der Ausführung sich nicht sofort feststellen ließ. Fest steht jedoch, daß eine große Schuld daran, daß die Verletzungen nicht eher entdeckt wurden, die Leichtgläubigkeit des Publikums ist, das Zahlungen an einen Beamten des Steueramtes statt an die Steuerkasse leistete.

16. Bezirk — Köpenick.

Die Bezirksversammlung am 17. d. M. schloß zu den Dauerfragen mit wenig positiven Ergebnissen. Ein Lichtblick in diesem Dorado bedeutete ein Antrag unserer Fraktion, der vom Genossen Reuter begründet wurde. Der Antrag lautet: „Eine Reihe von Zeitungsmeldungen widersprechender Art über angebliche oder wirkliche Absichten des Herrn Oberbürgermeisters dem Magistrat, eine Änderung des Gesetzes über die Bildung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin vom 22. April 1920 herbeizuführen, haben zu einer starken Beunruhigung der Bevölkerung geführt. Es wird dem Magistrat die Absicht unterstellt, eine Änderung des Gesetzes in dem Sinne auf Einschränkung der Rechte der Bezirksversammlung und der Selbstständigkeit der Bezirksämter unter das im Gesetz vorgeschriebene Maß herbeizuführen zu wollen. Die Bezirksversammlung wendet sich entschieden dagegen, daß etwa jetzt Versuche gemacht werden, durch eine verfrühte und in den Verhältnissen keineswegs begründete Änderung des Gesetzes eine Verschlechterung der Bezirke herbeizuführen. Die Bezirksversammlung ist vielmehr der Meinung, daß die künftige Entwicklung in dieser Beziehung eine Erweiterung der Rechte im Rahmen des Gesetzes zur Folge haben muß. Unter allen Umständen lehnt sie aber jede verfrühte Aktion ab und spricht die Erwartung aus, daß die maßgebenden Instanzen der neuen Einheitsgemeinde nach den schweren Jahren der Inflation zunächst erst einmal die Möglichkeit der Einarbeitung und der Entwicklung geben. Die Bezirksversammlung wendet sich insbesondere an den Berliner Magistrat und an die Stadtverordnetenversammlung mit dem dringenden Ersuchen, vorläufig die Frage der Änderung des Gesetzes auf sich beruhen zu lassen. Sie ersucht auch das Bezirksamt, in diesem Sinne bei allen in Frage kommenden Instanzen vorstellig zu werden.“ — Interessant war in der Debatte, daß der Deutschnationaler Stein, um seine sonst geistig bedeutungslose Rolle im Bezirksparlament zu verdecken, eine Parallele mit dem Selbstverwaltungsorgan der preussischen Geschichte in Namensbeziehung brachte. Diese Profanierung des Namens Stein gab Genossen Reuter zu einer verdienten latrinal durchgeführten Abfuhr Veranlassung, der der Wortführer der Deutschnationalen mit plumpen Anpassungen des Genossen Reuter zu begeben versuchte. In die Antwort, die er hierauf erteilt bekam, dürfte er nicht gern zurückdenken. Den größten Raum der Tagung nahmen Anträge der kommunistischen Fraktion ein, die niemand ernst nehmen konnte. In praktischer Beziehung wurde durch Annahme der Vorlagen des Magistrats die Eingemeindung des Riederbarnimer Kreis-Wasserwerksgrundstücks nach Erfurt, die Schaffung von Zentralfriedhöfen für Grünau, Schmiedewitz, Bohnsdorf, Kaufmannswerder und für Rahnsdorf, Wilhelmshagen und Hefenminde beschlossen, ebenso die Bereitstellung von Mitteln zur Herrichtung des Sportplatzes an der Maxienstraße, die Beschaffung eines Reproduktionsapparates für das Jugendamt und Herstellung einer Williarube im Bureauhaus Bellevue. Zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtrates wurde ein stehengebliebener Ausschuss eingesetzt.

Die Arbeiterjarmarter 1925.

Die Arbeiterjarmarterkolonne Berlin hielt Ende Januar ihre Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung war der Bundesvorsitzende anwesend. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Joh. Zieger. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die Kolonne eine sehr rege Tätigkeit im verflochtenen Jahre entfaltet hat. Die Folgen der Inflation hat die Kolonne gut überstanden, so daß sie augenblicklich fast hundert ist. Das war nur möglich unter Aufsichtung aller Kräfte, wobei zu berücksichtigen ist, daß sämtliche Vorstandemittglieder ehrenamtlich tätig sind. Die einzelnen Abteilungen arbeiten

befriedigend, so daß alle Aussicht besteht, am Aufbau der Kolonne im nächsten Jahre einen Schritt weiter zu kommen. Der Geschäftsbericht, welcher gedruckt vorlag, zeigte, daß die Kolonne nicht so unterstützt wird, wie es eigentlich im Interesse der Allgemeinheit notwendig wäre. Zum Teil sind hieran leider auch Arbeiterorganisationen beteiligt; hoffentlich ist im nächsten Jahre bessere Unterstützung festzustellen. An Diensten stellte die Kolonne 5678 und Transporte nach Krankenhäusern und zum Arzt 327. Von den Mitgliedern haben sich 8756 daran beteiligt. Um eine genaue Statistik zu erhalten, müssen Dienste jeder Art nur an die Geschäftsstelle gemeldet werden. Außerdem stellt die Kolonne noch Sportplatzwachen und Freibadwachen und beteiligte sich auch an Demonstrationen, wo sie sich in den Dienst der Allgemeinheit stellte. In der Einigungsfrage stellte sich die Kolonne auf den Boden der Beistellung, welche auf dem Bundeskongress und der Kreisleiterkonferenz gefaßt wurden. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß zwei Arbeiterjarmarterorganisationen ein Umding seien. Die Wahl des Vorstandes gab die einstimmige Wiederwahl bis auf den zweiten Vorsitzenden und Jugendleiter. Die Hauptversammlung zeigte den Willen zur eintätigen Zusammenarbeit.

Stellm. Genosse M. Keller, wohnhaft Berlin-Schöneberg, Spandauerstraße 14, bringt am 12. Februar sein vierteljähriges Dienstverhältnis, ist seit diesem Tage Leiter des „Vorwärts“ und Mitglied des SED.

Parteinachrichten für die Stadt und für Groß-Berlin

- Einladungen für die Stadt und für Groß-Berlin**
 Berlin S.W. 6. Einbertstraße 1.
 11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Sonnabend, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Offenbacher, Ecke Dönhofscher Straße, Nähe Schlosserstraße, Verführung des Films „Unter Ansturm“. Wir bitten unsere Genossinnen und Genossen, sich mit ihren Angehörigen recht zahlreich zu beteiligen. Eintritt für Erwachsene 50 Pf.
 12. Kreis Tempelhof. Freitag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Ensemble Mayenbergs, an Bahnhofs (Baracke). Kreisleiterversammlung. Vortrag: „Das Arbeiterprogramm“. Referent: Genosse Clara Bohn-Schub. R. d. R. 20. Die Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.
Heute, Freitag, den 19. Februar:
 10. 11. Uhr. 1/4 Uhr außerordentliche Funktionärskonferenz bei Pfons, Prinz-Dannewitz-Str. 11. Alle Bezirksleiter, Assistenten und Bezirksführerinnen müssen unbedingt wegen der wichtigen Tagesordnung erscheinen.
Morgen, Sonnabend, den 20. Februar:
 17. 11. Uhr. 7 1/2 Uhr bei Schwifartd Hofl., Köpenicker Str. 160, wichtige Funktionärskonferenz.
 12. 11. Uhr. 11. Uhr. Freie Schützengemeinde Unterhofsungsabend bei Baroth, Bismarck-Str. 11. Funktionen, Eberle zur Route, Musik, Wäherer-Tanz. Eintritt frei. Gölle willkommen.
 13. 12. Uhr. 11. Uhr. 1/2 Uhr im Sägerheim wichtige Mitglieder-Versammlung.

11. 11. Uhr. Bezirksobermänner, Genossen und Funktionäre, die noch keine Sammelkarten zum Volksstadion haben, können sich dieselben abholen beim Genossen Reuter, Wilmannsstr. 7, und beim Genossen Kroll, Ullricher Str. 11. Jarmarterkassen. Gruppe Mitte: Freitag, abends 8 Uhr, in der Schule Bismarck-Str. 11. Mitteldeutscher Musikverein. Gruppe Rechts: Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim Dethlefs, 10 (Beltschenheim), abends 8 Uhr abends. 11. Uhr. Genosse Wendtstein aus Berlin (sänger: Arbeiterdichter). — Gruppe Rechts II: Freitag, abends 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Kognatz, 11-12. 2. Vortragsabend über „Berufsaussicht“. Referent: Erwin Krawinkel.
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Gruppe Tiergarten, Sonntag, den 22. Februar, nach Hofeloch, Treffpunkt morgens 7 Uhr am Bahnhof Potsdamer Platz, 10. 11. Uhr. Bei schönem Wetter über die Fahrt aus. Am Dienstag, den 23. Februar, im Heim Mädchen- oder Lieberabend, Jugendheim: Dethlefs, 8, Zimmer 6.

Jugendveranstaltungen.

- Städt. Kleingartenverein:** Soll die Karten zur Märkte ab. Übermitteln die Programme.
Städt. Kleingartenverein: Heute, Freitag, von 5-7 Uhr Abrechnung.
Heute, Freitag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
 1. Kreis: Schöneberg-Friedrichshagen. 2. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 3. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 4. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 5. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 6. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 7. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 8. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 9. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 10. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 11. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 12. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 13. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 14. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 15. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 16. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 17. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 18. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 19. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 20. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 21. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 22. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 23. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 24. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 25. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 26. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 27. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 28. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 29. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 30. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 31. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 32. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 33. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 34. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 35. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 36. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 37. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 38. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 39. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 40. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 41. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 42. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 43. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 44. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 45. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 46. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 47. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 48. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 49. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 50. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 51. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 52. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 53. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 54. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 55. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 56. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 57. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 58. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 59. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 60. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 61. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 62. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 63. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 64. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 65. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 66. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 67. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 68. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 69. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 70. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 71. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 72. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 73. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 74. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 75. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 76. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 77. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 78. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 79. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 80. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 81. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 82. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 83. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 84. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 85. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 86. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 87. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 88. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 89. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 90. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 91. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 92. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 93. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 94. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 95. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 96. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 97. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 98. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 99. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen. 100. Bezirk: Mitte und Hallesche. — Kreis: Mitte: Schöneberg-Friedrichshagen.



Uebergangshut
Tageplüschkopf, Kunstseid. Rand, Bandgarnit.
6⁹⁰



Trotteur Tagesplüschkopf, mit Kunstseidenrand.
7⁹⁰

Oberhemden
weiß, mit Über-Falten, einseitig und Filze-Über-schlagmanschetten, ungetuscht.
4⁹⁰

Weiche Herren-Hüte
moderne Formen und Farben.
3⁹⁰

Kaffeesevice 4⁹⁵
Porzellan, für 4 Personen, mit hübschen Dekoren.

Frühstücksservice 2⁴⁵
Porzellan, für 2 Personen, verschiedene Dekore.

Freitag und Sonnabend bei JANDORF

Kohlenplättchen 3⁴⁵
pollert.

Stehleiter 3⁹⁵
7 Stufen.

Uebergangshut 4⁹⁰
sehr feine Form, mit Goldstickerei.

Jugendlicher Hut 7⁹⁰
Tageplüschkopf, Rippenrand u. Goldgarnitur.

Anknüp-Anzug 9⁴⁰
für Knaben, aus feinen Stoffen, mit blauer od. weißer Garnitur, für 3-6 Jahre. Durchweg.

Moderner Regenschirm 5⁹⁰
Top-Form, mit seidnen Futteral.



Uebergangshut 4⁹⁰
sehr feine Form, mit Goldstickerei.



Jugendlicher Hut 7⁹⁰
Tageplüschkopf, Rippenrand u. Goldgarnitur.

Anknüp-Anzug 9⁴⁰
für Knaben, aus feinen Stoffen, mit blauer od. weißer Garnitur, für 3-6 Jahre. Durchweg.

Moderner Regenschirm 5⁹⁰
Top-Form, mit seidnen Futteral.

Damenkonfektion

Kleiderröcke halbfester Stoff, mit Knopfgarnier, aus große Weiten. 3.75

Kasaks aus Kunstseidenem Tüll, feuchte Passons, viele Farben. 3.95

Waschkleider neue Passons, entzide, Farben, elegant garniert. 3.90

Unterkleider Kunstseidener Tüll, gute Qual., viele Farben. 2.75

Gardinen

Scheibengardinen gew.Tüll, Bandfassung, Meter. 0.48

Etamine ca. 150 cm breit. 0.75

Tischdecken Perser-muster, ca. 185x175 cm. 4.95

Linoleum-Läufer ca. 60 cm breit. 1.85

Kleiderstoffe

Musseline mit. neue hübsche Fantasiemuster, Meter. 0.88

Krepp-Schotten neuestige Farbstellungen, Meter. 1.25

Kleiderstoffe m.Kunstseidenem Durchweg, schöne Streifen, Meter. 1.75

Herrenartikel

Oberhemden farbig, mod. feine Streifen, gefütterte Faltenbrust, 1. weicher u. 1. steifer Krage, Umschlag-Manschetten. 6.90

Nachthemden aus feinem Wäschezeug, mit farbigem Besatz und Tasche. 4.50

Garnitur farbiges Versteht mit Seiten-taschen und passenden Krage. 1.45

Schuhwaren

Damen-Pantoffel mit Linoleumsohle. 0.95

Ditndl-Schlüpfers mit Kordelsohle. 1.10

Damen-Pantoffel mit Filzsohle. 1.45

Hausschuhe für Damen, mit Lederwolle. 2.65

Wirtschaftsartikel

Maschinentöpfe Emaille, weiß, ca. 14 cm. 0.85

Wannen Emaille, oval, ca. 35 cm. 4.95

Roßhaarbesen. 1.95

2 Gasplättchen verdeckt, mit Schieber. 8.45

Justiz und Sozialpolitik im Reichstag.

Der Etat des Arbeitsministeriums - Sozialdemokratische Kritik.

Am Reichstag stellte gestern bei der Fortsetzung der Beratung des Justizetats

Abg. Czei (Soz.) gegenüber dem Abg. Emminger fest, daß es sich bei den von ihm in seiner Etatsrede vorgetragene Fällen nicht um „alte Lädenhüter“ gehandelt habe, sondern um solche Fälle, die Stück für Stück auf das Konto des vergangenen Jahres zu setzen sind.

Ohne die Rechtsprechung des Reichsgerichts hätten die Geheimblände niemals eine solche Ausdehnung nehmen können.

weil das Reichsgericht jeden, der darüber spricht, wegen Landesverrats ins Zuchthaus schickt. Duzende von Urteilen sind ergangen und Hunderte von Zuchthausstrafen verhängt worden.

Wir kennen eine andere Autorität, das ist die Autorität des Rechtes und der Gerechtigkeit und wenn zwischen beiden ein Widerspruch entsteht, dann muß die Autorität des Gerichts zurücktreten.

Der Reichsjustizminister wählt aber den anderen Weg und dadurch läßt er den Unschuldigen schuldig erscheinen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Korsch (Komm.) werden die einzelnen Kapitel nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Hoch (Soz.)

berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Es sollen neu eingelegt werden: 20 Millionen Mark für Wochenhilfe; 500 000 M. als Beihilfe für Zwecke der Ausbildung von Personen.

Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen. Mit allem Nachdruck muß verlangt werden, daß das Reichsarbeitsministerium zu rechter Zeit und schnellstens die ihm obliegenden Arbeiten erfüllen könne.

Eine der dringenden Aufgaben des Arbeitsministeriums sei, die Arbeiter und Angestellten, die der Erwerbslosigkeit überliefern sind, vor dem Zusammenbruch ihrer Existenz zu bewahren.

Weiter müßten die Löhne der noch in Arbeit stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten wesentlich erhöht werden. Es habe sich bei den Ausschuhberatungen ergeben, daß die Reichsfinanzverwaltung immer dann dazwischen getreten sei, sobald es sich darum handelte, den Erwerbslosen zu helfen.

Abg. Karsten (Soz.)

Das Reichsarbeitsministerium ist eine der wichtigsten Ministerien, aber es ist bezeichnend, daß gerade in einer Zeit, wo es besonders viel zu tun hätte, der demokratische Oberbürgermeister von Berlin, Herr Böh, auf der Tagung der demokratischen Kommunalpolitiker seine Auflösung wünscht.

Es gibt ein Mittel, um den Druck der Krise zu mildern, das ist die Wiederherstellung des Achtstundentages.

Es ist unerträglich, daß 2 Millionen Menschen keine Arbeit haben, während zu gleicher Zeit andere Arbeiter länger als 8 Stunden arbeiten. Die Unternehmer haben ja feinerzeit behauptet, daß die Verlängerung der Arbeitszeit neue Arbeit schaffen werde.

Ein stärkerer Ueberwachungsdienst der Arbeiter hätte ist notwendig. Mit dem Glauben muß ausgeräumt werden, als ob der Arbeiter ein Stück Vieh sei.

Wenn die Krankenkassen die rückständigen Beiträge der Unternehmer hätten, dann würden sie in der Lage sein, ihre Aufgaben besser zu erfüllen.

In die Krankenversicherung müssen auch alle die Leute einbezogen werden, die bisher noch nicht darin waren.

Es ist auf die Dauer unerträglich, die Arbeiter, die viele Jahre lang Beiträge gezahlt haben, mit den bisherigen unzulänglichen Renten abzulassen.

Wir hätten gewünscht, daß das Reichsarbeitsministerium sich nicht auf die Abwehr beschränkt hätte, sondern zum Angriff übergegangen wäre.

Es haften ihr noch viele Mängel an, die nicht zu bestehen brauchten. Sehr groß ist die Verschwendung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Organisation.

HERMANN Billige Lebensmittel

Advertisement for Hermann's food products. Includes sections for Wurstwaren, Obst, Gemüse, Frisches Fleisch, Gefrierfleisch, Kolonialwaren, Käse u. Butter, Wild und Geflügel, Gemüse- u. Obstkonserven, and Vom Fass. Lists various items and prices.

Advertisement for wine and spirits. Section titled 'Weine und Spirituosen' featuring 'Vom Fass' and 'Zur Bowle' with various wine and spirit brands and prices.

Die Friedenspfeife.

Geschichte einer Pfeife von Ilsa Ehrenburg.

(Schluß.)

Aber Pierre hatte seine Pfeife noch nicht ordentlich ange-raucht, als — aus einer Ecke herorkommend — ein kompaktes, menschliches Gesicht auftauchte und sich dicht vor ihm erhob. Es war ihm jemand entgegengelächelt und froh nun an ihm heran. Pierre erblickte ein Gesicht — ein helles, breites Gesicht, das mit den Gesichtern der Winzer und Hirten der Provence keine Ähnlichkeit hatte. Pierre sah in fremde Züge, sah einen fremden Helm und fremde Knöpfe. Das war Peter Waldmann. Für Pierre war es einfach — der Feind, einfach wie — der Krieg, einfach wie — der Tod. Er wußte nicht, daß am Abend vorher ein deutscher Leutnant den Soldaten Peter zu sich gerufen und ihm den Befehl erteilt hatte, daß darauf Peter, wie er selbst, seinen Mantel gefaltet, dann an Johanne geschrieben, daß sie die trächtigen Röhre nicht vernachlässigen solle und endlich schmeckend seine Brüste gelöst hatte. Pierre wußte nichts davon, und selbst, wenn er es gewußt hätte, hätte er es nicht begriffen, denn auf jenem kleinen Punkte — einem Punkte unter Punkten — war in jenem Jahre Krieg. Für Pierre war Peter einfach der Feind, und da er plötzlich auf diesen heranrückenden Feind gestoßen war, so nahe, daß er den fremden Atem auf der Stirn spürte, tat Pierre wie sein Urahn im Walde, tat wie ein Wolf, duckte sich, straffte sich, bereit, sich auf die Beute zu stürzen. Und Peter — den Feind plötzlich so dicht vor sich, daß er hörte, wie das fremde Herz schlug, tat wie sein Urahn im Walde, tat wie ein Wolf, streckte die Arme aus und zog die Beine an, um den Sprung besser abzumessen.

Sie lagen einander gegenüber. Jeder wartete, keiner wollte den Anfang machen. Die Hände beider waren deutlich sichtbar, und, ohne einander in die Gesichter zu blicken, beobachteten sie scharf die feindlichen Hände.

Pierres Pfeife brannte weiter. Die Feinde lagen dicht beisammen, ohne den Wunsch zu töten, aber in dem sicheren Bewußtsein, daß sie notwendig töten mußten — lagen friedlich da und atmeten laut einander ins Gesicht. Wie Tiere beschmüßelte jeder des anderen Fell. Der Geruch war vertraut und heimlich: Geruch eines Soldaten im Schützengraben, eines leuchtenden Mantels, Geruch von Schweiß, schlechter Suppe und Lehm.

Die aus fernen Ländern, aus der Provence und aus Pommern auf diese fremde, „niemand gehörende“ Erde gekommenen, sie mußten: — das ist der Feind — er wird dich erwürgen. Sie versuchten nicht, miteinander zu sprechen: es gibt so viele fremde Länder und so viele fremde Sprachen! Aber sie lagen friedlich beisammen, aus Pierres Pfeife stieg der Rauch auf, und Peter, der seine Pfeife nicht anzünden konnte, denn er wußte: die kleinste Bewegung der Hand bedeutet Kampf und Tod — zog gierig, mit offenem Munde, den Rauch ein. In dieser Haltung lag eine Bitte, und Pierre verstand sie und reichte seinen Kopf noch näher an den seinen. Mit den Zähnen nahm Peter die Pfeife aus dem Munde des anderen. Aber auch jetzt ließen beide keine Sekunde die Blicke von den vorgestreckten, wie leblos daliegenden Händen. Nachdem er einen Zug getan hatte, reichte Peter die Pfeife zurück, und Pierre wartete jetzt nicht mehr seine Bitte ab, tat einen Zug und bot die Pfeife dem Feinde. So machten sie es ein paarmal, rauchten noller Schagen ihre Soldatenpfeife, zwei Feinde auf „niemand gehörender“ Erde, die — so es was es wollte — erobert werden mußte. Sie taten ihre Züge vorsichtig, langsam, sehr, sehr langsam. Der feinste Lichtstrahl bewegte sich Tausende von Jahren dahin, aber sie wußten, daß diese Pfeife für einen von ihnen die letzte war. Da geschah ein Unglück: die Pfeife erfol, ohne zu Ende geraucht zu sein. Einer von ihnen war ins Nachdenken gekommen, und sein verschluckter Seufzer war schuld daran, daß die Pfeife ihr kurzes Leben nicht fortgesetzt hatte. Ob es Pierre war, der seiner brünetten Jeanne gedachte, oder Peter, der von seiner milchhäutigen Johanne Abschied nahm? Einer von beiden... Sie wußten, ihr Feuerzeug konnten sie nicht herausnehmen, wußten, die geringste Bewegung der Hände bedeutete Kampf und Tod. Aber einer von ihnen fand zuerst den Entschluß. War es Pierre, der die französische Republik verteidigte und der in der Rücklage einen Feuerstein und eine lange Zündschnur mit sich trug, oder war es Peter, der Streichhölzer bei sich hatte, und der das Deutsche Reich verteidigte? Einer von beiden.

Sie trauten sich ineinander und begannen sich zu würgen. Die Pfeife fiel zu Boden und verfant im Lehm. Sie rangen lange, würgten sich schweigend, wälzten sich am Boden, und die Lehmklumpen, die sich ihnen ansetzten, wurden größer und größer. Dann, als keiner die Lebermacht erlangen konnte, verbißten sie sich in ihre harten, struppigen Wangen, in die schneigen Häße, die einen vertrauten und heimlichen Geruch ausströmten, und sie vermengten den gelben Lehm mit flebrigem, braunem Blute... Und wieder wurden sie still, wieder lagen sie friedlich nebeneinander, doch diesmal ohne Pfeife, tot, auf der toten, „niemand gehörenden“ Erde.

Binnen kurzem hörten die feinen Lichtstrahlen, die von den Sternen zur Erde gingen, auf, sichtbar zu sein, es wurde hell, und wie alle Tage begannen die Leute, die des Nachts lautlos, über den Lehm kriechend und Minen legend gekämpft hatten, als sie die Sonne erblickten — geräuschvoll zu morden, aus Gewehren und Kanonen zu schießen. In zwei Stößen trug man die Namen der ohne Nachricht verschollenen, einander so unähnlichen und doch so ähnlichen Soldaten in Listen ein, und als es wieder Nacht wurde, trocknen zwei andere in die „niemand gehörende“ Erde, um auszuführen, was weder Pierre noch Peter ausgeführt hatten; denn in jenem Jahre war Krieg.

In einem Dörfchen der Provence beweinte Jeanne, während sie die Reben mit Schwefel bestreute, Pierre, und als sie genug getrauert hatte, ließ sie einen anderen Mann, Paul, ins Haus, denn irgend jemand mußte doch die Reben beschneiden und ihre braunen Brüste pressen, die fest waren wie die Trauben in einem guten Jahre. Und sehr weit von ihr, aber doch näher als ein Stern dem anderen, in einem Dörfchen Pommerns, weinte die milchhäutige Johanne, während sie den trächtigen Röhren Futter streute, über Peter, und da die Röhre viel Arbeit machten und ihr milchweißer Körper ohne Zärtlichkeiten nicht leben konnte, erklärten auf dem Hofe ein anderer Mann — Paul. Bei der Nachricht, daß ihre Männer die letzte Pfeife geraucht hatten, waren die zwei Frauen traurig geworden, dann aber waren sie wieder froh geworden mit anderen Männern, denn in jenem Jahre herrschte, wie in anderen Jahren, das Leben. 1919 hörte die „niemand gehörende“ Erde, die nach Urat und Blut stank, auf, niemand zu gehören. An einem warmen, leuchtenden Tage starben auf ihr unzählige Menschen aus

Arbeitslose und Hungerkünstler.



„44 Tage hungern soll Weltrekord sein — „Aber doch wohl nur für Amateure —.“

den verschiedensten Ländern, und die gelbe, mit braunem Blut vermengte Erde wurde Eigentum, wurde geschlicher Grund und Boden von irgend jemand.

Vor dem „Regenkorridor“ gingen die Leute, die bis dahin auf dem Bauche getrocknet waren, unbefragt, ohne auch nur den Kopf zu beugen, einher. In einer Kreuzung, da, wo der „Regenkorridor“ zu Ende war und nach rechts und links andere Gräben abzweigten, die keine Beinamen erhalten hatten, erblickten sie zwei Stelette, die einander umschlungen hielten wie glückliche Liebende, die von einem plötzlichen, heimlich von fern herbeigeflüchten Tod überrascht worden waren.

Richt weit von ihnen lag eine kleine Pfeife. Da liegt sie nun vor mir, eine armselige Soldatenpfeife, mit Lehm und Blut beschmier, eine Pfeife, die im Kriege zur „Friedenspfeife“ geworden war! Noch ein wenig graue Asche schimmert in ihr — die Spur von zwei Leben, die schneller ausgebrannt sind als eine Zigarette in der Pfeife verbrannt, zwei schöne und bedeutungsvolle Leben. Wie aber liehe sich eine Woge kanstrulieren, die das Vegetieren des menschlichen Samens abwägt, auf deren einer Schale tausend mal tausend Jahre und auf der anderen die Spanne Zeit gewogen werden könnte, die man braucht, um diese kleine Soldatenpfeife geraucht zu haben?

Die Erzählung eines Narren.

Die „Erinnerungen“, die Graf Boni de Castellane unter dem Titel „Wie ich Amerika entdeckte“ (deutsch von Elise Baronin Bertmann im Verlag für Kulturpolitik, Berlin) herausgegeben hat, sind in seinem Sinne so zu verstehen, wie ihr Verfasser es sich wohl gedacht hatte. Trotzdem oder gerade darum sind sie zum mindesten für den Kulturphilosophen unschätzbar, denn sie geben das vollkommene Bild eines Typs, der alles andere zu sein glaubt als eben ein Vertreter dieses Typs und der sich doch immer wieder selbst verrät.

Castellane, Abkömmling alter Königsgelechter, verwandt und verschwägert mit den glänzendsten Familien Frankreichs, aufgewachsen und erzogen in allen Traditionen seiner Kreise, kennt keinen anderen Ehrgeiz als den, „Jemand zu sein“. So kam es nicht fehlen, daß er auch ein gutes Stück Lebensphilosophie gibt und da finden sich als sublimste Ergebnisse eines auf so edlem Boden gewachsenen Lebens „Erkenntnisse“ wie etwa folgende: „Ich wuchs heran, ebe man Telephon, Flugzeuge, Luftschiffe, Unterseeboote, elektrisches Licht oder die Funkentelegraphie erfunden hatte, und wandte durch unsere Zeit rasenden Fortschritts, ohne mich von den Umwälzungen beirren zu lassen, die er mit sich bringt. Das allein genügt, um mir inmitten hastender Menschen und wechselnder Anschauungen einen besonderen Platz zu sichern... Die wirkliche Macht liegt einzig und allein im Charakter. Diese Leberzeugung macht meine Originalität aus. Reich oder arm, jung oder alt, im Kriege wie im Frieden bin ich meiner Art treu geblieben.“ Kost unmittelbar daneben hat die Zerstreuung des Verfassers ein Bestenfalls geraten lassen, das nicht in einem Augenblick programmatischer Entschlüsse und angetriebenen Selbstbewußtseins geboren ist, sondern sozusagen den Privatmann Castellane darstellt. Er sagt da: „Nachdem ich mit großem Gepolter von der Höhe des Erfolges auf das Trümmersfeld zerstörter Hoffnungen herabgestürzt war, ohne mir allzu wehe getan zu haben, durfte ich fortfahren, meine Gedanken laut werden zu lassen, meine Energie zu betätigen, die Aufmerksamkeit künstlerischer und politischer Kreise zu fesseln, Reichliche zu ärgern, Gefallen oder Mißfallen zu erregen und so auch weiterhin einen beliebigen Gesprächsstoff zu liefern.“

Dies also: einen beliebigen Gesprächsstoff darzustellen — ist offenbar das, was Castellane darunter versteht: „Jemand zu sein“. Wehnlich wie mit seinen Erklärungen über seinen Charakter es mit denen über seine äußeren Umstände, obgleich er in dem Vorwort zu seinem Buche sagt: „Ich werde meine Fehler eingestehen, ohne sie zu entschuldigen, aber ich werde auch trachten, die Wahrheit festzulegen, die von so vielen Journalisten, die über mich geschrieben haben, ohne mich zu kennen, nach eigenem Gutdünken entstellt worden ist.“ Man kann nicht sagen, daß er hinsichtlich des Eingeständnisses seiner Fehler sein Wort gebrochen habe. Die Scheidung bezeichnet er als das Wert des Hasses einer Dame, die er sich durch einen seiner boshaften Scherze verfeindet hatte, und der Profitlüsternheit der Anwälte. Seine Fehler sind vergessen, von Schuld auf seiner Seite weiß er nichts. „Ich war ein aufmerksamer Gäste, der für seine Frau Reizung und Bewunderung empfand... Mit Rücksicht kann ich heute sagen: Das Leben ist wie die Erzählung eines Narren, voll von Lärm und Leidenschaft, doch ohne Sinn.“

Elf hundert kleine Planeten.

Von Arthur Stengel.

Die Frage nach der Zahl der die Sonne umkreisenden festen Körper, der Planeten, erfordert zunächst eine Scheidung in zwei noch Größe und Nähe verschiedene Arten: die Großen Planeten, kurzweg nur Planeten genannt, und die kleinen Planeten, die man als Planetoiden oder Asteroiden bezeichnet. Von den Hauptplaneten waren, schon seit den Tagen des Altertums bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts außer der Erde nur die fünf mit blohem Auge sichtbaren Merkur, Venus, Mars, Jupiter und Saturn bekannt. Am 13. März 1781 entdeckte dann W. Herschel in Bath (England) den eben noch unbewußtesten Auge erkennbaren Uranus, der weit außerhalb der Saturnbahn kreist, und am 23. September 1846 fand Galle in Berlin den von Adams und Leverrier aus Störungen des Uranus durch Rechnung ermittelten Planeten Neptun ganz nahe bei dem angegebenen Ort, und damit war der weit außerhalb der Uranusbahn sich bewegende, jernste große Körper des Planetensystems bekannt geworden. Innerhalb der Merkurbahn vermutete man zwar bis in die neuere Zeit noch einen sonnennächsten größeren Körper; alles Sachens danach bei isolaten Sonnenfinsternissen ist aber ergebnislos geblieben, und so darf man wohl als sicher annehmen, daß ein intramerkurialer Komet nicht existiert. Dagegen scheint die Neptunbahn noch nicht die äußerste Grenze des Planetensystems auszumachen; man glaubt vielmehr, veranlaßt durch Störungen von Kometen und gewisse Ungleichheiten der Neptunbewegung, daß noch jenseits des Neptun ein größerer Körper oder gar deren mehrere die Sonne umkreisen. Bisher hat es allerdings noch nicht gelingen wollen, den sicher sehr fernem und äußerst lichtschwachen „Transneptun“ aufzuspüren. Man muß sich daher vorläufig mit den sieben Hauptplaneten außer der Erde begnügen.

Anders liegen die Verhältnisse bei den kleinen Planeten, die sich zwischen der Mars- und Jupiterbahn um die Sonne bewegen, vorzugsweise in einer Zone, in der nach dem System der Sonnenabstände der Hauptplaneten ein großer planetarischer Körper fehlt. Ihre Zahl ist, wenigstens für die Entdeckertätigkeit, so gut wie unbegrenzt und wird kaum jemals genau festzustellen sein, da die meisten von ihnen außerordentlich klein und daher ungemein lichtschwach sind. Man kann aus diesem Grund auf absehbare Zeit nur mit der Zahl der bekannten Planetoiden rechnen. Den ersten kleinen Planeten entdeckte Piazzi in Palermo am 1. Januar 1801 und nannte ihn Ceres, den zweiten, die Pallas, Olbers in Bremen am 28. März 1802, den dritten, die Juno, Harding in Lilienthal am 1. September 1804 und den vierten, die Vesta, wiederum Olbers in Bremen am 29. März 1807. Danach vergingen fast vier Jahrzehnte, bis der fünfte kleine Planet, die Asträa, am 8. September 1845 von Henke in Driesen entdeckt wurde. Nachdem heute im Jahre 1847 noch die Hebe aufgefunden hatte, setzte eine rege Entdeckertätigkeit ein, die sich in der Folgezeit immer mehr steigerte, namentlich seit mit dem Jahr 1851 die photographische Aufnahmesthede eingeführt worden war. Die erfolgreichsten Planetenentdecker sind in chronologischer Anordnung Luther, C. H. F. Peters, Bialia, Charlois, R. Wolf, Koppf und Reimmuth, unter denen Bialia und Wolf an erster Stelle stehen. Am 12. August 1923 stürzte es Reimmuth auf der Sternwarte zu Heidelberg (Königsstuhl), wo R. Wolf und Koppf so viele Asteroiden aufgefunden hatten, den tausendsten kleinen Planeten zu entdecken.

Ueber die von Jahr zu Jahr umfangreicher und schwieriger werdende Neuenarbeit der Bahnberechnung aller bekannten und neu hinzukommenden Planeten läßt das Astronomische Recheninstitut in Berlin-Dahlem durch die Astronomische Zentralstelle in Kiel berichten: Augenblicklich liegen die Mitteilungen über die Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 vor. In diesem Jahre sind nicht weniger als 79 neue kleine Planeten entdeckt worden, davon 25 von Reimmuth, 17 von R. Wolf, 9 von Belsjowsky in Simeis (Krim), 7 von Albigy ebendort usw. Eine gesicherte Bahn konnte von diesen 79 Planeten vorläufig nur für 13 berechnet werden, zu denen noch 9 früher entdeckte kommen, die die Nummer 1025 bis 1046 erhielten. Erwägt man nun, daß seit Juli 1925 bereits wieder zahlreiche Körper aufgefunden worden sind, so lang man die Gesamtmenge der jetzt bekannten kleinen Planeten auf mindestens 1100 veranschlagen.

Größe und Nähe der Planetoiden sind allerdings im Vergleich mit den Hauptplaneten verschwindend gering. Am größten sind naturgemäß die zuerst entdeckten, allen voran Ceres und Vesta, deren Durchmesser 900 bis 400 Kilometer beträgt. Die meisten haben einen Durchmesser von weniger als 100 Kilometer, die kleinsten sogar nur einen solchen von 5 bis 7 Kilometer. Die Gesamtmasse aller bis heute bekannten Planetoiden schätzt man auf nur den neunhundertsten Teil der Erdmasse.

KAFFEE aus eigener Rösterei
 Sorte 1 1/2 Pfd. 1.10 | Sorte 3 1/2 Pfd. 85 Pfd.
 Sorte 2 1/2 Pfd. 95 Pfd. | Sorte 4 1/2 Pfd. 70 Pfd.
Spezial-Mischg. aus feinsten Sorten 1/2 Pfd. 75 Pfd.
Rester-Kaffee aus Feinst- und Zweit- 65 Pfd.
Gerste mit Kaffee (Gemisch) 1.10

Aus eigener Bäckerei

E. G. N. Brot groß und aus rein. Roggen- 40 Pfd.
Gesundheitsbrot aus rein. Roggen- 35 Pfd.
Roggen-Schrotbrot aus reinem Roggenm. 40 Pfd.

Wir mahlen absolute Mühle für unsere von eingetriebenen Groß-
 holländischen in Lebensmittelmüllereien unter eigener Mühle
 und Überwachung infolgedessen die volle Garantie, daß
 unser Brot aus reinem Roggenmehl hergestellt wird.

Ausnahme Konserven

Leipziger Allerlei 1/2 Pfd. 78 Pfd.
 Erbsen mit Karotten 58 Pfd.
Hülsenfrüchte
 Viktoria-Erbsen 1 Pfd. 20 Pfd.
 Weiße Bohnen 1 Pfd. 22 Pfd.

Jede Hausfrau weiß es — billig und gut kauft sie bei

EDUARD GOLDACKER NACHF.

Inhaber: **Gusowski und van Groenenbergh**

KAKAO
 1. Qualität Pfd. 1.40 | 4. Qualität Pfd. 80 Pfd.
 2. Qualität Pfd. 1.20 | 5. Qualität Pfd. 60 Pfd.
 3. Qualität Pfd. 1.10
Schokoladen in eigener 100-Gramm-Tafel-Packung
 Speise-Schokol. Taf. 28 Pfd. | Vollmilch-Schok. Taf. 35 Pfd.
 Nuß, Mokka, Krokant, Mandel Tafel 40 Pfd.
 Riegel-Schokolade Tafeln 10 Pfd.

Aus eigener Bäckerei

Königskuchen Stück 50 Pfd.
Feinschmeck Stück 50 Pfd.
Napfkuchen Stück 1.00 u. 50 Pfd.
Stollen Stück 50 Pfd.
Kranzstangen Stück 50 Pfd.
Streuweibkuchen Stück 35 Pfd.
Mohnstücke Stück 10 Pfd.
Meinen Stück 5 Pfd.

Versuchen Sie unsere Margarine

Marke Allergische nach Butter das Beste
 Pfund **90 Pfd.**

Filialen in allen Stadtteilen

Charlottenburg
 Berliner Straße 115, Welfenstraße 54,
 Wilmersdorfer Str. 98, Kantstr. 134k,
 W. Ullandstr. 46, Nürnberger Str. 42,
 Goltzstraße 11.
Schöneberg
 Fritz-Reuterstr. 13, Ebersacher Str. 98,
 Wilmersdorfer, Lützenburger Straße 24.
Hohenschönhausen, Kurfürstendamm 106,
 Cöpenick, Schloßstraße 2,
 Erkner, Friedrichstraße 5,
Friedrichshagen, Friedrichstraße 125,
 Spandau I, Neudorfer Straße 5,
 Spandau II, Fichtaldorfer Straße 95,
Zehlendorf-Grütze, Hauptstraße 1,
 Nowawese, Priesterstraße 71.

Filialen in allen Stadtteilen

Potsdam, Brandenburgstraße 47 a,
Werder, Unter den Linden 4.
Berlin SÖden
 Hermannplatz 5, Kottbuser Damm 12 a,
 Dresdener Straße 21,
SW, Friedrichstr. 248, Zossener Str. 21,
Osten, Andreasstr. 85, Frankfurter Allee 20,
 Frankfurter Allee 297.
Lichtenberg,
 Frankfurter Allee 107,
NW, Kirschstraße 1, Wissacker Straße 15,
Köpenick
 Badstraße 33 a, Reinickendorfer Str. 13,
 Müllerstr. 156, Schönhauser Allee 177 c,
 Kastanienallee 35, Danziger Straße 4.

Zentrale: Hohenschönhausen, Industriebhf.

Telephon: Amt Lichtenberg Nr. 1860-1861.

Theater, Lichtspiele usw.

Volkstheater
 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig
 Morgen 7 1/2 Uhr:
Uraufführung Sturmflut

Staats-Theater
 Opernhaus
 7 Uhr: Figaros Hochzeit
 Opernhaus am Königsplatz
 7 1/2 Uhr: Die Bohème
 Schauspielhaus
 8 1/2 Uhr: Im weißen Rößl
 Schiller-Theater
 8 Uhr: Willenst. Lager Die Piccolomini

Städtische Oper
 Charlottenburg
 7 1/2 Uhr:
Mignon
 Abends-Turnus

Deutsches Theater
 8 Uhr:
Inarez und Maximilian
Kammerspiele
 8 Uhr:
Die letzte Geliebte

Die Komödie
 Kurfürstendamm 246/7
 8 Uhr:
Gesellschaft
 8.18 Uhr:
 Nach Vorstellung
„Blauer Vogel“
 alle Plätze
 3 und 5 M.
 Neues Programm!

Großes Schauspielhaus

Fin Ditt
 CHARELL-REVUE
 TÄGLICH 8 1/2

Trianon-Theater
 Zentr. 2391
Junge Generation
 7 1/2-Uhr-Aufführung
 Drama von Steninger

Residenz-Th.
 Lützowstr. 10
 8 Uhr:
Die Durchgängerin
 m. Claire Kommer
 Stg. 3 1/2 U.: Letzte
 Nachm.-Vorst. KLPr.
 D. Durchgängerin

Thalia-Theater
 8 Uhr: Der alte
Dessauer
 Gustav Charit
 Kurt Vespermann
 Werkmeister
 Pyramus, Pantom.

Theater in der Kommandantenstr.
 8 Uhr:
Lene, Lotte, Liese
 Nolly Wessely
 Juchacz Bora
 Oskar Sabo
 Georg Beselt

Thent. d. Westens
 Tägl. 8 Uhr:
Das Spiel u. die Liebe
 Operette
 von Gilbert
 0.50 bis 10 Mk.
 Friedenspreise

Berliner Theater
 8 Uhr:
Messalinette

Kernfeld

in Intim. Th. 8 U.
 Nur noch bis Sonntag:
Fantasia Schmock
 Klavierparade
 32 st. Uraufführung
 Ein dankb. Mensch
 Schauspiel von Ernst Wittgen
Metropol-Theater
 Tägl. 8 Uhr
No no Kanette

Komische 8 1/2 Oper 8 1/2
Von A-Z
 Kleine Preise
 20 Pfg. bis 4.50 Mark

die Revue der Liliputaner
 im sensationellen Februar-Spielplan
 Sonntag 3 1/2 Uhr: halbe Preise
 Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
 Abends 8 U., Sonntag nachm. 5 U.
Stettiner Sänger
 Nachm. halbe Preise
 volles Abendprogramm:
Dönhoff-Brettel
 10 Nummern!
 Tanz und Urfidelitas!

Sport-Palast
 Ab 10 Uhr:
Voller Eislauf-Betrieb
 Abends Eis-Ballett
Int. Eishockey-Wettkämpfe
 Warschau - Berlin
 6.30 Uhr abds. - 8.30 Uhr abds.
 Akadem. Sport-Club Warschau
 gegen Berliner Schlittschuh-Club
 Eintritts-Preise M. 1.- bis M. 3.50

Central-Theater

Der Fremde
 Th. in d. Lützowstr.
 Tägl. 8 1/2 Uhr:
Lempke's sel. Witwe
 Musik v. Dr. R. Hirsch
 Vertikale Preis 1-4 M.
 in Verweil Theaterkass.
 10h. 10h. 20h. 20h. 20h.
 Stg. 4: Klavier- und
 Rumpelstilzchen

Deutsches Kunst-Theater
 8 Uhr:
Paganini
 Th. a. Kurfürstendamm
 8 Uhr:
Die Nacht der Nächte
 Th. a. Schiffbauerdamm
 8 Uhr:
 Der frühdie Weinberg

Thielscher
 in **Stöpsel**
 Kleinfestspiel: Parabel - 2 M.
 Park-Festl. 3-4 M. Orchest.
 Festschl. 5 M. Sessel 6 M.
 Vorverkauf ausgeschlossen

Neue Welt
 A. Scholz :: Hasenheide 108-114
 Freitag, den 19. Februar, sowie täglich:
Bockbierfest in den bayer. Alpen
 8 Kapellen / Neue Dekorationen / 30 bayer. Madi
 Ausstoß d. berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock
 Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr
 Für Sonnabend, den 20. Februar, sind sämtliche
 Eintrittskarten ausverkauft.
 Vorverkauf: Sonntag, den 21. Februar:
GROSSER ALPEN-BALL

Barovsky-Bühnen

Theater Königgrätz Str.
 T. Lützenheide 2110
 8 Uhr:
Einem Jux will er sich machen
Homödienhaus
 Tel. Norden 5304
 9 Uhr:
Der Garten Eden

Admiralpalast
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Kalter-Revue
 Achtung! Welt 505
 Wir bleiben billiger!
 Sonntag-Vorst.
 3 Uhr nachmittags und
 8 1/2 Uhr abds.

Domino-Masken
 von 10 Pf. an, **Bodhihermalzen**
 Dtz. von 30 Pf. an. Alle Karneval-
 und Festartikel sehr billig seit 30 Jahren.
A. Maas & Co., Markgrafenstr. 84
 an der Lindenstraße.

Rose-Theater
 8 1/2 Uhr: August
 der Starke
Casino-Theater
 Täglich 8 Uhr
Neu! Der große Erfolg
Helene
Liebesabenteurer
 und ein lust. Programm!
Theater a. Köth. Tor
 Kottbuser Str. 6.
 8 Uhr - Entg. 8 1/2 Uhr
Elite-Sänger
Versäumen Sie nicht
 unter feierlicher
 Begehrungs-
 Programm
 Eintritt 50 P
 ab 2.50 M
 Nachm. ermäß. Preis-
 volles Abd.-Prog.

Gewinn-Losung

5. Klasse 26. Preussisch-Sächsisch-Klassen-Lotterie
 Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

13. Ziehungstag
 17. Februar 1926, nachmittags
 Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen
 4 Gewinne zu je 5000 Mf. 152432 270921
 12 Gewinne zu je 3000 Mf. 8505 58238 61274 214369 214722 272810
 22 Gewinne zu je 2000 Mf. 37733 61488 90326 117504 137629 155887 22007 247974 251292 276454 282103
 30 Gewinne zu je 1000 Mf. 291 4831 14733 22135 42935 48305 92118 108146 177418 184392 217400 244823 245100 267742 290686 38 Gewinne zu je 500 Mf. 20953 33490 39358 39754 44023 51267 56651 58091 72321 73360 76714 86157 88932 86462 160038 116524 124506 125059 138006 139971 147424 147608 154296 158057 159171 163179 178193 187094 188469 207788 217000 219554 226339 229954 221682 225784 231260 232181 239443 264527 265522 276362 288471 291628
 178 Gewinne zu je 300 Mf. 1837 2525 2591 5285 12108 13024 13894 17233 18369 20798 21752 21857 24332 28578 35051 47055 48380 49547 53600 55697 80281 89118 70157 74860 77718 81676 85457 88283 88296 93957 94524 97524 106743 108569 124389 129510 127209 127421 127683 132801 135736 140443 142216 142311 145337 146916 149180 149483 153698 156037 156652 162486 165181 168082 174050 177793 190329 191698 192701 194932 198132 200168 206099 212966 214907 215737 217881 217990 221841 227278 236349 242617 242996 244257 250103 254955 255538 259718 265896 274957 278120 281002 283618 289193 290299 293168 297254 297289

14. Ziehungstag
 18. Februar 1926, vormittags
 Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen
 4 Gewinne zu je 5000 Mf. 69038 129242
 10 Gewinne zu je 3000 Mf. 48521 99839 185196 196993 222441 22 Gewinne zu je 2000 Mf. 16530 37314 38913 141777 164874 172461 168380 218237 226958 232351 251465 30 Gewinne zu je 1000 Mf. 44486 62100 87133 118194 158649 172402 185703 198733 206453 215528 226479 237444 241745 279719 295840 78 Gewinne zu je 500 Mf. 1058 21290 24957 26568 31914 48848 49227 51515 53458 54623 89823 97853 103747 106165 108526 107551 130853 142960 143188 148632 161340 143678 164489 168978 189141 171059 173463 199400 203415 268954 223097 228544 238164 248346 277325 281306 285677 293348 295709 214 Gewinne zu je 300 Mf. 906 5986 8661 14268 15266 15541 21036 21643 24628 27637 29225 29383 37141 37222 37482 39181 40376 45689 46584 49898 53524 53726 55280 55427 63861 64185 64765 65992 68126 68031 74045 74518 75365 77224 77385 83216 84002 85351 87153 88458 97539 100540 100806 104197 104704 109727 110054 111014 119065 120526 123306 126302 128680 130023 130603 133326 133873 136984 141539 142737 142922 149670 151263 151825 152925 158513 165274 165309 167275 170299 174394 176967 178792 181547 182978 189268 190032 195205 200432 202244 208998 216986 217150 219345 220650 222779 223649 224021 224275 231296 239583 239709 249033 252337 261877 264820 270213 270055 274962 279205 284370 285337 287115 288502 294771 294830 498076

Zur Aufklärung!

Die Firma **Wilhelm Hoeck** - Likörfabrik - Weingroßhandlung
 gegründet 1892
Charlottenburg

bittet uns mitzuteilen, daß sie mit der
Firma F. Hoeck, Alt-Moabit, nicht identisch ist

Wir weisen hiermit nochmals darauf hin, daß die Firma **Wilhelm Hoeck** ihre Fabrikation und den Verkauf nach wie vor nur **Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 149** betreibt.

Behrens, Meyer & Schulz.

Das Konto zur Unterstützung des Fememörders.

Im Gemeindeforschungsausschuß des Preussischen Landtags wurde gestern der 41jährige Dr. Meißinger, Beamter der Arbeitgeber-Bereinigung, vernommen.

Er schildert die Zusammenkunft am 3. Juni im Weinrestaurant Siebiler. Der Zweck war eine gemeinsame Aussprache über Fragen der Arbeitsgemeinschaft, der Lohnkassier und über die Verhältnisse bei der Technischen Rathilfe und über das, was in der Sache zu geschehen habe. In der Tür, beim Hinausgehen, trat Herr Meyer an Herrn v. Zengen heran und fragte ihn, wie es mit dem Darlehen stünde. Damals erfuhr ich zum ersten Male von einem Darlehen, um das der christliche Landarbeiter-Verband, der in einer Kollage war, bat. Auf dem Rückwege richtete ich dann noch einige informatorische Fragen über die Höhe des Darlehens an Herrn v. Zengen. — Von einer Verwendung des Geldes für die Unterstützung des Schulz wisse er nichts; auch nichts von einem weiteren Darlehen von 5000 M.

Abg. Riedel (Dem.) wünscht Klärung darüber, wie es komme, daß der Zeuge, der sonst scharf gegen die Arbeitsgemeinschaft eingestellt gewesen sei, sich ausgerechnet mit den Vertretern des christlichen Landarbeiterverbandes zu einer Besprechung in einem Weinrestaurant getroffen habe. Er, Abg. Riedel, stehe seit 15 Jahren auch in der Gewerkschaftsbewegung, er sei aber noch niemals von Arbeitgeber-Organisationen in ein Weinrestaurant geladen worden. (Heiterkeit. Zuruf: Das kommt auch noch!)

Zeuge Dr. Meißinger: Das erklärt sich zwanglos daraus, daß ich eben wegen der Verhältnisse in der Technischen Rathilfe bei den Abgg. Behrens und Meyer mich informieren mußte. Zu den Kommunisten zu gehen, hatte keinen Zweck, auch die freien Gewerkschaften kamen da nicht in Frage.

Auf eine Frage des Abg. Steyer (Z.), ob man geglaubt habe, durch die Hergabe des Darlehens Einfluß auf die Stellungnahme des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ausüben zu können, erwidert der Zeuge, eine solche lächerliche Hoffnung habe er nicht gehabt.

Abg. Brandenburg (Soz.): Erschienen Ihnen das Verlangen einer Gewerkschaft nach einem Darlehen von den Arbeitgebern nicht sehr merkwürdig?

Zeuge Dr. Meißinger: Ich habe mich immerhin etwas darüber gewundert, daß man ausgerechnet zu uns kam. Das ist aber Geschmachtsache.

Abg. Obuch (Komm.): Aus welchem Fonds sind die 5000 M. Darlehen entnommen?

Zeuge Dr. Meißinger: Aus dem Dispositionsfonds! Punkt! (Lade des Vorsitzenden.)

Vors.: Diese Art der Befragung ist für Zeugen nicht üblich. Ich bitte doch nicht zu vergessen, daß Sie als Zeuge hier stehen. (Sehr richtig! Unfs.)

Zeuge: Ich habe das Recht, mich gegen Fragen zu wehren, die offenbar darauf abzielen, die Geheimnisse der Arbeitgeber aufzudecken.

Vors.: Ich kann allerdings auch nicht klar sehen, wohin die Frage des Abg. Obuch zielt.

Abg. Obuch (Komm.): Ich kann vor den Geheimnissen der Arbeitgeber nicht haltmachen, denn ich vertritt hier als Ausschuhmitglied Interessen, die weit über die Bedeutung der Arbeitgeber-Aktion hinausgehen. — Befand nicht bei Ihnen ein Fonds, aus dem Mittel zur Finanzierung politischer Prozesse usw. entnommen werden konnten?

Zeuge Meißinger: Für Zwecke zur Finanzierung von Fememorden und für Zwecke zur Unterstützung politischer Prozesse besteht bei uns kein Fonds.

Abg. Obuch (Komm.): Dann wäre die Entnahme des Geldes durch Herrn v. Zengen den Zwecken des Dispositionsfonds zuwider gewesen?

Zeuge: Das kann ich wohl sagen.

Nachdem der Zeuge noch erklärt hat, daß ein Protokoll über die Unterredung im Restaurant Siebiler er nicht vorhanden sei, wird seine Vernehmung geschlossen.

Nach der Mittagspause setzte der Untersuchungsausschuß die gestern nicht beendete Vernehmung des deutschnationalen Abgeordneten Meyer fort, der bekundet, daß Herr Sauer, der an sich sehr temperamentsvoll sei, in jener Vorstandssitzung zwar kein Mißfallen ausgesprochen habe, besonders aufgeregt sei er aber nicht gewesen. Der Zeuge berichtet seine gestrige Aussage dahin, daß die Zusammenkunft im Weinrestaurant, sondern an einem der nächsten Tage stattgefunden habe. Auf Befragen durch Abg. Kuttner bekundet der Zeuge, es sei möglich, daß er Herrn v. Zengen gefolgt habe, Schulz sei in den Rüstener Putz verwickelt. Bezüglich der Unterhaltung des Zeugen mit Herrn v. Zengen vom 9. Juni befähigt der Zeuge seine gestrige Befundung. Er habe von einem Darlehen an die Verforgungsstelle nichts gewußt, während v. Zengen von der Verwendung des Geldes für Schulz nichts gewußt habe. Beide Sachen seien nebeneinander hergelaufen. Als er Herrn Behrens von der abweichenden Ansicht über den Charakter des Darlehens Mitteilung gemacht habe, habe dieser gesagt, er wolle sich nach dem Sachverhalt erkundigen.

Abg. Kuttner ersucht, zur vollständigen Klärung der Frage des Abg. Behrens nochmals zu hören. Abg. Behrens soll aus dem Reichstage herbeigerufen werden.

Zeuge Meyer (auf Befragen durch Abg. Dr. Deereberg) führt aus, Schulz sei nicht Angestellter des Zentralverbandes, sondern der Verforgungsstelle gewesen. Aus den Kreisen der „Schwarzen Reichswehr“ habe er außer Schulz und später Klapproth niemand kennen gelernt. Mit irrendem Versuch zur Bezeichnung von Fememördern habe er nichts zu tun gehabt.

Abg. Dr. Deereberg (Dnail): Sind Ihnen seitens der Arbeitgeber außer diesen 5000 Mark jemals Gelder zur Verfügung gestellt oder angeboten worden?

Zeuge: Nein, niemals! (Auf weiteres Fragen des Abg. Riedel): Auf mein Konto „Ausschuß für nationale Aufklärung“ habe ich von meinen Freunden kleinere Beträge erhalten und erhalten. Auch Herr v. Oppen hat sich bereit erklärt, das Verforgungsgeld für Schulz herbeizuschaffen. Ich habe mich für Schulz in seiner Not eingesetzt, weil ich nicht einer von den Freunden bin, von denen hundert auf ein Dal gehen. Wenn jeder Mensch gleich wegen eines Verdachtes aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen werden sollte, möchte ich leben, wieviel Prominente des öffentlichen Lebens heute noch in der menschlichen Gesellschaft ständen.

Auf Fragen des Abg. Obuch (Komm.) bekundet Zeuge Meyer: Solange Schulz bei mir läßt war, also vom März 1925 bis zu seiner Verhaftung, hat er nicht politisch gewirkt.

Abg. Obuch (Komm.): Wer hat denn in dem Rundschreiben des Zentralverbandes geschrieben, Schulz sei im Reichstag und Reichswehrministerium ein- und ausgegangen?

Zeuge: Vielleicht unser geschäftsführender Redakteur Böhm. Ich weiß nichts von diesen Gängen.

Abg. Obuch (Komm.): Wen hat Schulz als hauptamtlichen Mitarbeiter (selbständig eingestellt)?

Abg. Obuch (Komm.) weist darauf hin, daß sich im Hause Luisenstraße 38 in Berlin, wo die Genossenschaft sich befand, eine ganze Anzahl anderer Betriebe befände, z. B. die Gesellschaft „Deutsche Tracht“ und die Gesellschaft „Deutsche Eiche“. Er fragt, wie sich Schulz dort mit Wissen des Zeugen politisch betätigt hat.

Zeuge Meyer: Schulz hat überhaupt keinen Einfluß auf diese Genossenschaften gehabt, allein schon, weil er gar keine Zeit dazu hatte. Ich glaube aber, daß die „Deutsche Eiche“ manchem ein großer Dorn im Auge sei. (Große Heiterkeit.)

Gegenüberstellung Meyer—Behrens.

Es folgt dann eine Gegenüberstellung der Abgg. Meyer und Behrens.

Abg. Kuttner (Soz.): Herr Behrens hat gestern erklärt, wenn er gemerkt hätte, daß das Darlehen für Schulz verwendet werden soll, hätte er nicht unterschrieben. Am 9. Juni ist die Unterredung im Restaurant gewesen, in der Meyer die Zusage der 5000 M. für Schulz von Zengen erhalten haben will. Meyer hat bekundet, daß er Zengen, Herr Behrens, ein oder zwei Tage nach der Unterredung im Restaurant, also am 10. oder 11. Juni, von der ihm nach seiner Auffassung durch Zengen gemachten Zusage Mitteilung gemacht habe. Wenn Sie also, wie Sie angeben, die Quittung über die 5000 M. Darlehen am 13. Juni unterschrieben haben, dann müßten Sie durch Herrn Meyer schon über die von ihm gemollte Verwendung der 5000 M. unterrichtet gewesen sein.

Zeuge Behrens: Wie ich die Quittung unterschrieb, war ich meiner Erinnerung nach, noch nicht unterrichtet von Meyer. Ich habe jedenfalls in dem guten Glauben unterschrieben, daß es sich lediglich um ein Darlehen zur Abtragung der Kariostoffe der Verforgungsstelle handelt. Auf die einzelnen Daten kann ich mich nicht mehr erinnern. Vielleicht steht bei Herrn Dr. Meißinger ein Protokoll vor, wenn er behauptet, die Unterredung wäre am 9. Juni gewesen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Kuttner (Soz.) erklärt Zeuge Meyer: Herr v. Zengen hat mir im Restaurant gesagt, Behrens hätte schon unterschrieben. Wenn die Quittung von Behrens also das Datum des 13. trägt, dann muß die Unterredung eben erst nach dem 13. stattgefunden haben.

Zeuge Behrens: Die Zusammenkunft war meiner Erinnerung nach nach Unterzeichnung der Quittung. (Auf weiteres Befragen:) Der Herr Raletke ist ohne besondere Absicht zu der Zusammenkunft mitgekommen. Ob Herr Raletke mit den Herren irgend wie verhandelt hat über die Form der zu leistenden Bürgschaftsleistung, weiß ich nicht; während der Unterhaltung am Kaffeetisch ist darüber nicht gesprochen worden.

Abg. Kuttner (Soz.): Dann kann Ihre Unterschrift am dem Tage der Zusammenkunft doch nicht erfolgt sein.

Damit ist die Vernehmung des Zeugen Behrens beendet.

Das merkwürdige Aufklärungskonto.

Abg. Meyer (auf eine Frage des Abg. Eißel (Soz.): Herr v. Zengen ist niemals Mitglied des Ausschusses für nationale Aufklärung gewesen. Auf Befragen durch Dr. Badt (Soz.): Es ist möglich, daß Schulz während seiner Genossenschaftstätigkeit im Bunde Einzahlungen auf das Konto „Ausschuß für nationale Aufklärung“ gemacht hat. Das waren vielleicht Vorbehalte der Genossenschaft für zu liefernde Waren.

Abg. Dr. Badt (Soz.): Das ist doch nicht gut anzunehmen; da wäre doch ein großes Ruddleimuddel entstanden. Die größten Beträge gingen gerade kurz nach der Verhaftung von Schulz ein: im ganzen 5020 Mark.

Das deutsch-französische Handelsabkommen.

Ein Provisorium — Vorteile und Nachteile.

Der Hauptbestandteil des am 12. Februar in Paris unterzeichneten Abkommens sind zwei Listen von Waren, die während eines dreimonatigen Vertragszeitraumes unter bevorzugten Bedingungen nach Frankreich oder nach Deutschland eingeführt werden können. Deutschland gewährt für die französische Einfuhr von Rüchengewächsen, Schnittblumen, Kartoffeln, Hopfen und Sibirischen die Meistbegünstigung. In handelspolitischer Beziehung ist dabei vor allem die Tatsache wichtig, daß innerhalb von drei Monaten ein Kontingent von 27 000 Doppelzentnern (Rohgewicht) an Rüchengewächsen zu den Vertragsländern des deutschen Zolltarifs nach Deutschland eingeführt werden kann und daß eine Einfuhr französischer Schnittblumen zu Meistbegünstigungsfähigkeit möglich ist. Die Zugeständnisse Frankreichs beziehen sich auf eine etwas größere Liste von Waren, deren Einfuhr entweder zum Minimaltarif oder zu ermäßigten Sätzen des Maximaltarifs (bei einer Ermäßigung um 60 bis 95 Proz.) stattfinden kann. Die wichtigsten dieser Waren sind verschiedene Chemikalien, landwirtschaftliche Maschinen, Maschinenteile und Haushaltsgegenstände; ferner Möbel (Holzmöbel) und Schnittholz. Bei einigen der genannten Waren sind ebenfalls nur beschränkte Kontingente zugelassen.

Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Vorabkommens ist verhältnismäßig gering, da es sich nur auf einige wenige Waren bezieht und zeitlich kurz begrenzt ist. Trotzdem wird man das Abkommen nicht unterschätzen dürfen, weil es nach den langwierigen Verhandlungen in Paris zum erstenmal greifbare Ergebnisse bringt und so die Absicht der beiderseitigen Regierungen, zu einer erträglichen handelspolitischen Regelung zu kommen, deutlich hervorhebt. Diese Befundung des Vertragswesens ist von um so größerer Bedeutung, als ja die handelspolitische Situation in Europa heute einigermaßen gespannt ist. Das gilt zumal im Hinblick auf die Lage Deutschlands, das vor schwierigen Verhandlungen mit Spanien und England steht und auch gegenüber Italien noch gewisse handelspolitische Probleme zu überwinden hat. — In dem Inflationslande Frankreich ist das Interesse der Industrie an einer handelspolitischen Regelung vorläufig noch recht gering; die deutschen Zugeständnisse bestehen sich daher fast ausschließlich auf die Interessen der deutschen Landwirtschaft und Gärtnerei, deren Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland gegenüber den Ländern mit handelsvertraglicher Regelung (wie Holland, Belgien, Italien) stark zurückgegangen ist. Die Reichsregierung glaubte, den Wünschen der französischen Landwirtschaft und Gärtnerei, die übrigens politisch im allgemeinen der Loucheur-Gruppe angehört, während eines dreimonatigen Uebergangszeitraumes entgegenkommen zu dürfen, da sie auf der anderen Seite für einige deutsche Industriezweige nennenswerte Zugeständnisse erhalten konnte. Von besonderer Bedeutung ist, daß die dreimonatige Frist für die französischen Einfuhren unmittelbar nach der Ratifi-

Zeuge Meyer: Das ist leicht möglich, daß diese Beträge noch kurz nach der Verhaftung von Schulz eingingen. (Auf Befragen durch den Vorsitzenden): Daß Schulz mit Herrn v. Oppen bekannt war, mußte ich annehmen.

Abg. Dr. Schwering (Z.): Sie haben Schulz also lediglich eingestellt, weil er Offizier, Oberleutnant war, weil er in der schwarzen Reichswehr und im Ruhrkampf tätig gewesen ist. Sie halten also die Befähigung in der schwarzen Reichswehr für etwas Verdienstliches, vom vaterländischen Standpunkt aus zu Billigendes?

Zeuge Meyer: Allerdings ist das der Fall. (Auf Befragen durch Abg. Eißel (Soz.):) erklärte der Zeuge, daß unter der Flagge „Landvolkgenossenschaft“ in den Fonds des Ausschusses für nationale Aufklärung keine Genossenschaftsgelder geflossen sind.

Abg. Obuch (Komm.): Hatte Schulz von Ihnen Vollmacht, über das Konto „Ausschuß für nationale Aufklärung“ zu verfügen?

Zeuge: Schulz legte mir evtl. Schecks vor, die ich unterschrieb. Ich war allein zeichnungsberechtigt.

Aus der weiteren Befragung des Zeugen durch den Abg. Obuch (Komm.) ergibt sich, daß Meyer annahm, die 5000 M. kämen von der Arbeitgebervereinigung, sondern aus privaten Kreisen, weil er Zengen gebeten hatte, sich in privaten Kreisen umzutun. Woher Schulz wusste, daß die der Landarbeitergenossenschaft eine Stelle befehrt werden sollte, weiß der Zeuge nicht. Er hat ihn danach auch nicht gefragt.

Abg. Kuttner (Soz.): Wie Ihre Mittel zu Ende waren, Herr Zeuge, und bevor Herr v. Oppen für Schulz bessere Befähigung im Gefängnis zu zahlen versprach, hat schon der Rechtsanwalt Sad einmal 200 M. für diesen Zweck an die Gefängnisverwaltung eingezahlt. Der Rechtsanwalt Sad muß doch dieses Geld irgendwo her haben?

Zeuge Meyer: Ich nehme an, daß Sad die 200 M. von den 1000 M. Vorzuch genommen hat, die ich ihm für die Verteidigung des Schulz gegeben habe.

Abg. Kuttner (Soz.) kommt dann auf die vier größeren Zahlungen zu sprechen, die auf das Konto des Abg. Meyer „Ausschuß für nationale Aufklärung“ nach der Verhaftung des Schulz eingezahlt sind, nämlich am 2. April 1000 M. am 4. April 1000 M., am 23. April 500 M. und am 4. Mai 1500 M. Die Abkender dieser Zahlungen sind im Gegenatz zu sonstigen Zahlungen auf das erwähnte Konto aus dem Konto nicht ersichtlich. Sie, Herr Zeuge, müßten doch aber wissen, woher diese im Verhältnis zu den sonstigen Einzahlungen auf das Konto großen Summen gekommen sind?

Zeuge Meyer: Aus Kreisen meiner Parteifreunde.

Abg. Kuttner (Soz.): Hätten diese Zahlungen auch etwas mit der Unterstüzung des Schulz zu tun?

Zeuge: Zum Teil, ja.

Abg. Riedel (Dem.): Unter den als Einzahler auf das Konto „Ausschuß für nationale Aufklärung“ aus dem Konto ersichtlichen Namen befinden sich auch einige mir bekannte Gutsbesitzer, auf deren Besitztungen Arbeitskommandos der schwarzen Reichswehr zeitweise untergebracht waren. Hängt das vielleicht mit den Einzahlungen auf das Konto zusammen? — Zeuge: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender: Würden Sie, Herr Zeuge, dem Ausschuh zur Klärung der vier größeren bisher unbekannteten Einzahlungen Ihre Akte überlassen? — Zeuge (erregt): Das lehne ich entschieden ab! Ueber die Verwendung von Geldern zu politischem Zwecke brauche ich niemandem Rechenschaft abzulegen.

Damit ist die Befragung des Zeugen Meyer vorläufig beendet. Der Ausschuh vertagt die Weiterverhandlung auf Freitag. Am Freitag sollen u. a. Herr v. Zengen, Raletke, u. d. Linde und evtl. Böbel als Zeugen vernommen werden.

fikation des Abkommens beginnt, während für die deutsche Industrie erst eine einmonatige Zwischenzeit geschaffen wird, in der die Bearbeitung des französischen Marktes durch Reklame und Handlungsreisende erfolgen kann, so daß dann eine völlige Ausnutzung der Einfuhrerleichterungen während dreier Monate möglich ist.

Das Abkommen wird heute der Reichsregierung und dem Reichstag zugestellt werden und wird wahrscheinlich morgen den Reichstag beschließen.

Man wird sich kaum des Eindrucks erwehren können, daß — trotz des zurzeit geringen Interesses der französischen Industrie an einer Erleichterung ihrer Absatzmöglichkeiten in Deutschland — die Situation zu einer endgültigen Regelung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen reif geworden ist. Keinesfalls sollte man durch ein übertriebenes zähes Festhalten an Schutzforderungen (wie es tatsächlich vorzuliegen scheint) die Verständigung solange hinausziehen, bis etwa nach einer Währungsstabilisierung der Widerstand der französischen Industriellen gegen Zollzugeständnisse noch weiter wächst. Eine solche Verzögerung ist aber unermesslich, solange die deutsche Regierung die Unterhändler mit einer derart „gebundenen Marschroute“ absieht, wie bisher. Augenfeindlich hat sich die Reichsregierung nach nicht zu dem Standpunkt durchgerungen, daß — wie es in der Begründung der Zollvorlage hieß — die neu geschaffenen hohen Zollsätze als Verhandlungssubjekt zu dienen haben. Vielmehr scheint man der Anschauung zu sein, daß durch die Aufrechterhaltung des protektionistischen Charakters der Zölle die deutsche Handelsbilanz „gebessert“ werden müsse. Charakteristisch für diese Einstellung ist etwa, daß im Reichswirtschaftsministerium Schätzungen angestellt werden, in welcher Höhe eine Rehereinfuhr aus Frankreich bzw. eine Rehereinfuhr nach dort als Folge des Abkommens eintreten werde. Selbst wenn man einmal davon absieht, daß derartige Schätzungen gänzlich in der Luft hängen, wird man sagen müssen, daß die ihnen zugrunde liegende theoretische Auffassung von der Bedeutung der Handelsbilanz nicht haltbar erscheint. Die Aktivierung der Handelsbilanz wird, sofern sie nicht durch den Druck der Auslandsverpflichtungen erzwungen wird, nur möglich sein, wenn man die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie durch freiwilligen Preisabbau, besonders auf dem Gebiete der Rohstoffproduktion, fördert, und diesem Preisabbau steht in erster Linie die hochschützöllnerische Wirtschaftspolitik Deutschlands entgegen!

Auch im Hinblick auf die Erfordernisse einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftsverständigung wird man behaupten müssen, daß der Ausstuf zu dem endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrag, den das vorliegende Dreimonatsabkommen darstellt, so mager ausgefallen ist. Solange man auf allen Seiten

feils nur von der Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftsverflechtung und von der Bereitschaft hierzu spricht, ohne diesen Worten auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen, setzt man sich dem Verdacht aus, als unaufrichtig zu gelten. Die Gefahr der Diskreditierung jener gesamteuropäischen Idee ist groß genug, daß man die beteiligten Regierungen, und, mehr noch, die hinter ihnen stehenden Industriekreise, eindringlich davor warnen sollte.

Ausgestaltung des staatlichen Bergwerksbesitzes.

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerksunternehmungen zur gütlichlichen Überlegung überhandt, aus dessen Begründung folgendes zu entnehmen ist:

Für die Preussische Bergwerks- und Hütten- u. G. sind vorgelesen 4500 000 M., davon zum neuzzeitigen Ausbau von niederschlesischen Steinkohlenwerken der jeweiligen Marktlage entsprechend 3000 000 M., für den Ausbau des Wasserwerks Jawada in Oberschlesien 1500 000 M. — Bei der Bergwerksgesellschaft Hibernia erfordern voraussichtlich die Modernisierung von Zeche Schamrock III/IV sowie das Abteufen eines neuen Schachtes etwa 4000 000 M.; die Verbesserung der Förderleistungen auf Zeche Schlägel und Eisen I/II etwa 2000 000 M.; neue Dampfketten, die Verbesserung der Kesselschmelze, der Treibluftwirtschaft, der elektrischen Ringbahn, Ventilatoren etwa 2400 000 M.; die Hofenanschlußbahn der Zeche General Blumenhof und Schlägel und Eisen sowie Einrichtungen zur vermehrten Abfuhr auf dem Rhein-Berne-Kanal etwa 1600 000 M.; die Erprobung und Durchführung neuer Verfahren zur besseren Ausnutzung der Kohle etwa 2500 000 M.

Die Bergwerks- u. G. Reddinghausen, die ein Grubenfeld von rund 21000 Hektar oder 85,4 preussische Normalhektar mit schätzungsweise 3,3 Milliarden Tonnen Kohle hat, ist am 1. Januar mit einem Aktienkapital von 57 000 000 M. in den Betrieb getreten. Der Grundbesitz umfaßt 2178 Hektar. Die Gesellschaft besitzt eine Verarbeitungsanlage beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenbund mit 6285 000 Tonnen Kohle und eine Verbrauchsbeteiligung von 330 000 Tonnen Kohle. Die Erzeugung betrug im letzten Kalenderjahr annähernd 4,5 Millionen Tonnen Kohle und etwas über 900 000 Tonnen Koks. Bei dem Umfang des Unternehmens dürfte ein Betriebskapital von 12 000 000 M. angemessen sein. — Für eine Breitenfabrik und Einrichtungen zur Verbesserung der Erzeugnisse ist rund 1 Million Mark vorgelesen.

Von den kleingewerblichen Kreditgenossenschaften.

In die Lage der kleingewerblichen Kreditgenossenschaften (früher Schulz-Devisen), die mit der Dresdner Bank als Girozentrale zusammenwirkten, gibt eine Denkschrift zum zweiten Giroverbandstag wertvolle Einblicke. Nach dieser Denkschrift lehnte sich die Mitgliedschaft 1920 (heute wenig verändert) zu 65 Proz. aus selbständigen Handwerkern, Kaufleuten und Landwirten, zu 24 Proz. aus freien Berufen, Beamten, Angestellten und Arbeitern und zu 11 Proz. aus anderen Kreisen zusammen. Die schwierige Lage des gewerblichen Mittelstandes im Jahre 1925 wurde erleichtert, soweit die Barzahlung aufrechterhalten blieb, durch Betriebsmittelnappheit erschwert, wo das Barzahlungssystem verlassen wurde. Im letzten Viertel des Jahres 1925 trat in Zunahme der Genossenschaftsvermögen eine allgemeine Stagnation ein, ein Zeichen, wie der Stillstand in der Kaufkraftsteigerung der Konsumtennen sich sofort in der Lage des Kleingewerbes auswirkt. Während das durchschnittliche Eigenvermögen der städtischen Kreditgenossenschaften von Anfang 1924 mit 14 000 M. bis Ende 1924 auf 63 000 M. und bis zum 30. September 1925 auf 83 000 M. anstieg, zeigen die Genossenschaftsbilanzen zum Ende 1925 keine Vermehrung mehr. Die Gesamtsumme der anvertrauten Gelder wird

zum 30. September 1925 auf 500 Millionen Mark geschätzt. Wo Kreditgenossenschaften in Konkurs geraten seien, sei fast immer über die Leistungsfähigkeit hinausgehende Kreditgewährung die Ursache gewesen. Die Bankschulden der Genossenschaften bei der Dresdner Bank seien gegen das Vorjahr (35 Millionen) verdoppelt. Die Grenze der vertretbaren Verschuldung sei erreicht. Notwendig sei die Verringerung der Bankschulden und die Schaffung einer ausreichenden Kreditreserve bei der Dresdner Bank, um in Krisenzeiten darauf zurückgreifen zu können. Interessant sind die Durchschnittsgrößen der gewährten Kredite. Von 93 143 laufenden Krediten sind

60 647	unter 1 000 Mark	=	rund 75 0 Proz.
19 462	bis 5 000	=	20,0
8 470	10 000	=	8,5
1 864	über 10 000	=	1,5

Der Giroverband der Dresdner Bank hatte Wechsel und Schecks im Umsatz:

1924	685 522 Stück	im	Beitrag	von	über	220	Mill.
1925	1 368 810					469	

Die Zahl der nichteingelösten Wechsel und Schecks ist gegen das Vorjahr stärker gestiegen als der Wechselverkehr selbst: bei der Berliner Abteilung von 12 784 auf 28 887 Stück, bei der Frankfurter Abteilung von 5654 auf 14 657 Stück.

Umstellungserfahrungen bei einer Waggonfabrik.

Der Jahresabschluss der Gothaer Waggonfabrik A. G. zum 30. Juni 1925 gibt einige bemerkenswerte Einblicke in den Umstellungsversuch eines alten Werkes der Waggonindustrie, der technisch und betrieblich gelingen könnte, wenn er nicht durch die überhöhte Kapitalumstellung behindert wäre. Von den drei Werken in Gotha, Fürth und Eisenach arbeiteten die beiden ersteren wesentlich für den Bedarf von Eisenbahnen und Straßenbahnen. Das Eisenacher Werk war schon früher auf Lastfahrzeuge spezialisiert. Die schlechte Waggonkonjunktur zwang zur Umstellung. Das Gothaer und Eisenacher Werk waren nach der Umstellung auf die neuen Fabrikationszweige, insbesondere die Digi-Automobile und Fahrräder, reichlich beschäftigt. In Gotha wurde die Fortriegsbelegschaft zeitweise überschritten; in Eisenach mußten zeitweise sogar Nachschichten eingelegt werden. Das Eisenacher Werk ist laufend mit Staatsaufträgen beschäftigt. Nur in Fürth hatte das Fehlen der Reichsbahnaufträge eine erhebliche Beschränkung des Betriebs zur Folge; es wurden aber auch dort neue Fabrikationszweige aufgenommen. Im ganzen ergibt sich für die betriebliche Umstellung kein ungünstiges Bild. Wenn zur Deckung der neu hereingekommenen Geldmittel in der Bilanz auch alle bisherigen stillen Reserven aufgelöst werden mußten, was bei einer so radikalen Betriebsumstellung unvermeidlich ist, so brauchen die Borräte und eigenen Wertpapiere doch nur mit geringen Beiträgen herangezogen zu werden, um die erhöhten Verpflichtungen zu decken. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist übrigens nach der Lage angepaßten Abschreibungen noch einen Reingewinn von 290 394 M. aus. Aber jetzt kommt die Rehrseite. In der Vorkriegszeit war unter unergünstigen Umständen nur ein Aktienkapital von 2 Millionen mit Dividende auszulassen. Für dieses Kapital ergab sich aus dem Reingewinn eine Dividende von 10 Proz. Trotz der schon bei der Goldumstellung bekannten schwierigen Lage der Waggonindustrie hat die Verwirklichung aber geglaubt, die durch die Inflation größtenteils weggefallenen Obligationsschulden in einer Erhöhung des Aktienkapitals auf 7½ Millionen Goldmark zugunsten der Aktionäre „ausgleichen“ zu können. Für dieses hohe Kapital fehlt heute natürlich nicht nur die Dividende, sondern es verteuert auch die Preisinflation und erschwert die Kapitalbeschaffung. So ist die Gothaer Waggonfabrik A. G. wiederum ein typisches Beispiel für die Kurzsichtigkeit, mit der die Unternehmersehnsucht nach hohen Gewinnen das Interesse an der sicheren Existenz der Betriebe vernachlässigen läßt.

Zigarette.

Eine Zuschrift aus Schlawe.

Der Landrat des Kreises Schlawe (Pommern), Dr. Friedrich von Zigarette, schickt uns folgende Zuschrift:

Zu den in Nr. 72 des „Vormärts“ vom 12. d. M. unter der Überschrift „Zigarette und seine beschlagnahmten Wohnungen“ aufgestellten Behauptungen über eine angeblich von mir verfügte Freigabe beschlagnahmter Wohnräume stelle ich folgendes fest:

1. Die Freigabe der beschlagnahmten Räume in Roggow, die angeblich eine meiner ersten Amtshandlungen gewesen sein soll, ist bis jetzt überhaupt noch nicht erfolgt.

2. Die Freigabe beschlagnahmter Wohnungen fällt nicht unter die Zuständigkeit des Landrats, sondern unter die des Kreis-ausschusses. Dementsprechend beruht auch der in folgendem kurz geschilderte Sachverhalt auf mehreren Beschlüssen des Kreis-ausschusses, und zwar sind diese Beschlüsse einstimmig, das heißt also einschließlich eines der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Mitgliedes, gefaßt worden.

Der Sachverhalt ist folgender: Ende 1923 wurden im Gutshaus in Roggow mehrere Räume beschlagnahmt, da der Besitzer damals Junggeselle und die Wohnung daher als übergroß anzusehen war. Er ist jetzt verheiratet und hat Frau und Kind. Im Jahre 1924 erbot sich Herr von Zigarette-Roggow, falls ihm die beschlagnahmten Räume freigegeben würden, durch Bau eines neuen Hauses entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In gleicher Weise, wie dies bei allen Wohnungsämtern üblich ist, ging auch der Kreis-ausschuss in Schlawe im Interesse der Beschaffung neuer Wohnungen auf dieses Angebot ein. Die Verhandlungen wegen der Baulandbeschaffung und der Beschaffenheit des neu zu errichtenden Hauses zogen sich durch das Jahr 1924 hin und gelangten erst im Frühjahr 1925 zum Abschluß, so daß der Kreis-ausschuss durch, wie oben erwähnt, einstimmige Beschlüsse vom März 1925 — also nach vor meinem Amtsantritt — und vom Mai 1925 die Freigabe der beschlagnahmten Räume in Aussicht stellte, sobald das neue Wohnhaus ohne Inanspruchnahme einer Hauszinssteuerhypothek in der vorgeschriebenen Weise bis zu einem bestimmten Termin bezugsfertig hergestellt werden würde. Da das Haus zwar inzwischen im Rohbau, aber noch nicht bezugsfertig hergestellt ist, ist die vom Kreis-ausschuss in Aussicht gestellte Freigabe der beschlagnahmten Räume auch bis heute noch nicht erfolgt.

Dagegen die Zuschrift nicht den Anforderungen des Preßgesetzes entspricht, auf das sich der Landrat beruft, geben wir sie loyalerweise wieder. Aber es sind einige Ergänzungen notwendig: 1. Wenn die Freigabe noch nicht erfolgt ist, hätte doch wohl eine Einweisung von Wohnungslosen erfolgen müssen, deren es im Kreise in großer Zahl gibt. Ist während der Amtszeit des Dr. v. Zigarette eine solche Einweisung erfolgt? Hat der Zigarette auf Roggow überhaupt eine Belegung seiner beschlagnahmten Wohnung erlebt, oder ist es ihm gelungen, trotz der Beschlagnahme den tatsächlichen Einzug eines Eingewiesenen zu hintertreiben? 2. Der Landrat ist gleichzeitig Vorsitzender des Kreis-ausschusses und hat als solcher nach § 137 der Kreisordnung die laufenden Geschäfte auch bezüglich der Beschlagnahme, Freigabe und Belegung von beschlagnahmten Wohnungen allein zu führen. Welche Gründe haben den Landrat als Vorsitzenden des Kreis-ausschusses bewogen, von seinem Einspruchsrecht auf Roggow keinen Gebrauch zu machen, während er doch anderen Besitzern gegenüber, mit Recht, nicht so zimperlich gemessen ist?

Musikaufträge

Besucht man nur dem Nachweis des Deutsches Musikerverbandes, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Königstempel 4310, 4048), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend G. G. m. b. H.



Vom
19. bis 27.
Februar

Extra billige

Backobst- und Nudeltage

Selten
günstige
Gelegen-
heit

182 Lebensmittel-Verteilungsstellen * Verkauf nur an Mitglieder